



Bericht über das Geschäftsjahr 2023

Kennwerte 2023 im Überblick

		2023	2022	Veränderungen zum Vorjahr
Stromnetz nachrichtlich sw netz	Netzausspeisung	1.067.703 MWh	1.088.884 MWh	-1,95 %
	davon Netzgebiet Wiesbaden	990.845 MWh	1.006.778 MWh	-1,58 %
	davon Netzgebiet Taunusstein	76.858 MWh	82.106 MWh	-6,39 %
	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	297.961 Pers.	294.661 Pers.	1,12 %
	Messstellen	192.146 St.	191.257 St.	0,46 %
	Netzlaster Einspeisung	192 km	205 km	-6,43 %
	Hochspannungsnetz	66 km	66 km	0,00 %
	Mittelspannungsnetz	721 km	719 km	0,28 %
	Niederspannungsnetz	2.457 km	2.447 km	0,41 %
Stromvertrieb	Stromverkauf im Versorgungsgebiet	411.810 MWh	436.842 MWh	-5,73 %
	Stromverkauf in anderen Gebieten	319.179 MWh	439.976 MWh	-27,46 %
	Summe Stromverkauf	730.989 MWh	876.818 MWh	-16,63 %
	davon an Tarifkunden (SLP)	582.381 MWh	709.942 MWh	-17,97 %
	davon an Sonderkunden (RLM)	148.608 MWh	166.876 MWh	-10,95 %
	Verbrauchsstellen im Versorgungsgebiet	132.305 St.	135.402 St.	-2,29 %
	Verbrauchsstellen in anderen Gebieten	110.752 St.	146.808 St.	-24,56 %
	Summe Verbrauchsstellen	243.057 St.	282.210 St.	-13,87 %
Gasnetz	Netzausspeisung	3.377.674 MWh	3.706.306 MWh	-8,87 %
	davon Netzgebiet Wiesbaden	3.119.864 MWh	3.421.332 MWh	-8,81 %
	davon andere Netzgebiete	257.810 MWh	284.974 MWh	-9,53 %
	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	310.069 Pers.	306.722 Pers.	1,09 %
	Messstellen	68.984 St.	69.290 St.	-0,44 %
	Jahreshöchstlast Wiesbaden	930 MWh	1.037 MWh	-10,32 %
	Hochdrucknetz	221 km	221 km	0,00 %
	Mitteldrucknetz	40 km	38 km	5,26 %
	Niederdrucknetz	585 km	586 km	-0,17 %
Gasvertrieb	Gasverkauf im Versorgungsgebiet	1.233.752 MWh	1.318.526 MWh	-6,43 %
	Gasverkauf in anderen Gebieten	310.986 MWh	492.744 MWh	-36,89 %
	Summe Gasverkauf	1.544.738 MWh	1.811.270 MWh	-14,72 %
	davon an Tarifkunden (SLP)	1.292.544 MWh	1.531.470 MWh	-15,60 %
	davon an Sonderkunden (RLM)	252.194 MWh	279.800 MWh	-9,87 %
	Verbrauchsstellen im Versorgungsgebiet	48.373 St.	50.641 St.	-4,48 %
	Verbrauchsstellen in anderen Gebieten	13.651 St.	21.894 St.	-37,65 %
	Summe Verbrauchsstellen	62.024 St.	72.535 St.	-14,49 %
Wassernetz	Netzausspeisung	14.331 Tm ³	14.469 Tm ³	-0,96 %
	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	266.717 Pers.	263.726 Pers.	1,13 %
	Verteilungsnetz	738 km	736 km	0,27 %
	Messstellen	36.236 St.	36.166 St.	0,19 %
Wärme	Wärmeverkauf	233.583 MWh	251.329 MWh	-7,06 %
	Stromerzeugung BHKW	32.741 MWh	33.917 MWh	-3,47 %
	Netzlänge	127,2 km	123,4 km	3,06 %
	Anschlüsse	1.906 St.	1.859 St.	2,53 %

Bericht über das Geschäftsjahr 2023

1. Januar bis 31. Dezember 2023
zur Vorlage in der Ordentlichen Hauptversammlung
am 10. Juli 2024

ESWE Versorgungs AG





Inhalt

Kennwerte 2022	2
Organe der Gesellschaft	5
Lagebericht	7
Bericht des Vorstands	7
Erklärung zur Unternehmensführung	30
Entgeltbericht	31
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	33
Vertriebliche Aktivitäten	40
Aktuelle Herausforderungen für unsere Infrastruktur	41
Kommunale Wärmeplanung in Wiesbaden	42
Weitere Informationen zu den Unternehmensbereichen	47
Jahresabschluss	65
Bilanz	65
Gewinn- und Verlustrechnung	66
Anhang	67
Bestätigungsvermerk	79
Bericht des Aufsichtsrats	82

Organe der Gesellschaft

Vorstand

RA Ralf Schodlok
Vorstandsvorsitzender
Wiesbaden

Dipl.-Ing. Jörg Höhler
Techn. Vorstand
Singhofen

Aufsichtsrat

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Wiesbaden
Vorsitzender
Wiesbaden

Udo Stieglitz
Betriebsratsvorsitzender
1. stellv. Vorsitzender
Wiesbaden

Michael Riechel
Vorstandsvorsitzender der Thüga AG
2. stellv. Vorsitzender
Ravensburg
(bis 31. Juli 2023)

Dr. Constantin Alsheimer
Vorstandsvorsitzender der Thüga AG
2. stellv. Vorsitzender
Kronberg
(ab 1. Januar 2024)

Christiane Hinnerger
Bürgermeisterin der
Landeshauptstadt Wiesbaden
Wiesbaden
(bis 1. Februar 2023)

Dr. Hendrik Schmehl
Dezernent für Finanzen, Schule
und Kultur
Stadtverordneter
Wiesbaden
(bis 27. September 2023)

Dennis Barham
Elektromeister
Arbeitnehmersvertreter
Wiesbaden

Prof. Dr. Lorenz Jarass
Professor a. D.
Stadtverordneter
Wiesbaden
(ab 1. Februar 2023)

Christiane Schüßler
Dipl.-Sozialpädagogin
Arbeitnehmersvertreterin
Tausenstein

Frank Besier
Industriemechaniker
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Wiesbaden

Michael Kittelberger
Prokurist der Thüga AG
Dachau

Ingo von Seemen
Bürokaufmann
Stadtverordneter
Wiesbaden

Christian Diers
Geschäftsführer
Stadtverordneter
Wiesbaden

Ralf Ligato
Industriefachwirt
Arbeitnehmersvertreter
Darmstadt

Eleftherios Tsiridis
Büroleiter
Stadtverordneter
Wiesbaden

Daniela Georgi
Beamtin
Stadtverordnete
Wiesbaden

Maya Lux
Rechtsanwältin
Arbeitnehmersvertreter
Frankfurt am Main

Jürgen Wachs
Gewerkschaftssekretär ver.di
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Mainz

Silas Gottwald
Geschäftsführer
Stadtverordneter
Wiesbaden
(ab 27. September 2023)

Markus Ott
Sachgebietsleiter
Arbeitnehmersvertreter
Ingelheim

Winfried Weimer
Gas- und Wasserinstallateurmeister
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Hünstetten



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Bericht des Vorstands

1. Grundlagen der ESWE Versorgungs AG
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1. Rahmenbedingungen
 - 2.2. Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland
 - 2.3. Energiepolitik
 - 2.4. Entwicklung der Stromerzeugung
 - 2.5. Preisentwicklung
3. Geschäftsverlauf 2023
 - 3.1. Absatzentwicklung
 - 3.2. Ertragslage
 - 3.3. Finanzlage
 - 3.4. Vermögenslage
 - 3.5. Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen gem. § 6b Abs. 7 S.4 EnWG
4. Prognose-, Chancen- Risikobericht
5. Risikomanagement
6. Compliance
7. Datenschutz und Informationssicherheit
8. Vorbereitung auf die Nachhaltigkeitsberichtserstattung
9. Erklärung zur Unternehmensführung

1. Grundlagen der ESWE Versorgungs AG

Bereits seit mehr als 90 Jahren betreiben wir das Gas-, das Wasser-, das Wärme- sowie das Straßenbeleuchtungsnetz in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden und engagieren uns seit vielen Jahren nachhaltig im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. Ferner sind wir Betreiber der Gasnetze in Taunusstein, Walluf und Schlangenbad. In Taunusstein betreiben wir ebenso die Straßenbeleuchtung.

Wir versorgen in Wiesbaden und deutschlandweit nahezu zweihundertfünfzigtausend Kundinnen und Kunden mit Strom und Gas. Darüber hinaus werden zunehmend energienahe Dienstleistungen angeboten.

Über unsere Tochtergesellschaft, die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz), betreiben wir die Stromnetze in Wiesbaden und Taunusstein.

Die Tochtergesellschaft WITCOM GmbH ist auf dem Gebiet der Telekommunikation in Wiesbaden und der Region tätig und engagiert sich zunehmend im Bereich Glasfaserausbau.

Über die mehrheitlich von ESWE geführte ESWE BioEnergie GmbH erzeugen wir seit Anfang 2014 umweltschonend Strom und Wärme aus überwiegend Altholz und speisen diese in die lokalen Netze ein. Darüber hinaus gehören zu unserem Portfolio einige Windparks im gesamten Bundesgebiet.

Unsere Anteilseigner sind mit einem Anteil von 50,62 % die Landeshauptstadt Wiesbaden über die WVV Wiesbaden Holding GmbH sowie mit 49,38 % der Anteile unser strategischer Partner, die Thüga AG in München.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind neben dem Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern (EBT) das Betriebsergebnis, das Beteiligungsergebnis sowie das Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Ergebnisabführung sowie die Eigenkapitalquote. Wichtige nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz für unser operatives Geschäft vor allem die Absatzmengen sowie die Kundenzufriedenheit.



Im der neuen Fernwärme-Pumpstation wird zukünftig die gesamte Fernwärme-Versorgung bedarfsgerecht in Wiesbaden gesteuert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der ESWE Versorgungs AG ist, analog der gesamten Energiebranche, insbesondere von den Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Neben den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland wird unser Geschäftsergebnis maßgeblich von den energiewirtschaftlichen Entwicklungen an den Beschaffungs- und Absatzmärkten beeinflusst.

Die durch den seit Februar 2022 andauernden Krieg in der Ukraine hervorgerufenen Verwerfungen hatten auch im Geschäftsjahr 2023 erheblichen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und speziell auf die Energiebranche. Die Substitution der Rohstoff- und Energielieferungen aus Russland stand hierbei besonders im Fokus. Ziel war es, die Versorgungssicherheit aufrecht zu erhalten.

Die am 23. Juni 2022 in Kraft getretene Alarmstufe des Notfallplans Gas wurde bislang noch nicht zurückgenommen. Energieeinsparungen und der milde Winter 2022/23 sorgten dafür, dass die Gasversorgung in Deutschland nach wie vor als stabil bezeichnet werden kann, so dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Um die Gasversorgung im Winter 2023/24 zu sichern, war zum 1. Februar ein Speicherefüllstand von mindestens 40 % gesetzlich vorgeschrieben. Die Ausgangslage für diesen Winter war deutlich besser als ein Jahr zuvor. Jedoch hätte ein sehr kalter Winter den Gasverbrauch sicher stark ansteigen lassen. Aktuell liegen die Gasspeicherstände bei ca. 70 %.

2.2 Konjunkturelle Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer veritablen Konjunkturkrise. Das preisbereinigte Bruttoinlandprodukt (BIP) ist im Jahr 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Die anhaltende Energiekrise, geopolitische Unsicherheiten durch Konflikte im Nahen Osten und der Krieg in der Ukraine sowie politische Uneinigkeit sorgen bei Bürgern und Unternehmen zunehmend für Unsicherheit. Die Inflationsrate schwächt die heimische Wirtschaft anhaltend. Im Jahresdurchschnitt 2023 betrug sie 5,9 % und war damit zwar rückläufig im Vergleich zu 2022 (- 0,6 %), aber immer noch deutlich über der Zielmarke der EZB von 2,0 %. Besonders stark stiegen hier abermals die Lebensmittelpreise (+12,4 %) sowie die Energiepreise (+ 5,6 %). Der private Konsum nahm im Jahr 2023 preisbereinigt um 0,8 % gegenüber 2022 ab.



Der vergleichsweise hohe Leitzins der EZB von 4,5 % mindert den Investitionsanreiz zusätzlich und hemmt die Wachstumsmöglichkeiten. So sanken vor allem die Bauinvestitionen um 2,1 %. Hier machten sich auch die hohen Baukosten und der Fachkräftemangel bemerkbar.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich demgegenüber weiterhin äußerst robust. Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2023 um 0,7 % gestiegen. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % auf 5,7 %.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland ist 2023 dramatisch gestiegen. Der Anstieg war mit 22,1 % gegenüber dem Vorjahr (4,0 %) der höchste Wert seit der Ölkrise in den 1970er Jahren. Die Vielzahl von sich überlagernden Krisen führten im Jahresverlauf bundesweit zu insgesamt 17.814 Unternehmensinsolvenzen (2022: 14.590). Das Insolvenzaufkommen blieb trotz des Anstiegs aber auf niedrigem Niveau.

2.3 Energiepolitik

Auch das Jahr 2023 war geprägt von vielfältigen Belastungen und Herausforderungen. Der andauernde Krieg in der Ukraine, der im November begonnene Krieg in Israel und Gaza, Sorgen vor dem Klimawandel, Zweifel an der Versorgungssicherheit sowie die hohen Energiepreise stellen für die Bevölkerung reale Bedrohungen dar.

2023 war ein Jahr, in dem die Auswirkungen des Klimawandels weltweit dramatisch spürbar waren. Extreme Regenfälle und langanhaltende Hitzeperioden mit teilweise verheerenden Waldbränden führten uns allen vor Augen, dass dringender Handlungsbedarf für den Klimaschutz besteht.

Die Energiepolitik in Deutschland im Jahr 2023 konzentrierte sich neben der Sicherstellung der Versorgungssicherheit stark auf die Reduktion von Treibhausgasen.

Das neue Klimaschutzprogramm 2023 wurde am 14. Oktober 2023 beschlossen. Es enthält konkrete Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung die Klimaschutzziele bis 2045 erreichen will. Mit dem Klimaschutzprogramm rückt das deutsche Klimaziel für 2030 erstmals in Reichweite: Die Reduktion um 65 % aller Treibhausgase im Vergleich zu 1990.

Viele Maßnahmen des aktuellen Programms sind bereits politisch umgesetzt, so etwa Verfahrensbeschleunigungen und Flächen für den Ausbau Erneuerbarer Energien oder die Förderungen für energetisches Bauen und Sanieren. Die Politik hat auch im Berichtsjahr viele Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt. Mit dem EEG 2023 und dem Entwurf für ein Energieeffizienzgesetz am 19. April 2023 hat die Bundesregierung die Grundlagen dafür gelegt, dass Deutschland klimaneutral wird. Die tatsächliche Umsetzung in der Verwaltung lässt derzeit jedoch weitgehend auf sich warten. Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, müssen Antragsverfahren und Genehmigungen dringend beschleunigt werden.



Biomasseheizkraftwerk (BMHKW)
Jährliche Revision zur Wartung und
Reinigung der Kessel.

Zur Dekarbonisierung des Wärmebereichs sollte das Gebäudeenergiegesetz (GEG) novelliert werden. Dessen Umsetzung, bzw. die Kommunikation dazu, führte zu zahlreichen, teils heftigen kontroversen Diskussionen auch innerhalb der Bundesregierung, was zu einem enormen Vertrauensverlust bei der Bevölkerung führte. Schließlich wurde das GEG im September in abgeschwächter Form beschlossen und trat am 1. Januar 2024 in Kraft. Ab 2024 müssen bei der Installation neuer Heizungen überwiegend erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Fossile Brennstoffe sollen bei Bestandsanlagen sukzessive durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Spätestens bis 2045 soll der Einsatz fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich beendet sein.

Im Sommer des Berichtsjahres wurde die Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie verabschiedet. Hier wurde unter anderem eine Beschleunigung des Markthochlaufs von Wasserstoff sowie auch die Förderung von nicht nur „grünem“ Wasserstoff vorgesehen.

Mit dem Gesetz zur Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) wurde zeitgleich ein umfangreiches Förderprogramm für die Gebäudesanierung auf den Weg gebracht. Hier wird insbesondere der Einbau klimafreundlicher Heizungstechnik sowie Maßnahmen zur Effizienzsteigerung an der Gebäudehülle gefördert.

Mit dem im November in Kraft getretenen Energieeffizienzgesetz (EnEfG) wurden Effizienzziele sowohl für den Primärenergie- als auch für den Endenergieverbrauch in Deutschland festgelegt.

Die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) wurde ebenfalls im November 2023 beschlossen.

Durch das im November 2023 ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF), welches zu einer Lücke von 60 Mrd. € im Bundeshaushalt führte, geriet die Finanzierung der notwendigen Investitionen für den Klimaschutz und die Energietransformation massiv unter Druck. Das Gericht erklärte die Umwidmung ungenutzter Gelder aus der Coronapandemie für den KTF für verfassungswidrig. In der Folge musste die Bundesregierung umfangreiche Kürzungen im KTF vornehmen. So wurde u. a. der bereits zugesagte Zuschuss für die Netzentgelte der Übertragungsnetzbetreiber in Höhe von 5,5 Mrd. € ersatzlos gestrichen. Der CO₂ Preis wurde zum 1. Januar 2024 von 35 € auf 45 € pro Tonne CO₂ angehoben und der Umweltbonus für Elektroautos wurde gestrichen.

Die Treibhausgasemissionen Deutschlands sanken 2023 gegenüber dem Vorjahr um 10,1 %. Das ist der größte Rückgang seit 1990. Vom Umweltbundesamt wurde für das Jahr 2023 von Gesamt-Emissionen in Höhe von 674 Mio. Tonnen berichtet (Vorjahr 746 Mio. Tonnen). Während die Energiewirtschaft ihre Emissionen sogar um 20,2 % minderte, war die Reduzierung in den Sektoren Verkehr (1,2 %) und Wohnen (7,5 %) vergleichsweise bescheiden. Beide Sektoren verfehlten damit die vorgegebenen Klimaziele. Inwieweit diese Reduktion tatsächlich auf die Wirksamkeit der politischen Maßnahmen oder eher auf die schwächelnde wirtschaftliche Gesamtsituation zurückzuführen ist, wird kontrovers diskutiert. Jedenfalls ist die Bundesregierung zuversichtlich, die Klimaschutzziele 2030 zu erreichen.

2.4 Entwicklung der Stromerzeugung

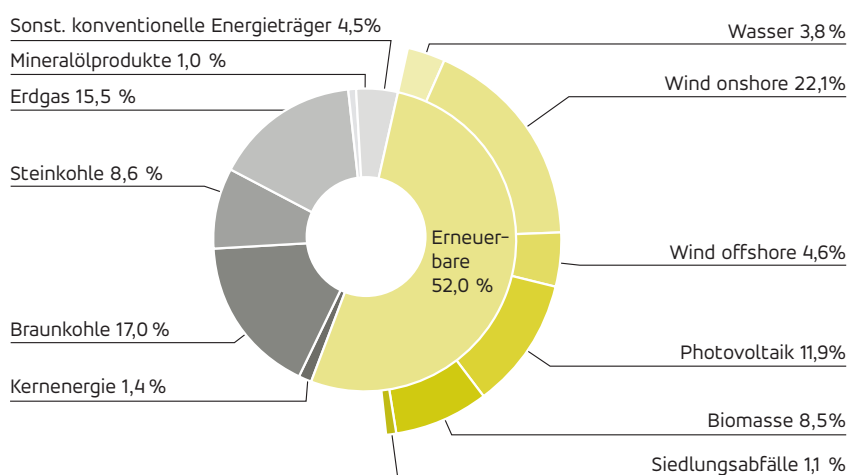
Die Bruttostromerzeugung verzeichnete im Berichtsjahr mit 514,6 Mrd. kWh gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Rückgang um 10,6 % (577,9 Mrd. kWh).

Dieser Rückgang war neben der konjunkturellen Entwicklung hauptsächlich auf den starken Rückgang der Stromerzeugung aus der Kernenergie sowie der Kohleverstromung zurückzuführen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung stieg im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr von 44,1 % um nahezu acht Prozentpunkte auf 52,0 %. Hierfür war vor allem die Zunahme der Erzeugung durch Windenergie und Photovoltaik verantwortlich. Die Windenergie ist mit 137,8 Mrd. kWh mittlerweile die bedeutendste Energiequelle in Deutschland. Auch die Photovoltaik leistet mit einem Anteil von nunmehr 61,1 Mrd. kWh bzw. 11,9 % einen bedeutenden Beitrag zur Energieerzeugung in Deutschland.

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen erreichte einen neuen Höhepunkt, indem sie erstmals mehr als 50 % des Stroms lieferte, was durch einen Rekordzubau bei Photovoltaikanlagen unterstützt wurde. Trotz der insgesamt schwachen Bautätigkeit gab es einen weiteren Zuwachs beim Einsatz von Elektro-Wärmepumpen im Neubaumarkt. Die sichere Versorgung mit Erdgas wurde durch zusätzliche Lieferungen aus westeuropäischen Quellen und zuverlässige LNG-Importe gewährleistet, wobei die USA als Hauptlieferant für LNG mit 84 % hervortraten. Der Stromverbrauch sowie die Stromerzeugung waren rückläufig, was zu einem Importüberschuss führte, der gut zur Hälfte aus erneuerbaren Energien stammte. Diese Entwicklungen spiegeln die Anpassungsfähigkeit und Resilienz der deutschen Energiebranche wider, die sich im ersten Jahr nach der Energiekrise erfolgreich stabilisiert hat. Im Jahr 2023 wurde ein signifikanter Rückgang des Primärenergieverbrauchs in Deutschland verzeichnet, was teilweise auf das hohe Energiepreisniveau und eine schwache Konjunktur zurückzuführen ist.

Stromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern

Brutto-Stromerzeugung 2023: 514,6 Mrd. kWh*



* vorläufig

Quellen: BDEW-Schnellstatistikerhebung, Destatis, EEX, VGB, ZSW; Stand: 04/2023

2.5 Preisentwicklung

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen laut Statistischem Bundesamt im Jahresdurchschnitt um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr. Damit lag die Inflationsrate unter dem historischen Höchststand des Jahre 2022 (6,9 %). Auch wenn die Entlastungsmaßnahmen die Teuerung von Energie teilweise abmilderte, verteuerten sich die Energieprodukte 2023 um 5,3 %. Besonders die Preise für Haushaltsenergie zeigten eine signifikante Erhöhung, wobei Erdgas um 14,7 % und Strom um 12,7 % teurer wurden. Interessanterweise verzeichnete leichtes Heizöl jedoch einen deutlichen Preisrückgang von 22,2 %. Diese Dynamik spiegelt die Komplexität der Energiepreisentwicklung wider, die sowohl von globalen Ereignissen als auch von nationalen politischen Entscheidungen beeinflusst wird.

Die Energiepreise an den Märkten sind im Laufe des Jahres 2023 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Maßgeblich war hier die Entwicklung am Gasmarkt, der dann auch Einfluss auf den Strommarkt und weitere Brennstoffe hatte. Das milde Klima mit sinkendem Gasverbrauch, das Verbrauchsverhalten sowie das niedrige Wirtschaftswachstum waren wesentliche Einflussfaktoren.



Mit der neuen Fernwärme-Pumpstation hat ESWE das Herzstück für die zukünftige Versorgung der Innenstadt geschaffen.

Damit sind die Preise für Strom und Gas nahezu wieder auf Vorkrisenniveau angekommen. Im Großhandel sind die Strompreise gegenüber den Höchstwerten im Sommer 2022 um 80 % gesunken, die Gaspreise sogar um 90 %. Dennoch gehören die deutschen Energiepreise zu den höchsten in Europa.

Die Energieversorger hatten sich für ihre Energielieferungen 2023 an ihre Kunden teilweise zu den hohen Konditionen während der krisenbedingten hohen Beschaffungskosten eingedeckt. Somit waren sie gezwungen, die stark steigenden Marktpreise zumindest teilweise an die Verbraucher weiterzugeben.

Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte betrug im Jahr 2023 45,73 ct/kWh und lag somit 26,5 % über dem Vorjahreswert (38,57 ct/kWh).

Der durchschnittliche Erdgaspreis für Haushalte in einem Einfamilienhaus mit einem Verbrauch von 20.000 kWh pro Jahr sank von einem Ausgangsniveau Ende des Jahres 2022 von 20,04 ct/kWh im Jahr 2023 auch durch die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes deutlich auf einen Wert von 13,99 ct/kWh. Der Anteil an Steuern und Abgaben lag 2023 im Durchschnitt bei 15 %.

Um die finanziellen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie den Unternehmen abzumildern, hatte die Bundesregierung als Reaktion auf die drastischen Energiepreiserhöhungen in den Jahren 2022 und 2023 Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme eingeführt. Die Energiepreisbremsen ermöglichten es den Verbrauchern, 80 % ihres prognostizierten Jahresenergieverbrauchs zu einem reduzierten Preis zu beziehen, was eine signifikante Entlastung darstellte. Darüber hinaus mussten die Verbraucher keine Erstattungsanträge stellen, da die Entlastung automatisch in den monatlichen Abschlägen berücksichtigt wurde. Über den Preisgrenzen hinausgehende Preise wurden durch die Bundesregierung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) größtenteils ausgeglichen.

Die Bundesregierung hat sich jüngst zu den Auswirkungen des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes (EWPBG) und des Strompreisbremsengesetzes (StromPBG) geäußert. Sie ist der Auffassung, dass sich das Design der Energiepreisbremsen bewährt habe. Sie hätte für eine zeitlich befristete, schnelle Entlastung in der Breite der Bevölkerung und der Unternehmen in Deutschland gesorgt und durch ihre konkrete Ausgestaltung die Anreize zum Energiesparen aufrechterhalten.

Die Abwicklung der Preisbremsen wurde den Energieversorgungsunternehmen aufgebürdet. Durch die hohe Komplexität mit vielen Detailproblemen und eine Gesetzgebung, die einerseits unausgegoren und andererseits ohne ausreichend Vorlaufzeit zur Umsetzung umzusetzen war, wurden die Mitarbeitenden in den Unternehmen vor enorme Herausforderungen gestellt, die eine immense zeitliche und finanzielle Belastung darstellten. Die Preisbremsen sind zum 31. Dezember 2023 ausgelaufen.

Die Kosten für die Umsetzung der Energiepreisbremsen auf Seiten des Bundes werden für 2023 mit ca. 3,6 Mio. € angegeben. Die durch die Preisbremsen in den Energieversorgungsunternehmen entstandenen Kosten dürften noch höher liegen und wurden nicht erstattet.



3. Geschäftsverlauf 2023

Das Geschäftsjahr 2023 wurde abermals durch das unsichere Marktumfeld sowie die weiterhin sehr volatile Preisentwicklung am Energiemarkt beeinflusst.

Profitierten wir und unsere Kunden in der Hochpreisphase des Jahres 2022 von unserer langfristigen Beschaffungsstrategie, bei der wir einen Großteil der benötigten Strom- bzw. Gasmenge bereits vor dem Preisanstieg eingekauft hatten, so gereicht uns das nun eher zum Nachteil. Infolge des seit dem Frühjahr 2023 wieder deutlich gesunkenen Preisniveaus auf den Energiemärkten sind die Discounter wieder verstärkt in den Wettbewerb eingestiegen, die sich an den Spotmärkten derzeit wieder günstig eindecken können. Wir dagegen haben die Strom- und Gas Mengen für unsere Bestandskunden bereits zum Großteil eingekauft, als die Preise noch höher waren. Den im Vorjahr aufgrund des massiven Anstiegs der Energiebeschaffungskosten mangels wettbewerbsfähiger Konditionen weitgehend eingestellten Vertrieb von Strom und Erdgas außerhalb der Region haben wir im Berichtsjahr daher nur sehr eingeschränkt wieder aufgenommen.

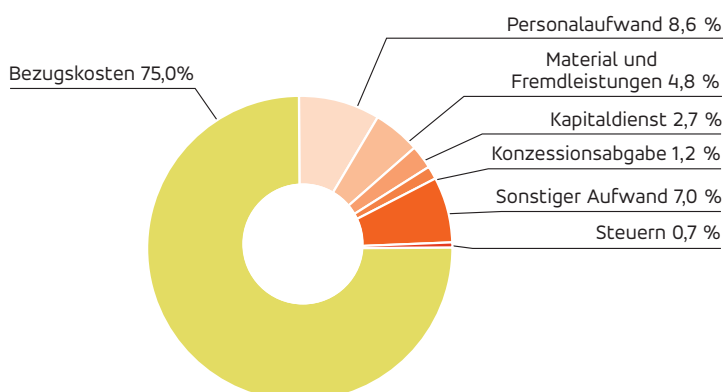
Trotz der krisenbedingten Rahmenbedingungen konnte das Jahresergebnis 2023 gegenüber dem Planergebnis deutlich gesteigert werden. Die im Wirtschaftsplan befürchteten Auswirkungen der Pandemie sowie der Preisturbulenzen sind nicht in dem Maße eingetreten wie befürchtet. Außerdem profitierten wir von den insgesamt gesunkenen Energiebeschaffungskosten. Die milden Wintermonate sowie die Appelle an die Bürgerinnen und Bürger zu Energieeinsparungen führten in allen Energiesparten zu geringeren Absatzmengen.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan konnte das Betriebsergebnis 2023 mit 42,9 Mio. € (Plan: 21,8 Mio. €) deutlich übertroffen werden. Auch das Beteiligungsergebnis lag mit 30,5 Mio. € deutlich über den Planzahlen (19,5 Mio. €).

Mit einem Unternehmensergebnis nach Steuern von 70,6 Mio. € konnte das Vorjahresergebnis von 48,2 Mio. € klar übertroffen werden. Es lag damit auch weit über den Planzahlen (39,6 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2023 standen den preisbedingten Umsatzsteigerungen (+158,4 Mio. €) auch deutlich höhere Beschaffungskosten (+127,6 Mio. €) gegenüber. In den Umsatzzahlen sind erstmals Erlöse aus dem Strom- und Gashandel in Höhe von 48,9 Mio. € enthalten. Hier haben wir Mengen an den Markt zurückverkauft, die wir für unsere Kunden beschafft hatten, die jedoch aufgrund der milden Wintermonate und dem veränderten Verbrauchsverhalten nicht benötigt wurden. Im Berichtsjahr hatten wir darüber hinaus

Aufwandsstruktur 2023



aufgrund der massiven Preisverwerfungen unseren Vertrieb von Strom und Erdgas außerhalb der Region weitgehend eingestellt, da wir hier keine wettbewerbsfähigen Konditionen darstellen konnten.

Die Nachfrage nach Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen sowie nach Produkten aus den Bereichen Energieeffizienzlösungen und Mieterstrommodellen war im vergangenen Jahr erfreulicherweise sehr hoch. Einen weiteren wichtigen Beitrag zur regionalen Energie- und Mobilitätswende leisten wir mit unserem konsequenten Engagement im Bereich der Elektromobilität. Dabei bieten wir nicht nur zahlreiche Lösungen für Privat- und Geschäftskunden an, sondern bauen auch das öffentliche Ladesäulennetz in Wiesbaden und im Umland kontinuierlich aus. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat der ESWE Versorgungs AG im vergangenen Jahr einen Konzessionsvertrag über zehn Jahre zum Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur übergeben. ESWE hatte sich in einer Ausschreibung als Bestbieter gegenüber den weiteren Marktteilnehmern durchgesetzt und erhielt somit das Recht zum Ausbau im öffentlichen Straßenraum in Wiesbaden. Mit der Übergabe des Konzessionsvertrages soll das Aufstellen von 800 neuen öffentlich zugänglichen E-Ladepunkten bis 2030 ermöglicht werden. Zusammen mit unserem Programm der „ESWE Community LADESÄULE“, bei dem wir alle Bürgerinnen und Bürger direkt in die Planung eines bedarfsgerechten und effizienten Ladesäulen-Netzwerks einbinden, ist die Beauftragung durch die Landeshauptstadt ein weiterer wichtiger Beitrag zum Hochlauf der E-Mobilität und zur Erreichung der Klimaziele in Wiesbaden. Zudem hilft ESWE Versorgung allen E-Auto-Besitzern, jedes Jahr Geld mit ihrem Fahrzeug zu verdienen. Dies wird durch die Teilnahme an dem sogenannten Treibhausgas-Quoten-Mechanismus (THG-Quote) möglich. Dabei werden die eingesparten CO₂-Emissionen des E-Fahrzeugs an Unternehmen verkauft, die fossile Kraftstoffe in Verkehr bringen.

3.1 Absatzentwicklung

Die Absatzentwicklung 2023 war über alle Sparten rückläufig. Die milden Wintermonate, die schwächelnde Wirtschaft sowie die aufgrund der befürchteten Gasmangellage von der Politik geforderten Einsparungen führten dazu, dass die Absatzmengen im Gas- und Wärmevertrieb gegenüber dem Vorjahr deutlich gemindert wurden. Auch der Stromabsatz verzeichnete, nach dem Rückgang im Vorjahr, im Berichtsjahr einen massiven Rückgang um 16,6 %. Hier machte sich vor allem bemerkbar, dass wir in 2023 unsere externen Vertriebsaktivitäten weitgehend zurückgefahren hatten, da wir durch unsere langfristig ausgerichtete strategische Energiebeschaffung gegenüber den Spotmarktangeboten der Discounter aktuell nicht wettbewerbsfähig waren.

Absatzentwicklung

	Einheit	2023	2022	Veränderung
Strom	Mio. kWh	731	877	-7,3
Gas	Mio. kWh	1.545	1.811	-14,7
Wärme/Kälte	Mio. kWh	238	256	-6,9
Wassernetz	Mio. m ³	14,3	14,5	-1,0

Neben dem Stromabsatz, der sich um 16,6 % signifikant verringerte, verminderte sich auch der Gasabsatz deutlich um 14,7 %. Der Rückgang der Wärmeabgabe fiel mit 6,9 % etwas geringer aus. Hier konnte durch den kontinuierlichen Ausbau unserer Wärmeversorgung mit dem Anschluss einiger Neukunden an unser Netz der Rückgang etwas abgefedert werden. Der Wasserabsatz verzeichnete einen Rückgang um 1,0 %.

3.2 Ertragslage

Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen und zusätzlicher Risiken konnte das Kalenderjahr 2023 insgesamt mit einem ausgesprochen erfreulichen Jahresergebnis abgeschlossen werden. Das Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern lag mit 74,7 Mio. € (Vorjahr 51,8 Mio. €) um 23,0 Mio. € über dem Vorjahreswert und damit auch deutlich über dem Planergebnis (43,0 Mio. €).

Die Umsatzerlöse verzeichneten im Geschäftsjahr 2023 aufgrund der erheblichen Preissteigerungen, trotz der Absatzrückgänge, im Gas- und Wärmevertrieb mit 634,1 Mio. € (Vorjahr 475,7 Mio. €) einen deutlichen Anstieg um 158,4 Mio. €. Dies entspricht einer Steigerung um 33,3 %.

In der Stromversorgung lagen die Umsatzerlöse trotz rückläufiger Absatzmengen preisbedingt mit 29,4 % deutlich über dem Vorjahreswert. Die Erlöse in der Gasversorgung stiegen trotz der deutlich zurückgegangenen Absatzmenge preisbedingt um 54,3 %. Die Umsatzerlöse der Wärmeversorgung stiegen um 15,0 % an.

Aus der Verpachtung und der Betriebsführung des Wassernetzes an den städtischen Eigenbetrieb „Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ (WLW) resultieren Umsatzerlöse in Höhe von 25,8 Mio. €. Die Erlöse aus dem Wasserverkauf in Höhe von 17,4 Mio. € betreffen die Weitergabe der durch den Vorlieferanten in Rechnung gestellten Wasserbezugskosten an den Eigenbetrieb. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch gestiegene Beschaffungspreise verursacht.

Die Erlöse aus konzerninternen Dienstleistungen beinhalten insbesondere Erlöse aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH sowie aus der Verpachtung von Kabelinfrastruktur an unsere Tochtergesellschaft WiTCOM GmbH.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten Erträge aus Nebengeschäften (13,7 Mio. €), der betriebseigenen Tankstelle (2,5 Mio. €) sowie Erträge aus der Auflösung passivierter Ertragszuschüsse (2,2 Mio. €).

Gleichzeitig stiegen jedoch auch der Bezugsaufwand und die Netzentgelte deutlich. Beim Materialaufwand war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 35,8 % (127,6 Mio. €) zu verzeichnen.

Ertragslage

	2023 T€	2022 T€	Veränderung T€ %	
Umsatzerlöse	634.062	475.683	158.379	33,30
Materialaufwand	483.927	356.302	127.625	35,82
Rohertrag	150.135	119.381	30.754	25,76
Personalaufwand	52.026	52.128	-102	-0,20
übrige betriebliche Aufwendungen	49.684	26.581	23.103	86,92
übrige betriebliche Erträge ¹	9.067	10.158	-1.091	-10,74
Beteiligungsergebnis	30.534	17.558	12.976	73,90
EBITDA	88.026	68.388	19.638	28,72
Abschreibungen ²	14.570	16.582	-2.012	-12,13
EBIT	73.456	51.806	21.650	41,79
Zinsergebnis	1.281	-49	1.330	>100
Ergebnis vor Steuern	74.737	51.757	22.980	44,40
Ertragsteuern	3.939	3.214	725	22,56
sonstige Steuern	237	308	-71	-23,05
Ergebnis vor Ausgleichszahlung und Gewinnabführung	70.561	48.235	22.326	46,29
Einstellung in Gewinnrücklagen	10.000	0	10.000	>100
Aufwendungen für Ausgleichszahlung	21.109	17.312	3.797	21,93
Aufgrund EAV abgeführter Gewinn	39.452	30.923	8.529	27,58
BILANZGEWINN	0	0	0	0,00

¹ inkl. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen

² inkl. Abschreibungen auf Finanzanlagen

Umsatzerlöse 2023

	2023 Mio. € %		2022 Mio. € %		Veränderung Mio. € %	
Stromversorgung	268,9	42,4	207,8	43,7	61,0	29,4
Gasversorgung	241,1	38,0	156,3	32,8	84,9	54,3
Wärmeversorgung	40,5	6,4	35,3	7,4	5,3	15,0
Betriebsführung Wasserversorgung	25,8	4,1	24,7	5,2	1,1	4,3
Wasserverkauf an WLW	17,4	2,7	15,4	3,2	2,0	13,3
Konzerninterne Dienstleistungen	22,0	3,4	21,2	4,4	0,9	4,1
Sonstige	18,4	3,0	15,0	3,3	3,2	21,4
Umsätze lt. GuV	634,1	100,0	475,7	100,0	158,4	33,3

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren neben allgemeinen Kostensteigerungen vor allem durch die Zuführung zu Rückstellungen aufgrund preislicher und absatzwirtschaftlicher Risiken geprägt.

Der Personalaufwand lag, trotz der Tarifsteigerung, leicht unter dem Vorjahr. Ursächlich dafür war die im Jahresdurchschnitt geringere Beschäftigtenzahl.

Die Abschreibungen lagen dagegen mit 14,6 Mio. € nur geringfügig über dem Vorjahreswert (14,5 Mio. €).

Das Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern ohne Beteiligungs- und Zinsergebnis) lag mit 42,9 Mio. € um 6,6 Mio. € über dem Vorjahr. Im Wesentlichen wurde dabei das um 30,8 Mio. € gestiegene Rohergebnis durch die um 23,1 Mio. € höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen zum Teil kompensiert.

Das Beteiligungsergebnis erhöhte sich insbesondere durch eine Sonderausschüttung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG in Höhe von 10,0 Mio. € von 17,6 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr 30,5 Mio. €. Ferner wurden Erträge aus der Beteiligung an der ESWE Bio-Energie GmbH in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €) vereinnahmt.

Das positive Zinsergebnis in Höhe von 1,3 Mio. € resultierte aus Zinserträgen durch Tages- bzw. Monatsgeldanlagen der vorhandenen Liquidität sowie der Zinszahlungen für gewährte Gesellschafterdarlehen.

Im Berichtsjahr wird ein Betrag von 10,0 Mio. € zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Gemäß Ergebnisabführungsvertrag mit der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird das Unternehmensergebnis nach Steuern von 70,6 Mio. € (Vorjahr 48,2 Mio. €) nach Leistung einer Ausgleichszahlung an den Minderheitsaktionär sowie der Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vollständig an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abgeführt.

3.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 27,3 Mio. € (Vorjahr 53,7 Mio. €) getätigt. Die Gesamtinvestitionen (inkl. Finanzanlagen) setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtinvestitionen 2023

	2023 Mio. €	2022 Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	0,1
Sachanlagen	25,3	29,6
Finanzanlagen	1,9	24,0
Gesamt	27,3	53,7

Routinearbeiten mit dem Gasspürwagen.



Die Investitionen entfielen auf folgende Unternehmensbereiche:

Investitionen

	2023 T€	2022 T€
Stromversorgung	1.005	2.173
Gasversorgung	2.139	4.249
Wasserversorgung	5.922	11.746
Wärmeversorgung	9.995	8.593
Sonstige Bereiche	814	1.059
Gemeinsame Bereiche	5.599	1.851
Beteiligungen (Finanzanlagen)	1.868	24.003
Summe	27.342	53.674

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände enthalten Lizenzkäufe und Lizenzerweiterungen für Software.

Die Investitionen in Sachanlagen beinhalten im Wesentlichen den Ausbau und die routinemäßige Erneuerung der Versorgungsnetze. Ferner sind die Errichtungskosten für das im Bau befindliche Parkhaus enthalten.

Während sich die Erneuerungsmaßnahmen aus der Störanfälligkeit und dem Alter des bestehenden Netzes ergeben, sind bei den Erweiterungen im Wesentlichen die Erschließungsmaßnahmen im Bereich der Wärmenetze zu nennen.

Bei den Investitionen in Finanzanlagen handelt es sich im Wesentlichen um kapitalisierte Zinsen aus der Ausleihung an die MHKW Wiesbaden GmbH (MHKW).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verzeichnete im Berichtsjahr einen Rückgang vor allem infolge der höheren Mittelbindung in den Vorräten sowie den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen. Aus der Investitionstätigkeit ergab sich insgesamt ein Mittelzufluss, da vor allem Beteiligungserträge höher ausfielen und geringere Anlagenzugänge im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen waren. Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit erhöhten sich dagegen. Ausschlaggebend waren höhere Auszahlungen im Rahmen der Ergebnisabführung bei gleichzeitig geringeren Darlehensneuaufnahmen. Bei einem positiven Gesamt-Cashflow in Höhe von 14,4 Mio. € verfügt das Unternehmen zum 31. Dezember 2023 über einen Finanzmittelfonds, der ausschließlich Bankguthaben umfasst, von 45,0 Mio. € (Vorjahr: 30,6 Mio. €).

Kapitalflussrechnung nach DRS 21 in Mio. €

	2023 T€	2022 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	47,3	78,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	8,9	-34,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-41,8	-17,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	14,4	27,0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	30,6	3,6
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	45,0	30,6

Einstellungs-Eignungs-Test
für Ausbildungsanwärterinnen
und -anwärter.



Laufende Instandsetzungsmaßnahmen und Investitionen mussten weitgehend fremdfinanziert werden. Der Bestand an langfristigen Bankdarlehen ist im Berichtsjahr durch die Neuaufnahme von zwei Darlehen über je 10 Mio. € gestiegen. Durch planmäßige Tilgungen in Höhe von 8,0 Mio. € beträgt der Darlehensstand zum Bilanzstichtag 110,7 Mio. € (Vorjahr: 98,7 Mio. €). Der Zinsaufwand für diese langfristigen Darlehen stieg durch die realisierten Darlehensaufnahmen, steigende Zinskonditionen und die vorgenommenen Tilgungen von 1,2 Mio. € im Vorjahr auf 1,5 Mio. € im Jahr 2023. Darüber hinaus bestehen Kreditlinien in Höhe von 37,1 Mio. €, die zum 31.12.2023 nicht in Anspruch genommen werden mussten. Die Zahlungsfähigkeit der ESWE Versorgungs AG war im Berichtsjahr jederzeit sichergestellt.

3.4 Vermögenlage

Die Bilanzstruktur der ESWE Versorgungs AG stellt sich wie folgt dar:

Vermögenslage Bilanz (Kurzfassung)

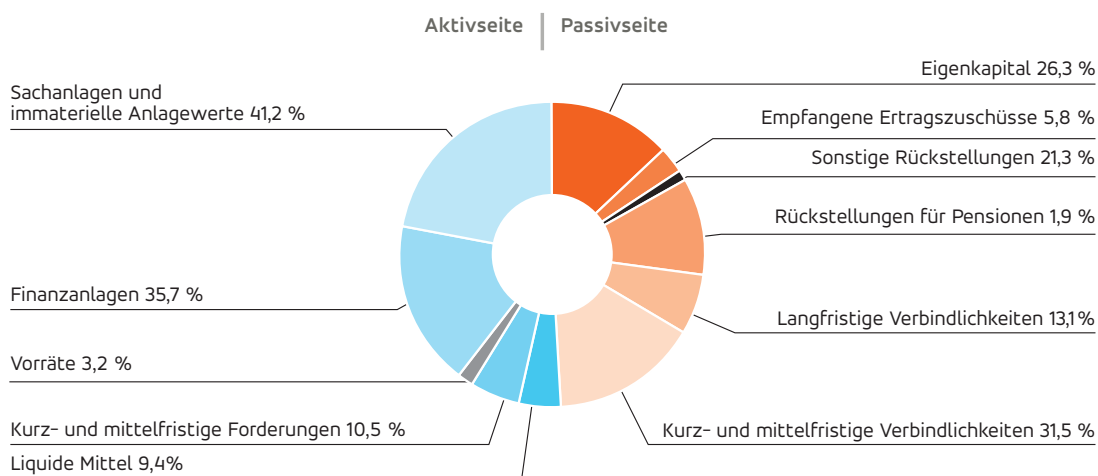
	2023 T€	2022 T€	Veränderung T€ %	
Anlagevermögen	370.421	360.117	10.304	2,86
Immaterielle Vermögensgegenstände	658	811	-153	-18,87
Sachanlagen	197.803	189.120	8.683	4,59
Finanzanlagen	171.960	170.186	1.774	1,04
Umlaufvermögen inkl. RAP	110.766	59.711	51.055	85,50
Vorräte	15.439	8.158	7.281	89,25
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46.747	17.853	28.894	161,84
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	44.992	30.611	14.381	46,98
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	3.588	3.089	499	16,15
Bilanzsumme (Aktiva)	481.187	419.828	61.359	14,62
Eigenkapital	126.570	116.570	10.000	8,58
Empfangene Ertragszuschüsse	28.009	28.900	-891	-3,08
Rückstellungen	111.630	90.794	20.836	22,95
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110.748	98.659	12.089	12,25
Übrige Verbindlichkeiten	104.164	84.905	19.259	22,68
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	66	0	66	>100
Bilanzsumme (Passiva)	481.187	419.828	61.359	14,62

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 419,8 Mio. € um 61,4 Mio. € auf 481,2 Mio. € signifikant erhöht. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen bei Zugängen in Höhe von 27,1 Mio. €, Anlagenabgängen von 2,2 Mio. € und Abschreibungen von 14,6 Mio. € um insgesamt 10,3 Mio. € erhöht. Ursächlich für diesen Anstieg sind die Erweiterungsinvestitionen in unser Verteilnetz, die deutlich über den Abschreibungen liegen. Hier ist insbesondere der Ausbau der Fernwärme zu nennen.

Im Umlaufvermögen sind die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen (+ 14,4 Mio. €). Ursächlich hierfür sind insbesondere die Anpassung der Abschlagszahlungen unserer Kunden sowie die quartalsweise Erstattung der Energiepreisbremsen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Demgegenüber steht ein deutlicher Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag auf 30,5 Mio. € (Vorjahr 3,8 Mio. €). Diese erhöhten sich abrechnungs- und preisbedingt sowie aufgrund des geänderten Ausweises der Kundenguthaben.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich leicht von 6,8 Mio. € auf 7,0 Mio. € erhöht. Die sonstigen Vermögensgegenstände lagen mit 6,8 Mio. € um 3,2 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Bilanzstruktur 2023



Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital durch die Einstellung von 10 Mio. € in die Gewinnrücklage entsprechend erhöht. Die Eigenkapitalquote verminderte sich dennoch durch die höhere Bilanzsumme von 27,8 % im Vorjahr auf nunmehr 26,3 %. Die Rückstellungen erhöhten sich um 20,8 Mio. € auf 111,6 Mio. €. Diese Erhöhung war hauptsächlich durch die Risikovorsorge für preisliche und absatzwirtschaftliche Risiken und den geänderten Ausweis der Verpflichtungen aus Emissionszertifikaten verursacht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich bei Neuaufnahmen von Darlehen (20,0 Mio. €) und planmäßigen Tilgungen (8,0 Mio. €) von 98,7 Mio. € auf 110,7 Mio. € erhöht.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind hauptsächlich durch den geänderten Ausweis der Kundenguthaben gestiegen.

3.5 Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S.4 EnWG

Die Berichtspflicht nach § 6b EnWG erfüllte die ESWE Versorgungs AG mit ihren Tätigkeitsabschlüssen 2023. In der Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Für die Elektrizitäts- und Gasverteilung erstellen wir jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen Anlagenspiegel nebst Erläuterungen zu den Tätigkeitsabschlüssen.

Gemessen am Gesamtumsatz des Elektrizitätssektors von 228,3 Mio. € weist der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung im Berichtsjahr einen vergleichsweise geringen Umsatz von 13,7 Mio. € aus. Auch der Tätigkeitsbereich Gasverteilung ist mit einem Umsatz im Berichtsjahr von 39,7 Mio. € gemessen am Gesamtumsatz des Gassektors von 276,2 Mio. € von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.

Der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung verzeichnete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 335 T€ (Vorjahr: 470 T€). Im Tätigkeitsbereich Gasverteilung wurde ein geringer Jahresfehlbetrag von 0,3 Mio. € (Vorjahr: Jahresüberschuss 1,8 Mio. €) (jeweils vor interner Ergebnisabführung) erreicht werden. Die Investitionen in die Netzinfrastruktur der Gasverteilung beliefen sich im Berichtsjahr auf 3,3 Mio. €.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Im Jahr 2023 beschäftigten die ESWE Versorgungs AG vor allem die Auswirkungen der Energiekrise. Insbesondere die Umsetzung der Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme stellte die Energieversorger bundesweit vor große Herausforderungen. In den Fokus gerieten hierbei vor allem die Kundenabrechnungen, die nur verzögert versendet werden konnten. Auch die Kommunikation mit den Kunden mit massivem Erläuterungsbedarf hinsichtlich der Preisbremsen stellte eine enorme Herausforderung dar. Eine weitere Folge der Energiekrise ist die von der Bundesregierung vorgesehene Beschleunigung der Energie- bzw. Wärmewende. Die ab 2026 für Wiesbaden vorgeschriebene Kommunale Wärmeplanung und deren Umsetzung bietet für die ESWE Versorgungs AG und deren Netztochter sw netz viele Chancen zur Ausweitung und Stärkung ihrer Geschäftstätigkeit. Allerdings werden zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 massive Investitionen erforderlich. Dies bedingt einen erheblichen Finanzierungsbedarf. Weitreichende Förderprogramme und Stärkung der Eigenkapitalausstattung sind daher unumgänglich. Neben der Finanzierung stellen auch der in nahezu allen Branchen zu verzeichnende Fachkräftemangel sowie nach wie vor fehlende zuverlässige politische Rahmenbedingungen enorme Herausforderungen dar.

Auch neue Geschäftsfelder bieten viele Ergebnispotentiale. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Wiesbaden, der nach dem Zuschlag aus der europaweiten Ausschreibung der Landeshauptstadt Wiesbaden in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt unserer Aktivitäten darstellt, sei hier exemplarisch genannt.

Energiepolitisches Umfeld

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 zur Verfassungswidrigkeit des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes hat weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und betrifft unter anderem durch 0 notwendig gewordene Kürzungen des Klima- und Transformationsfonds (KTF) auch die Energieversorger. Als Finanzierungsinstrument soll der KTF einen zentralen Beitrag zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele Deutschlands leisten. Für die Förderung der Energiewende, des Klimaschutzes und der Transformation waren von 2024 bis 2027 insgesamt 211,8 Milliarden Euro vorgesehen.

Von den Kürzungen waren auch die Stromnetzentgelte betroffen. Der ursprünglich an die Übertragungsnetzbetreiber zugesagte Zuschuss von 5,5 Mrd. € wurde aufgrund der Haushaltslage von der Bundesregierung gestrichen. Daher haben die Übertragungsnetzbetreiber ihre Netzentgelte Mitte Dezember 2023 deutlich erhöht. Diese Erhöhung wirkt sich auch entsprechend bei unseren Verteilnetzentgelten aus, so dass wir die Erhöhung auch weitergeben müssen. Durch die Kurzfristigkeit konnte die Anpassung unserer Vertriebsentgelte erst zum 1. März 2024 umgesetzt werden.

Der CO₂-Preis im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) wurde, anders als Ende 2022 beschlossen, nun doch zum 1. Januar 2024 auf 45,0 € je Tonne angehoben und soll im Jahr 2025 auf 55,0 € steigen. Die daraus generierten Einnahmen fließen in den Klima- und Transformationsfonds.

Die Substitution der russischen Gaslieferungen infolge des Krieges und der Zerstörung der Northstream-1-Pipeline konnte durch zusätzliche Importe vor allem aus Norwegen, den Niederlanden und aus Belgien sowie durch den Import von Flüssigerdgas zunächst erfolgreich umgesetzt werden. Deutschland hat dazu bereits drei LNG Terminals in Betrieb genommen. Weitere Terminals befinden sich bereits im Bau bzw. in der Planungsphase. Da derzeit nahezu 85 % der LNG-Importe aus den USA stammen, entsteht hier unter Umständen eine neue Importabhängigkeit. Gasmangellagen sind jedoch auch zukünftig nicht gänzlich auszuschließen, da die LNG-Importkapazitäten und die vorhandenen Speicherkapazitäten bei sehr hohen Verbräuchen in kalten Wintern aktuell nicht ausreichen.

Zum 1. Januar 2024 sind sowohl die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) als auch das Wärmeplanungsgesetz (WPG) in Kraft getreten. Kommunen werden durch das WPG verpflichtet, mittels einer kommunalen Wärmeplanung Wärmenetzgebiete, Wasserstoffnetzgebiete und Gebiete für dezentrale Wärmeversorgung auf Basis einer Bestands- und Potentialanalyse mit der Maßgabe einer möglichst kosteneffizienten Versorgung auszuweisen. Ferner müssen bis 2030 bestehende Wärmenetze zu 30 % (bis 2040 zu mindestens 80 %) mit erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme oder einer Kombination hieraus betrieben werden.

Das neue GEG schreibt bei gleichzeitiger Gültigkeit verschiedener Übergangsregelungen vor, dass ab 2024 bei Neubauten in Neubaugebieten nur noch Heizsysteme verbaut werden, die mindestens zu 65 % auf erneuerbaren Energien basieren.

Das derzeit bestehende Regulierungsregime für die Netzentgelte wird aktuell an die neuen Herausforderungen angepasst. So wurde die Eigenkapitalverzinsung für Neuanlagen bereits aufgrund der gestiegenen Finanzierungskosten angepasst. Für Bestandsanlagen wird dies in den kommenden Wochen erwartet. Ohne auskömmliche Wirtschaftlichkeit werden die notwendigen Investitionen kaum realisiert werden.

Die Dekarbonisierung des Wärmebereichs mit dem kontinuierlichen Rückgang des Erdgasverbrauchs wird nur zum Teil durch klimafreundliche Fernwärme realisierbar sein. Alternativ werden vermehrt elektrisch betriebene Wärmepumpen zum Einsatz kommen. Daher ist der zügige Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und vor allem der Netzausbau mit hoher Priorität voranzutreiben. Neben den Übertragungsnetzen sind vor allem auch die Kapazitäten der Verteilnetze massiv auszubauen. Ob die derzeit in aller Munde befindliche Wasserstoffinitiative tatsächlich ausreicht, um neben der Industrie auch tatsächlich Wohngebäude zu beheizen, wird derzeit noch sehr kontrovers diskutiert.

Bei der Stromerzeugung müssen die fossilen Brennstoffe durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden. Aufgrund der Elektrifizierung des Verkehrs- sowie des Wärmesektors wird der Strombedarf in den nächsten Jahren signifikant ansteigen. Bereits bis zum Jahr 2030 möchte die Bundesregierung 15 Mio. vollelektrische Pkw auf deutschen Straßen zugelassen haben.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2024 wird von den meisten Wirtschaftsforschungsinstituten angesichts der weiter hohen Unsicherheit der privaten Haushalte und der Unternehmen, der schwachen Binnennachfrage und den gestiegenen Finanzierungskosten in den jüngsten Konjunkturprognosen eher rückläufig erwartet. Derzeit nehmen einige Institutionen ihre Prognosen vom Herbst eher zurück. Der jüngst veröffentlichte Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geht für das Bruttoinlandsprodukt nur noch von 0,2 % Wachstum im Jahr 2024 aus.

Unser Geschäftsmodell erweist sich, trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeiten sowie den mannigfaltigen Folgewirkungen der Energiekrise, als krisensicher und stabil.

In der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2024 erwarten wir ein robustes und gutes Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern (EBT), das jedoch deutlich unter den durch die Marktsituation beeinflussten Ergebnissen der Jahre 2022 und 2023 liegen wird. Von einer entsprechenden Entwicklung ist auch vom Betriebsergebnis und dem Beteiligungsergebnis auszugehen. Gemäß Wirtschaftsplan gehen wir für 2024 von einem Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Gewinnabführung von ca. 42 Mio. € aus.

Das Berichtsjahr war durch einige Sondereinflüsse bestimmt, die in dieser Ausprägung für 2024 nicht erwartet werden. Neben dem durch den jüngsten Tarifabschluss und der Steigerung der Beschäftigtenzahl verursachten deutlichen Anstieg des Personalaufwandes sowie der Kostensteigerungen insbesondere im Baubereich erwarten wir ein geringeres Beteiligungsergebnis, wobei der Rückgang hier im einstelligen Millionenbereich liegen wird.

Ferner wird durch die geplanten Investitionen im Zusammenhang mit der Energie- bzw. Wärmewende entsprechender Finanzierungsbedarf entstehen, der den Zinsaufwand entsprechend erhöhen wird.

Im Wirtschaftsplan erwarten wir insbesondere im Strom- und Gasvertrieb wettbewerbs- und witterungsbedingt leicht rückläufige Absatzmengen. Im Wärmevertrieb gehen wir dagegen durch den Anschluss einiger neuer Kunden von leicht ansteigenden Absatzzahlen aus.

Das Investitionsvolumen wird sich in den nächsten Jahren nochmals erheblich steigern. Die Energie- bzw. Wärmewende bedingt einen massiven Ausbau unseres Strom-, bzw. Wärmenetzes. Es wird mit einer Eigenkapitalquote auf dem Niveau des Jahres 2023 gerechnet. Trotz dieser zunehmend schwieriger werdenden Rahmenbedingung sieht unsere Mittelfristplanung für die Jahre bis 2028 stabile Ergebnisse vor.

Chancenbericht

In den letzten Jahren haben wir uns bundesweit als verlässlicher Partner für unsere Kunden etabliert. Dies belegt unter anderem die vom TV-Sender n-tv bundesweit durchgeführt Zufriedenheitsanalyse deutscher Stromversorger. Bei den Grundversorgern belegten wir den 2. Platz. Damit gehören wir aus Kundensicht zu Deutschlands besten Stromanbietern. Daran anknüpfend werden wir, nachdem die Beschaffungspreise wieder deutlich gesunken sind, unser Engagement im bundesweiten Vertrieb sukzessive wieder ausweiten. Nach den notwendig gewordenen Preisanpassungen im Jahr 2022 bzw. Anfang 2023 werden wir unsere Tarife für Strom und Gaskunden im Laufe des Jahres voraussichtlich wieder reduzieren können.

Mit unserer Beteiligung am neu zu errichtenden Müllheizkraftwerk in Wiesbaden erhalten wir durch die Auskopplung der Wärme und deren Einspeisung in unser Netz die Chance, die im Rahmen der Energiewende so wichtige Fernwärme ökologisch und ökonomisch zu erzeugen und so dem zunehmenden Wärmebedarf in Wiesbaden ortsnahe zu begegnen. Wir können so unsere derzeit mit Erdgas befeuerten Heizwerke sukzessive zurückfahren.

Immer mehr Partner und Kunden nehmen unser E-Mobilität-Rundum-Sorglos-Paket in Anspruch. ESWE übernimmt die Installation, den Betrieb, die Wartung, Instandhaltung und Abrechnung der Ladesäulen. Auch die Nachfrage nach PV-Anlagen hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen, so dass dieses neue Geschäftsfeld auch entsprechende Wertbeiträge erwirtschaften wird.

Chancen erkennen wir auch durch die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Geschäftsprozesse. Die Digitalisierung bietet Potential für Energiedienstleister wie die ESWE Versorgungs AG. Wir haben bereits viele Prozesse automatisiert, und mit der Einführung unserer „Smart-Home“-Lösungen haben wir neue Vertriebsprodukte für unsere Kunden auf den Markt gebracht. Unser Portfolio an energienahen Dienstleistungen bauen wir kontinuierlich aus. Für Geschäftskunden entwickeln wir neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbrüche und damit Kosten senken. Hier sehen wir mittelfristig großes Potential, unsere Kernkompetenzen entsprechend zu erweitern und somit neue Ertragspotentiale zu generieren.

E-Ladesäulen in
Wiesbaden.



Derzeit analysieren wir, ob und wie durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) Prozesse optimiert und neue Energiedienstleistungen generiert werden können. Mit Hilfe der KI wird die Effizienz des Unternehmens gesteigert werden können. Ferner erhoffen wir uns dadurch Entlastungen für unsere Mitarbeitenden, um den Transformationsprozess erfolgreich meistern zu können. Auch die Kundenzufriedenheit möchten wir durch den Einsatz von KI erhöhen.

Für die Zukunft sehen wir weitere Geschäftschancen insbesondere in den Themen Breitbandausbau und Wasserstoff, für die bereits Strategieprojekte in Gang gesetzt wurden. So sehen wir uns ausreichend gerüstet und streben an, aus den Chancen, die sich ergeben, neue wirtschaftliche Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Risikobericht

Im Risikobericht stellen wir die für unser Unternehmen bedeutsamsten Risiken dar. Die Reihenfolge der dargestellten Risiken entspricht unserer aktuellen Einschätzung des relativen Risikoausmaßes und gibt einen Anhaltspunkt für die gegenwärtige Bedeutung des Risikos.

Energiepolitische Risiken

Die Veränderungen des energiewirtschaftlichen Umfelds, einhergehend mit stetigen Anpassungen der politischen sowie der regulatorischen Rahmenbedingungen, stellen wesentliche Risiken für unsere Geschäftsentwicklung dar. Hinzu kommt eine Flut an zusätzlichen bürokratischen Vorschriften, die kaum noch zu bewältigen sind.

Die Umsetzung der klimapolitischen Ziele sowie die weitere Entwicklung der geopolitischen Krise haben wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf und insbesondere auf unsere Vermögens- und Ertragslage.

Risiken Kapitalbedarf

Die Unsicherheiten an den Energiemärkten, die daraus entstehenden Risiken für Energieversorger sowie der immense Kapitalbedarf zur Umsetzung der Energiewende erschweren auch den generellen Zugang zu Finanzmitteln. Die Kreditgeber reagieren auf die Unsicherheiten und zeigen sich bei Finanzierungsanfragen wesentlich kritischer als in der Vergangenheit. Vor dem Hintergrund der anstehenden Investitionen auf dem Weg zur Klimaneutralität und den Klimazielen 2030 ist hier mit einer deutlichen Zunahme der Komplexität zu rechnen. Insofern ist ein permanenter Austausch zwischen Energieversorger und Kreditgebern, aber auch mit den Gesellschaftern, zwingend erforderlich. Neben dem Kapitalbedarf stellen außerdem die notwendigen personellen Ressourcen, sei es an eigenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen oder auch an Dienstleistern, sowie die Verfügbarkeit von Materialien ein erhebliches Risiko dar.



Marktpreisrisiken

Im Vertrieb stellt das Marktpreisrisiko nach wie vor das größte Risikopotential dar. Da das Verbrauchsverhalten derzeit nur schwer abschätzbar ist, können sowohl steigende als auch fallende Marktpreise Risiken bergen. In der Energiebeschaffung ergeben sich Risiken aus der Portfoliobewirtschaftung bzw. aus weiteren Preissteigerungen. Die Überwachung und Steuerung dieser Risiken erfolgt durch unser Energierisiko-Komitee, welches Limite und Beschaffungsstrategien festlegt.

Im Zuge unserer strategischen Beschaffungsstrategie hatten wir zu einem Zeitpunkt Gas für den Winter eingekauft, als die Preise noch hoch waren. Wegen des warmen Wetters und des veränderten Verbrauchsverhaltens benötigen wir jetzt aber viel weniger als gedacht und müssen die überschüssigen Mengen nun zu niedrigeren Preisen zurückverkaufen. Hierfür haben wir im Jahresabschluss entsprechende Rückstellungen gebildet.

Könnte das Risiko von, durch allgemeine Preissteigerungen und die hohen Energiekosten verursachten, Forderungsausfällen im Berichtsjahr vor allem durch die politischen Entlastungsmaßnahmen (Preisbremsen, MwSt-Senkung für Gas und Wärme) vermieden werden, so befürchten wir nach Auslaufen dieser Maßnahmen ein erhöhtes Ausfallrisiko von Forderungen.

Risiken im Netzgeschäft

Im Netzgeschäft ergeben sich neben den allgemeinen Regulierungsrisiken insbesondere Risiken für künftige Geschäftsergebnisse durch die stark gestiegenen Baukosten bzw. Fremdleistungen. Hinzu kommen neben gestiegenen Zinsen auch erforderliche Personalaufstockungen und der hohe Tarifabschluss. So ist zu befürchten, dass die Kosten die festgelegte Erlösobergrenze übersteigen werden. Zusätzlich führt die Verzögerung des Rollouts für intelligente Messsysteme, durch die höhere Anlaufkosten entstehen, weiterhin zu Ergebnisbelastungen.

Die Risiken aus dem Netzgeschäft belasten im Wesentlichen das Ergebnis unserer Stromnetztochter, der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, und haben über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag auch unmittelbare Auswirkungen auf unser Geschäftsergebnis.

Die Anforderungen an einen Netzbetreiber sind in den letzten Jahren durch die zunehmende dezentrale Einspeisung und volatile Ausspeisung enorm gestiegen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert ein erheblich dynamischeres Wachstum im Netzgeschäft als bisher angenommen. Dies erfordert neben den weiterhin zwingend umzusetzenden Netzausbau und Optimierungsmaßnahmen eine Verstärkung des Netzgeschäfts hinsichtlich Ressourcen und Finanzbedarf.

Die im Zuge der Energie- bzw. Wärmewende notwendigen Investitionen in die Netzinfrastruktur sowie die Dekarbonisierung des Gasnetzes und der eventuell notwendige Rückbau des Gasnetzes bergen das Risiko, dass einerseits inflationsbedingte Kostensteigerungen nicht vollständig in der Erlösobergrenze berücksichtigt werden, andererseits der prognostizierte Hochlauf nicht in dem erwarteten Maße erfolgt, und somit nicht auskömmliche Erlöse generiert werden. Der zunehmende Kapitalbedarf stellt eine weitere Herausforderung dar. Neben den zwingend erforderlichen Förderprogrammen muss auch entsprechendes Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden, um den Finanzierungsbedarf über Kreditmittel sicherstellen zu können.

Risiko IT-Sicherheit und Cyberangriffe

Cyberangriffe gegen Betreiber kritischer Infrastrukturen sowie deren Dienstleister stellen eine zunehmend steigende Bedrohungslage dar und bergen Risiken für das Unternehmen. Daher haben wir bereits vor Jahren eine Stabsstelle „Sicherheitsbeauftragter“ eingerichtet. Wesentliches Ziel des Informations-Sicherheitsbeauftragten ist neben einem angemessenen Schutz von Unternehmensinformationen daher die Erhöhung der Cyber-Resilienz zur Vermeidung von Sicherheitsvorfällen und im Falle des Auftretens die schnelle und sorgfältige Behandlung derselben sowie ein hohes Sicherheitsbewusstsein bei den Mitarbeitenden.

Wasserkartellverfahren

Eine Entscheidung zum Wasserkartellverfahren steht leider immer noch aus und stellt damit nach wie vor ein Risiko für uns dar. Hier hatte uns die Hessische Landeskartellbehörde Ende 2016 eine „Abschöpfungsverfügung“ wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 – 2011 zugestellt. Gegen diese Verfügung haben wir fristgerecht Beschwerde eingelegt, da wir sie als sachlich ungerechtfertigt ansehen. Ende 2019 fand eine zweite mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main statt, in der der zuständige Senat abermals beide Parteien aufforderte, nochmals in Vergleichsverhandlungen zu treten. Diese fanden zwar Anfang 2020 statt, allerdings konnte kein einvernehmliches Ergebnis erreicht werden. Zur Beweissicherung hat der zuständige Senat einen neutralen Gutachter benannt, der ein entsprechendes Sachverständigengutachten zu erstellen hat, welches dem Gericht als Entscheidungshilfe dienen soll. Dieses Gutachten liegt bis zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts nicht vor. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die für dieses Risiko gebildete Rückstellung ausreichen wird und somit eine weitere Ergebnisbelastung nicht zu erwarten ist. Somit ist unter Berücksichtigung der bereits gebildeten Rückstellungen hier von einem geringen Risiko auszugehen.

Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

Die ESWE Versorgungs AG ist im Rahmen der Verwendung von Finanzinstrumenten, die insbesondere die von der Gesellschaft ausgereichten Kredite und Forderungen sowie die Darlehen bei Kreditinstituten betreffen, im Wesentlichen Zinsänderungs- und Ausfallrisiken ausgesetzt.

Das Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten besteht in der Gefahr des Ausfalls eines Vertragspartners und daher maximal in Höhe der positiven Zeitwerte der Forderungen gegen den jeweiligen Kontrahenten. Dieses Risiko wird bei der ESWE Versorgungs AG als nicht wesentlich eingestuft, da Geldanlagen nur an Kontrahenten einwandfreier Bonität erfolgen. Kredite werden derzeit nur im Rahmen der Konzernfinanzierung an verbundene Unternehmen vergeben.

Dem Risiko des Ausfalls von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen tragen wir durch ein aktives Forderungsmanagement sowie Bildung von entsprechenden Wertberichtigungen Rechnung.

Für die aufgenommenen Darlehensverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten besteht das Risiko steigender Marktzinsen. Das Zinsänderungsrisiko ist jedoch durch Vereinbarungen langfristiger Zinsbindungsfristen deutlich vermindert. Ferner erfolgt eine permanente Beobachtung des Geld- und Kapitalmarktes, um rechtzeitig auf Zinssteigerungstendenzen reagieren zu können. Künftige Kapitalbedarfe werden frühzeitig ermittelt und im Rahmen des aktiven Zinsmanagements, welches wir in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut haben, gedeckt.



E-Ladesäulen in Idstein und Taunusstein.

5. Risikomanagement

Durch das Aktiengesetz und weitere gesetzliche Vorschriften sind wir verpflichtet, ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem (RMS) zu führen. Das Risikomanagementsystem der ESWE Versorgung dient der Früherkennung, Bewertung und Steuerung interner und externer Risiken.

Die Unternehmenstätigkeit der ESWE Versorgungs AG besteht in der zuverlässigen, wirtschaftlichen und ökologischen Versorgung mit Energie und energienahen Produkten und Leistungen für ihre Kundinnen und Kunden in Wiesbaden und bundesweit. Diesen Zielen ist auch die Risikopolitik gewidmet. Um wirtschaftlichen Erfolg zu erreichen, müssen unternehmerische Chancen ergriffen werden. Damit sind aber auch immer unternehmerische Risiken verbunden. Nur wenn die Chancen in einem angemessenen Verhältnis zu den Risiken stehen, wird ESWE Versorgung ihre Ziele langfristig erfolgreich erreichen können. Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden, dürfen dabei nicht eingegangen werden.

Das RMS in der ESWE Gruppe hat dabei zum Ziel

- die Unternehmensgruppe durch die frühzeitige Identifizierung vor bestandsgefährdenden existenziellen Risiken zu schützen,
- der Unternehmensleitung einen aktuellen, richtigen, verständlichen und vollständigen Überblick über die finanziellen und relevanten nichtfinanziellen Risiken der Gesellschaft zu geben,
- der Unternehmensleitung die Steuerung des Chancen-und-Risiko-Profiles des Unternehmens im Einklang mit der Unternehmensstrategie zu ermöglichen sowie
- die geltenden gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen zu erfüllen, insbesondere nach § 91 Aktiengesetz (AktG).

Das Risikomanagement kann den wirtschaftlichen Erfolg nur dann wirksam unterstützen, wenn es als Führungsaufgabe und integraler Bestandteil aller Geschäftsprozesse verstanden und gelebt wird. Dabei sind alle Mitarbeitenden gefordert, durch risikobewusstes Handeln Schaden vom Unternehmen abzuwenden und im Rahmen ihrer Verantwortungen Chancen angemessen zu ergreifen.

Als Risiken im weiteren Sinne werden dabei alle (möglichen) Ereignisse und Entwicklungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens verstanden, die zu einer Abweichung von den gesetzten Zielen führen können. Eine negative Abweichung wird dabei als Risiko im engeren Sinne oder auch als Schaden bezeichnet, eine positive Abweichung als Chance.

Aufgrund eines neuen Prüfungsstandards (IDW PS 340 n.F.) der Wirtschaftsprüfer, zur Prüfung des Risikomanagementsystems und im Nachgang einer externen Untersuchung und Beratung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde im Berichtsjahr eine zentrale Software der Firma Schleupen AG zu Erfassung, Bewertung, Analyse und Doku-



mentation der Unternehmensrisiken eingeführt und als ständige Einrichtung fortgeführt. In regelmäßigen Abständen wird durch systematische Erhebung eine Risikoinventur für alle Unternehmensbereiche durchgeführt. Erkannte schwerwiegende Risiken werden als Ad-hoc-Meldung dem Vorstand unmittelbar bekannt gemacht.

Das Risikomanagement ist zentral in einer eigenständigen Funktionsstelle direkt unter dem Vorstand eingerichtet.

Die Risikoinventur wird einmal jährlich durch alle Unternehmensbereiche durch den Risikomanager abgefragt und ausgewertet. Für die größten Risikopotentiale wird zusätzlich eine quartalsweise Aktualisierung vorgenommen. Das nach Bewertung der Risikoinventur erstellte Risikoportfolio für das Unternehmen wird gleichmäßig und beständig fortgeschrieben und ist wesentlicher Bestandteil des internen Controllingberichtssystems. Zudem unterrichtet der Vorstand einmal pro Geschäftsjahr oder bei gesondertem Bedarf den Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG über die bedeutsamsten Risiken aus dem Portfolio. Zur Steuerung der Risiken hat das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, die im Wesentlichen neben dem Einsatz interner und externer Fachleute ein umfangreiches technisches Regelwerk, die Zertifizierung von Unternehmensbereichen sowie einen umfassenden Versicherungsschutz, Führungsleitsätze und ein internes Kontrollsystem umfassen.

Das bei der ESWE Versorgungs AG implementierte zentrale Risikomanagement-Komitee, welches sich aus Experten aus den verschiedensten Unternehmensbereichen zusammensetzt, hat zur Aufgabe, die größten Kernrisiken des Unternehmens auf gesamtwirtschaftliche Risikolage und Versicherbarkeit zu bewerten. Durch ein aktuelles RisikoMonitoring (Identifikation und Bewertung bzw. Neubewertung von Risiken in sämtlichen Organisationseinheiten) soll zudem eine größtmögliche Risikominimierung herbeigeführt werden.

Darüber hinaus ist für den Bereich „Energiebeschaffung und Vertriebscontrolling“ eine Koordinierungsgruppe Beschaffung eingerichtet worden, welche aus dem Vorstand sowie den für das interne Kontrollsystem zuständigen Fachbereichsverantwortlichen und wenn erforderlich auch aus anderen Organisationseinheiten hinzugezogenen Sachkundigen besteht und die Sicherstellung einer geschlossenen Umsetzung der vorgegebenen Beschaffungsstrategie und Risikopolitik zur Aufgabe hat.

Die Entwicklung der Beteiligungserträge birgt für uns Chancen aus zukünftig steigenden Ergebnisbeiträgen und Risiken aus negativer Entwicklung der Beteiligungen. Dem Risiko wird durch eine fortlaufende Überwachung der Geschäftsentwicklung durch das Beteiligungscontrolling Rechnung getragen, sodass bei negativer Entwicklung frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können.

Im Berichtsjahr wurden als Schwerpunkt der risikotechnischen Befassung die Entwicklungen des anhaltenden Kriegs in der Ukraine, der daraus entstehenden Lieferkettenstörungen, die Auswirkungen der gesetzlichen Entscheidungen zur Einsparung von Strom

und Gas, die Folgen der Auswirkungen u. a. des Heizungsgesetzes, der Ausbau der regenerativen Energien und der Um- und Ausbau des Gasnetzes auf Wasserstoff, analysiert und bewertet.

Bestandsgefährdende Risiken im Sinne der gesetzlichen Vorschriften haben sich für das Jahr 2023 keine ergeben und bestehen auch aus heutiger Sicht nicht.

6. Compliance

Bereits seit dem Jahr 2018 haben wir aufgrund zahlreicher gesetzlicher bzw. regulatorischer Veränderungen ein Compliance Management System (CMS) etabliert. Dieses CMS wird regelmäßig fortgeschrieben und entsprechend weiterentwickelt. Im Jahr 2020 wurde die Stelle „Vorstandsangelegenheiten und Compliance“ geschaffen, die dem Vorstandsvorsitzenden direkt zugeordnet ist. Die Stelleninhaberin wurde zum Chief Compliance Officer (CCO) bestellt. Der CCO ist somit nunmehr unabhängig vom Rechts- und Revisionsbereich der ESWE Versorgung angesiedelt. Ergänzend haben wir ein Compliance-Komitee etabliert, in dem neben dem Vorstand auch Führungskräfte aus verschiedenen Bereichen sowie die Arbeitnehmervertreter vertreten sind. Auch im Jahr 2023 gab es keine nennenswerten Compliance-Vorgänge, da noch immer weniger Veranstaltungen oder Dienstreisen stattfanden. In den wenigen Fällen, bei denen es Klärungsbedarf gab, konnte durch die frühzeitige Einbindung des CCOs ein Compliance-Verstoß verhindert werden. Das auf Grundlage der EU-Richtlinie zum Schutz von Hinweisgebern geschaffene Hinweisgeberschutzgesetz trat im Juli 2023 in Kraft. Infolgedessen wurde für ESWE Versorgung und auch die Tochtergesellschaft Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH eine Interne Meldestelle eingerichtet, die über das Intranet erreichbar ist. Über einen sicheren und vertrauenswürdigen Meldekanal wird die Möglichkeit geschaffen, Anhaltspunkte für mögliche Compliance-Verstöße anonym oder auch unter Namensnennung in einer vertrauensvollen Umgebung zu melden. Diese Meldestelle wird durch einen Dienstleister betrieben. Dieser ist für die Bearbeitung und Prüfung der abgegebenen Hinweise im Rahmen der rechtlichen Vorgaben verantwortlich.

Im Rahmen des Berichtswesens wird der Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und Veränderungen des CMS bei der ESWE Versorgungs AG informiert.

7. Datenschutz und Informationssicherheit bei ESWE Versorgung

Auch im Jahr 2023 stand die Energiewirtschaft aufgrund von - im europäischen wie weltweiten Vergleich - hohen Energiekosten, unklarer grundlastfähiger zukünftiger Energieerzeugungsanlagen und somit struktureller Wettbewerbsnachteile insbesondere für energieintensive Produktionsunternehmen, im Fokus der Öffentlichkeit.

Weiterhin sind nahezu täglich Cyberangriffe auf Unternehmen sämtlicher Größen wie Wirtschaftssektoren, als auch auf staatliche Institutionen zu verzeichnen. Das Gefahrenpotential durch künstliche Intelligenz optimierter Texte in sog. Phishing-Mails mit gefährlichen, da schadcodebehafteten Dateianhängen und/oder Verlinkung auf entsprechend präparierte Webseiten, manipulierte webbasierte (Video-konferenz-) Anrufe (Deepfakes) wird daher weiter steigen. Die Energiewirtschaft steht hier in einem neuen Fokus.

Bei Cybervorfällen liegen in den allermeisten Fällen (Stichwort Kundendatenbanken) gleichzeitig auch Datenschutzvorfälle vor. Die beiden Themenbereiche sind somit in der alltäglichen Praxis stets gemeinsam zu betrachten. Die gesetzlichen Notwendigkeiten, wie etwa Meldepflichten und daran orientierte unternehmensinterne (Notfall-)Prozesse, müssen etabliert sein. Ebenso muss eine beständige, wirksame Sensibilisierung aller im Unternehmen Beschäftigten vor den alltäglichen IT-technischen Gefahren sichergestellt werden.

ESWE Versorgungs AG hat daher auf die zuvor angesprochene Lage mit weiteren internen Optimierungen reagiert. Exemplarisch sei hier das neu etablierte Schulungskonzept zum Datenschutz und zur Informationssicherheit genannt, dass das bestehende Schulungskonzept durch erweiterte Angebote und Formate abgelöst hat.

Digitale Anwendungen von globalen Softwareanbietern und deren Einsatzmöglichkeiten werden auch weiterhin, trotz des am 10. Juli 2023 erfolgten Angemessenheitsbeschlusses (EU-US Data Privacy Framework), kritisch betrachtet werden müssen. Denn Datenübermittlungen in Drittländer – wie zum Beispiel Indien – sind bei komplexen Softwareanwendungen kaum zu vermeiden und für den Nutzer zum Teil auch nicht transparent.

Mit der am 13. März 2024 verabschiedeten Verordnung der Europäischen Union über Künstliche Intelligenz (KI-VO) kommen nun weitere Pflichten auf Anbieter und zum Teil auch Nutzer und somit Unternehmen von zum Beispiel Large Language Models (LLMs) wie ChatGPT mit neuen Risiken und Schwachstellen zu. Die KI-VO ist eine technikspezifische und im Ausgangspunkt produktsicherheitsrechtlich verfasste Regulierung von künstlicher Intelligenz. Künstliche Intelligenz ist aber ohne Daten nicht denkbar und hierzu gehören auch personenbezogene oder beziehbare Daten. Daher wird die Abgrenzung bzw. das Verhältnis der KI-VO zum Datenschutzrecht in den kommenden Jahren Fragen aufwerfen und Unsicherheiten bei den Nutzern bringen, denn die Regelungsbereiche werden sich berühren bzw. überschneiden und erst in der Praxis eindeutiger zu klären sein.

Die praktischen Auswirkungen der gesetzlichen Überarbeitungen zur europäischen NIS (Netzwerk und Informationssicherheits-) 2-Richtlinie, welche im Oktober dieses Jahres in nationales Recht umzusetzen sind, werden weiterhin organisatorische Veränderungen im Unternehmen hinsichtlich z. B. Meldepflichten erforderlich machen.

Nicht nur neue gesetzliche Vorgaben oder technische Entwicklungen, sondern auch die veränderte Arbeitswelt mit Arbeiten im Home-Office und digitaler Kollaboration führen dazu, dass die Themen Datenschutz und Informationssicherheit sich heutzutage nicht mehr trennen lassen und zentrale Aufgaben in einem Unternehmen sind. Eine enge Zusammenarbeit und Austausch zwischen Datenschutzbeauftragter und IT-Sicherheitsbeauftragten ist daher notwendig. Um die neuen Chancen bei Themen wie künstlicher Intelligenz auch im Unternehmen positiv nutzen zu können, müssen die technischen Entwicklungen beobachtet, und soweit möglich, nachvollzogen werden, bestehende Unternehmensprozesse hinterfragt, diese ggf. verbessert, sicherer und soweit möglich auch einfacher gestaltet werden. Der bewusste Umgang mit digitalen Anwendungen ist hierbei bedeutsam.

Die Themen Datenschutz und Informationssicherheit werden daher auch weiterhin zentrale Aufgaben mit entsprechendem Aufwand bei ESWE darstellen.

8. Vorbereitung auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die nachhaltige Gestaltung aller Lebensbereiche und die Bekämpfung des Klimawandels gehören schon seit Jahren zu den größten Herausforderungen und ihre Bedeutung wird absehbar weiter zunehmen. Für Unternehmen wie ESWE Versorgung bedeutet das, nicht nur nachhaltig zu handeln, sondern auch ihre ökologischen und sozialen Auswirkungen transparent darzulegen. Die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), die seit Januar 2023 in Kraft ist, setzt neue Maßstäbe für die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sie ersetzt die bisherige „nichtfinanzielle Erklärung“ und betont den gleichwertigen Stellenwert von Nachhaltigkeits- und Finanzberichterstattung. ESWE Versorgung wird für das Geschäftsjahr 2025 erstmals nach den dafür entwickelten European Sustainability Reporting Standards (ESRS) im Rahmen ihres Geschäftsberichts berichten. Zusätzlich ist damit die Berichterstattungspflicht nach der EU-Taxonomie-Verordnung verbunden, die darüber Auskunft gibt, in welchem Umfang die Geschäftstätigkeiten von ESWE Versorgung als ökologisch nachhaltig einzustufen sind.

Zur Vorbereitung auf die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung haben wir im Jahr 2023 das Projekt Nachhaltigkeit gestartet. Mit einem motivierten Team von Fachleuten aus verschiedenen Unternehmensbereichen und der Unterstützung einer spezialisierten Nachhaltigkeitsberatung haben wir bereits erfolgreich eine vorbereitende Reifegradanalyse sowie die nach den ESRS vorgeschriebene Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt. Die Wesentlichkeitsanalyse zielt darauf ab, diejenigen Aspekte zu identifizieren, die für das Unternehmen und seine Stakeholder von besonderer Bedeutung sind. Interne Workshops und Umfragen haben wir dabei mit Interviews unserer externen Partner und Anspruchsgruppen ergänzt, die uns mit ihren Einschätzungen und Impulsen wertvolle Unterstützung gegeben haben. Die Ergebnisse fließen direkt in die Erarbeitung unserer Nachhaltigkeitsstrategie und den Aufbau unseres Systems zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ein, die wir als nächste Projektschritte angehen werden. Die Verbindung dieser Aufgaben schafft einen ganzheitlichen Ansatz für die Vorbereitung auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung und stellt sicher, dass Nachhaltigkeit fest in der Unternehmenskultur verankert ist.

Die Integration der Nachhaltigkeit in unsere Unternehmenskultur und unternehmerische Gesamtstrategie betont die Bedeutung von Nachhaltigkeit für unseren zukünftigen Erfolg. Wir sind stolz darauf, nicht nur ein verantwortungsbewusster Partner für unsere Kundinnen und Kunden zu sein, sondern auch als Arbeitgeber und engagierter Partner der Region einen positiven Beitrag zu leisten. Das haben uns nicht zuletzt die Interviews mit unseren Stakeholdern im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse bestätigt. Diesen Vorteil wollen wir weiter stärken. Die CSRD mag eine Herausforderung sein. Wir verstehen Sie aber auch als Chance, unsere Verantwortung wahrzunehmen und nachhaltige Veränderungen zu bewirken.

9. Erklärung zur Unternehmensführung

ESWE Versorgung ist als ein der Mitbestimmung unterliegendes Unternehmen verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen festzulegen. Grundlage hierfür ist das am 1. Mai 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen (FüPoG).

Nach der Konstituierung des Aufsichtsrats im Sommer 2022 betrug der Frauenanteil im paritätisch besetzten Aufsichtsrat 22,22 %. Für den Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2027 wurde daher die festgelegte Zielgröße von 22,22 % für den Aufsichtsrat fortgeschrieben. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 beträgt der tatsächliche Frauenanteil im Aufsichtsrat nach wie vor 22,22 %.

Die gesetzlich zulässige festgelegte Zielquote von 0 % für die Vorstandebene wurde mit Beschluss vom 30. März 2022 konkretisiert. Der Grund für die Definition einer Zielquote von 0 % auf Vorstandsebene ergibt sich aus der aktuellen Zusammensetzung des Vorstands mit 2 Vorständen.

Die Zielgröße für den Anteil der Frauen in den beiden obersten Führungsebenen bis 30. Juni 2027 wurde vom Vorstand auf der bisherigen Zielgröße von 17 % fortgeschrieben. Hierbei wurde berücksichtigt, dass bei der Festlegung der Zielgrößen der jeweils erreichte Anteil nicht mehr unterschritten werden darf. Zum Bilanzstichtag liegt der Frauenanteil für beide Führungsebenen insgesamt bei 13,6 %.

Entgeltbericht

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit von Frauen und Männern im Rahmen des Entgelttransparenzgesetzes

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz (Entgelttransparenzgesetz) zwischen Frauen und Männern in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, den bestehenden Rechtsrahmen für eine umfassende Durchsetzung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern zu verbessern.

Neben einem individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte zur Überprüfung der Einhaltung des Entgeltgleichheitsgebots, der Vorgabe an Unternehmen betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit zu implementieren, sieht das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen vor, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Gemäß § 21 Abs. 1 EntgTranspG ist ESWE Versorgung als Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten verpflichtet, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Zum 31.12.2023 beschäftigte die ESWE Versorgungs AG 572 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende), die sich wie folgt darstellen:

Beschäftigte zum 31.12.2023

	Beschäftigte		davon Vollzeit		davon Teilzeit	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Frauen	162	171	105	107	57	64
Männer	410	412	397	397	13	15
Gesamt	572	583	502	504	70	79

Als dem kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) angehörendes Unternehmen wenden wir seit dem 1. Januar 2008 den Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) an, welcher in § 5 explizite Ausführungen zur Eingruppierungsthematik enthält, die keine geschlechterspezifische Unterscheidung vorsieht. In § 6 TV-V sind Ausführungen zu den ebenfalls geschlechtsneutralen Entgeltregelungen getroffen.

Eine Stellenbewertung erfolgt anhand der tariflichen Vorgaben und der objektiven Dokumentation, die von ESWE angewandt werden. Eine geschlechterspezifische Ungleichbehandlung ist somit ausgeschlossen. Daher sind keine gesonderten Maßnahmen zur Herstellung einer Entgeltgleichheit für Frauen und Männer erforderlich.

Zum Stichtag 31.12.2023 hat ESWE 15 außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Für diese Beschäftigten gelten individualvertraglich vereinbarte Regelungen bezüglich des Entgelts. Generell basieren diese auf der Funktion und der auszuübenden Tätigkeit, unabhängig von Geschlecht der jeweiligen Person.

Hinsichtlich der Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern lebt ESWE bereits seit vielen Jahren eine familien- und frauenfreundliche Personalpolitik.

Weiterhin stellte ESWE unter Beweis, dass die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter höchste Priorität einnimmt. Ergänzend bestand auch, wie bereits in den vergangenen Jahren, die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten. Außerdem wurde die Bereitstellung des Eltern-Kind-Zimmers zur Betreuung von Kindern, weiterhin gewährt.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Entwicklung und Struktur

Zum Bilanzstichtag beschäftigte ESWE 502 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Vollzeit- und 70 in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Zusätzlich waren 46 Auszubildende bei ESWE tätig, um ihre berufliche Grundausbildung durchzuführen.

Im Berichtsjahr 2023 konnte wieder eine Vielzahl von Stellen mit externen Fachkräften besetzt werden. So haben wir insgesamt 27 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom externen Arbeitsmarkt für uns gewinnen können.

Neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befanden sich zum Stichtag 31. Dezember 2023 in Elternzeit. Mit durchschnittlich 45 Schwerbehinderten liegt der Beschäftigungsanteil schwerbehinderter Menschen über der gesetzlich vorgegebenen Mindestanzahl. In der aktiven Altersteilzeit befanden sich zum Bilanzstichtag 7 Beschäftigte.

Personalaufwand

Der Personalaufwand war mit 52,0 Mio.€ gegenüber dem Vorjahr (52,1 Mio.€) nahezu unverändert. Für Löhne und Gehälter wurden 40,9 Mio.€ (Vorjahr: 40,7 Mio.€) und für soziale Aufwendungen und Altersvorsorge 11,1 Mio.€ (Vorjahr: 11,5 Mio.€) aufgewendet.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die Gesundheit und das Wohlergehen der Mitarbeitenden genießen bei ESWE höchste Priorität. Aus diesem Grund haben wir die unternehmensinternen Bemühungen verstärkt, ein umfassendes Gesundheitsmanagement zu etablieren, das präventive Maßnahmen sowie die Förderung der physischen und psychischen Gesundheit unserer Belegschaft umfasst. Die Initiativen zur Förderung der Mitarbeitergesundheit beinhalten eine Vielzahl von Maßnahmen: Von der Gestaltung eines attraktiven Arbeitsumfelds bis hin zur Bereitstellung verschiedener Gesundheitsangebote. Besonders wichtig ist ESWE dabei die Prävention von Gesundheitsproblemen sowie die Unterstützung eines aktiven Lebensstils.

Das ESWE JobRad ist ein zentraler Baustein des BGM-Konzepts. Es ermöglicht den Mitarbeitenden nicht nur, ihre körperliche Fitness zu steigern, sondern auch umweltfreundliche Fortbewegungsmittel zu nutzen und Zeit im Freien zu verbringen. Zusätzlich bietet ESWE kostenfreie Mitgliedschaften und Trainings in ausgewählten erstklassigen Fitnessstudios vor Ort an, um die Gesundheit unserer Mitarbeitenden zu fördern und den Teamgeist zu stärken.

Für die Zukunft setzt sich ESWE weiterhin das Ziel, das BGM-Konzept zu verbessern und innovative Ansätze zur Förderung der Mitarbeitergesundheit zu entwickeln. Auch das Management bei ESWE ist davon überzeugt, dass ein gesundes und engagiertes Team maßgeblich zum nachhaltigen Erfolg unseres Unternehmens beiträgt.



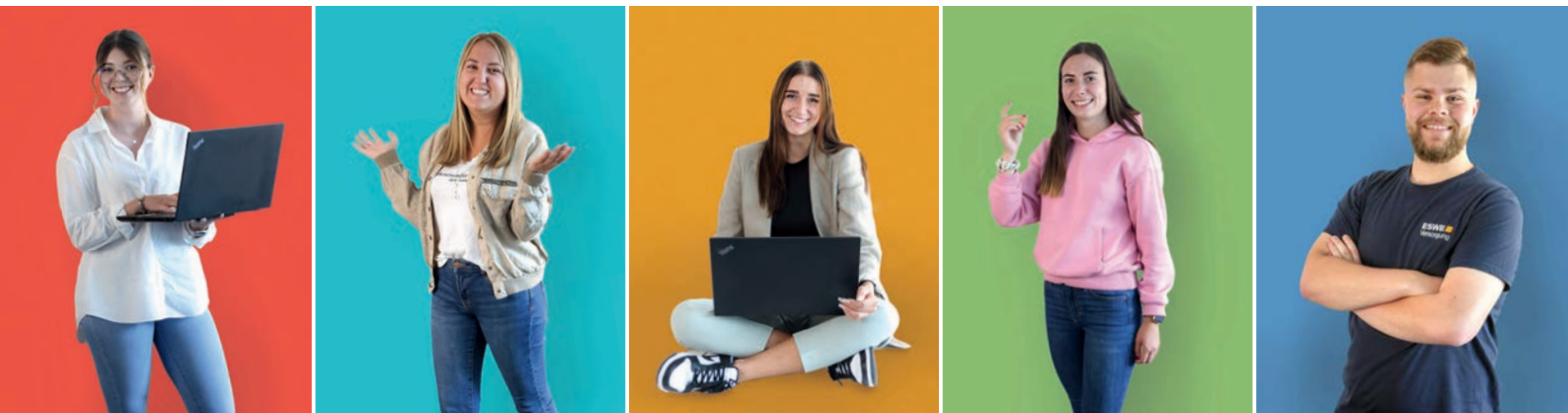
Mit einem eigenen Seminarprogramm unterstützt ESWE die Weiterbildung seiner Mitarbeitenden.

Strategische Ausrichtung der Personalarbeit

Die strategische Ausrichtung in der Personalarbeit zielt darauf ab, ein Umfeld zu schaffen, das Talente anzieht, fördert und langfristig bindet. Dazu gehören eine gezielte Personalentwicklung, die Förderung von Diversität und Inklusion, Employer Branding sowie das Angebot attraktiver Benefits. Ein Schlüsselement ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der Mitarbeitenden bzw. High Potentials im Unternehmen. Durch gezielte Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen investiert ESWE in die Kompetenzen und Fähigkeiten der Belegschaft, um sie optimal auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten. Gleichzeitig legt ESWE großen Wert auf die Entwicklung ihrer Führungskräfte, um sicherzustellen, dass sie die notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen besitzen, um ihre Teams erfolgreich zu führen. Zusätzlich zur Personalentwicklung ist das Employer Branding, bzw. der Ausbau und die Stärkung der Arbeitgebermarke, ein wichtiger Bestandteil der bestehenden Personalstrategie. Das Ziel, als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden, der für seine Werte als familiärer Arbeitgeber, sein Engagement für Nachhaltigkeit und Chancengleichheit sowie seine umfangreichen betrieblichen Sozialleistungen und Benefits bekannt ist, wird stetig ausgebaut.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Personalstrategie ist die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen und Benefits. Dies umfasst flexible Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gesundheitsförderungsmaßnahmen am Arbeitsplatz sowie weitere Vorteile, die das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden steigern. Die notwendigen Maßnahmen aufgrund des Fachkräftemangels und des Kampfes um die besten Talente auf dem externen Arbeitsmarkt, beinhalten eine frühzeitige und strategische Nachfolgeplanung sowie den Aufbau von Wissenstransfer und eine gezielten Ausbildungsplanung. Die strategische Personalplanung erfolgt gemeinsam mit dem Management von ESWE und der Hauptabteilung Personal und Organisation, damit eine nachhaltige Planung und daraus resultierende Maßnahmen gewährt werden können.

ESWE hat sich zur Aufgabe gemacht, die eigenen Mitarbeiterressourcen vollumfänglich zu nutzen und eigenes Personal zu Fach- und Führungskräften weiterzuentwickeln sowie zu fördern. Die ESWE Akademie sorgt mithilfe von individuellen Weiterentwicklungsprogrammen für die stetige und zukunftsfähige Qualifizierung der Nachwuchskräfte. Im Rahmen des Managementprogramms wurden interne Potenziale (Hidden Champions) ausfindig gemacht und zu künftigen Fach- und Führungskräften entwickelt und begleitet.



13 Potenziale aus verschiedenen Unternehmensbereichen und Gesellschaften absolvierten gemeinsam das Programm, welches im Jahr 2023 erfolgreich abgeschlossen wurde. Innerhalb des Programms haben sich die Teilnehmer einem Unternehmensprojekt gewidmet und dieses erfolgreich im Unternehmen präsentiert und implementiert. Ergänzend durch Workshops und Impulsvorträge sowie Einzel- und Gruppencoachings wurden die Soft- und Hardskills sowie die Selbst- und Führungskompetenz der Teilnehmer erweitert und verbessert.

Das Unternehmensprojekt diente nicht nur der Vermittlung von Projektmanagementkenntnissen, sondern auch dem Ziel, die Mitarbeiterbindung sowie die Eigeninitiative zu stärken und Verantwortung zu übertragen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die veralteten Führungsleitlinien neu konzipiert, die Grundsätze auf die aktuellen Herausforderungen und auch Anforderungen angepasst sowie diese letztlich zu einem „Kompass für Führung und Zusammenarbeit“ zusammengefasst.

Zusätzlich bietet die ESWE Akademie bedarfsbezogen das Leadership-Programm an. Dieses Programm richtet sich speziell an neue Führungskräfte, die erst seit kurzem Führungsverantwortung haben, und vermittelt verschiedene Inhalte und Themenbereiche im Bereich Führung, um bestmöglich den neuen Aufgaben nachgehen zu können. Abgerundet wird das Personalentwicklungsprogramm durch das unternehmensinterne konzipierte Seminarprogramm 2023/2024 in Form von Präsenzs Schulungen und einer Vielzahl digitaler Lernformate. ESWE setzt auf Vielfalt und Inklusion und bietet z. B. indem spezielle Programme wie Empowerment-Workshops für Frauen an. Zudem werden nicht nur fachliche Inhalte abgedeckt, sondern auch Koch- und Ernährungskurse integriert, um das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu fördern. Die Schulungspalette umfasst agile Arbeitsmethoden, die darauf abzielen, Flexibilität und Innovation im Arbeitsalltag zu fördern. Darüber hinaus organisiert ESWE im Rahmen des Programms einen Fitnesstag innerhalb der Arbeitszeit, um die körperliche Gesundheit und das Teamgefühl zu stärken. Die Bereitschaft der Mitarbeitenden, an diesen vielfältigen Entwicklungsangeboten teilzunehmen, ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für ihre persönliche und berufliche Entwicklung sowie für das Wachstum und die Dynamik von ESWE als Unternehmen.

Abgerundet werden die ESWE Akademie und Entwicklungsprogramm durch die Förderung individueller Fortbildungen. ESWE unterstützt seine Beschäftigten mit einer Übernahme der Weiterbildungskosten bis zu 100 %. Die Inanspruchnahme dieses Angebots steigt stetig an, sodass ESWE die Mitarbeitenden auf diesem Weg zur vollumfänglichen und qualitativen Ausführung ihrer Stelle befähigen.

Unsere Auszubildenden werden für eine interessante und zukunftsorientierte Branche fit gemacht.

Im Rahmen der Organisationsentwicklung sind wir auf die Umsetzung eines konsequenten Change-Managements fokussiert. Das Change-Management bietet dabei die Möglichkeit, Veränderungen als Entwicklungschancen zu begreifen und dadurch eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der Wandel als Entwicklung und damit als etwas völlig Natürliches verstanden und gelebt werden kann.

Im Bereich „Corporate Social Responsibility“ agiert ESWE schon seit längerem und ist Teil des Netzwerks „CSR Regio.Net Wiesbaden“. Es bietet regionalen Unternehmen die Möglichkeit, sich unabhängig von Branche und Größe im Rahmen eines Netzwerkes mit dem Thema „Verantwortliche Unternehmensführung“ auseinanderzusetzen. Informativer und nützlicher Input zu sozialen und gesellschaftlichen Aspekten sowie Ideen zur Prozessoptimierung sind ein positives Resultat aus einem kooperativen und regelmäßigen Austausch mit Wiesbadener Unternehmen.

Vielfalt und Wertschätzung

ESWE Versorgung bekennt sich zur Gleichstellung aller Mitarbeitenden. In und mit unseren Unternehmen fördern wir die Vielfalt – dabei ist uns die Zusammenführung verschiedener Generationen sowie die Integration von Menschen mit Beeinträchtigung ein besonderes Anliegen.

Es ist die bunte Vielfalt an Menschen, die die Erde so lebenswert macht. Ein Reichtum, der sich auch in der ESWE-Belegschaft spiegelt: Die Mitarbeitenden unterscheiden sich in Alter, Geschlecht, durch ihre Herkunft und Sprache oder auch aufgrund ihrer Kultur und ihrer Religion voneinander.

Bei ESWE Versorgung herrscht ein diskriminierungsfreies Umfeld. Dabei wird es allen Mitarbeitenden ermöglicht sich individuell zu entfalten. Das hat unser Unternehmen durch die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ noch einmal unterstrichen. ESWE Versorgung versteht die Unterschrift als eine Selbstverpflichtung, die Chancengleichheit und Vielfalt aller Beschäftigten zu fördern.

Im Rahmen des Diversity-Managements hat ESWE erstmalig am Deutschen Diversitytag 2023 teilgenommen und ein Wissensquiz für seine Mitarbeitenden rund um die Vielfaltsdimensionen angeboten.

Unsere Auszubildenden der Elektronik für Betriebstechnik unterstützen tatkräftig die Inbetriebnahme unseres Parkhauses.



Ausbildung

ESWE Versorgung präsentiert sich als krisensicherer, moderner und familärer Arbeitgeber und lockt somit auch junge Potenzialträger in unser Unternehmen. Der immer größer werdende Fachkräftemangel lässt den Wert und die Dringlichkeit der betrieblichen Ausbildung noch weiter steigen. Deshalb möchte ESWE Versorgung seine Fachkräfte von morgen bestenfalls von Beginn an ausbilden und den zukünftigen Entwicklungsweg gemeinsam mit ihnen gehen. Das Engagement unserer Auszubildenden zeigt, dass sie bei ESWE Versorgung angekommen sind und sich mit ihrem Wissen und mit Interesse einbringen wollen. Unsere Ausbildung hat in der Belegschaft und in der Region einen hohen Stellenwert, welcher sich mit den sehr guten Abschlussergebnissen unserer Azubis belegen lässt. Unsere Sommer- und Winterprüflinge haben wieder ein hervorragendes Ergebnis in ihren Abschlussprüfungen erzielen können. Dies bestätigt abermals die hohe Qualität unserer Ausbildung. Ein wichtiger Benefit unserer Ausbildung sind die sehr guten Übernahmechancen in unseren Fachabteilungen bei bestandener Abschlussprüfung. Wir bieten unseren Auszubildenden und künftigen Fachkräften somit eine handfeste Perspektive sowie Entwicklungsmöglichkeiten und stärken damit ihre Motivation und Initiative im beruflichen Alltag.

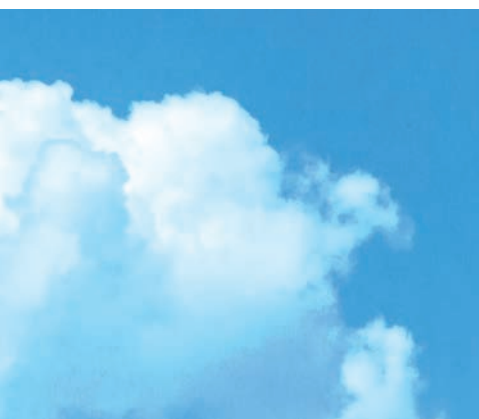
Im Rahmen der Digitalisierung sowie des Wandels der Arbeitswelt, wurde das Konzept des Azubi Campus ins Leben gerufen. Der Azubi Campus ermöglicht unseren Auszubildenden und den Ausbildern eine digitale Lern-, Austausch- und Projektplattform. Die Einführung des Azubi Campus im Frühjahr 2023 wurde zudem mit dem Ausbau der technischen Ausstattung verbunden. So hat jeder und jede Auszubildende einen eigenen Laptop erhalten.

Knapp 625 Bewerberinnen und Bewerber haben sich auf unsere offenen Ausbildungsstellen beworben. Insgesamt konnten 16 junge Menschen ihre Ausbildung bei der ESWE Versorgungs AG beginnen.

„Wiesbaden engagiert“ ist weiterhin eine bemerkenswerte und langjährig bewährte Aktion, die nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch für die Gemeinschaft eine bedeutende Rolle spielt. Die Teilnahme unserer Azubis an der Aktion fördert nicht nur den Teamgeist, sondern beinhaltet auch einen direkten positiven Einfluss auf die Umgebung. Das Projekt 2023 „Fresh-up des historischen Bahnhofs in Wiesbaden-Dotzheim“ war ein voller Erfolg. Hierbei wurden Fassaden gestrichen, und unsere Elektroniker haben zahlreiche Kabel gezogen, was einen wertvollen Beitrag zur Modernisierung und Funktionalität des Bahnhofs geleistet hat.

Unser Ausbildungsteam hat auch in diesem Jahr wieder seine Kompetenzen bewiesen und das Ausbildungsziel klar erreicht.





Die Schreibwelt AG wird von unseren kaufmännischen Auszubildenden geführt.



ESWE Schreibwelt AG

Die ESWE Schreibwelt AG bietet unseren Auszubildenden eine Möglichkeit zum eigenständigen und selbstverantwortlichen Handeln. Sie knüpfen Kontakte mit anderen Auszubildenden sowie Mitarbeitenden im Unternehmen, korrespondieren mit Lieferanten und unterstützen mit der Bereitstellung von Büromaterialien den Geschäftsablauf der ESWE Versorgungs AG. Die Arbeit in der Schreibwelt AG fördert das Wir-Gefühl der Auszubildenden und stärkt die Team- und Organisationsfähigkeit.

Zusätzlich unterstützten die Auszubildenden das Unternehmen beispielsweise beim Einpacken und Verteilen von Weihnachts- und Vertriebspräsenten sowie Versenden von Flyern.

Dank und Anerkennung

„Innovationen entstehen nicht durch Einzelpersonen, sondern durch Teams, die gemeinsam an einem Ziel arbeiten.“ – Steve Jobs

Inmitten der Energiewende und der stetig wachsenden Herausforderungen sucht ESWE auch im Jahr 2023 nach maßgeschneiderten Lösungen und Zielen, um erfolgreich zu bleiben.

Wir möchten unsere aufrichtige Wertschätzung und unseren Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ESWE Versorgungs AG sowie der gesamten ESWE Gruppe aussprechen.

Das vergangene Jahr, geprägt von ungewohnten Umständen, hat das berufliche Miteinander erheblich beeinflusst. Unsere Mitarbeiter haben erneut bewiesen, dass Vertrauen, Motivation, Kollegialität und fundiertes Fachwissen unverzichtbar für den Erfolg von ESWE und eine positive Unternehmenskultur sind. Die Atmosphäre der Zusammenarbeit und Unterstützung, die in unserer Belegschaft spürbar ist, unterstreicht unsere Position als moderner und zukunftsorientierter Arbeitgeber. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Mitarbeiter das Herzstück von ESWE sind und gemeinsam mit ihrem Engagement und ihrer Stärke die Zukunft des Unternehmens gestalten werden.

Verstorbene

Die ESWE Versorgungs AG und die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH trauern um ihre verstorbenen Mitarbeiter sowie um die verstorbenen Rentnerinnen und Rentner.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

ESWE Versorgungs AG

Aktive

Nietzold, Rüdiger	58 Jahre	19.06.2023
-------------------	----------	------------

Ehemalige

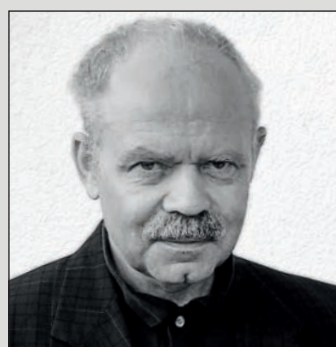
Schinko, Kurt	71 Jahre	10.01.2023
Albrecht, Gerhard	86 Jahre	06.02.2023
König, Walter	85 Jahre	22.04.2023
Kopp, Klaus	85 Jahre	26.04.2023
Frensko, Heinz	81 Jahre	17.05.2023
Dittmann, Erich	89 Jahre	04.07.2023
Beug, Carlo	73 Jahre	16.08.2023
Wagner, Karlheinz	77 Jahre	24.08.2023
Schneider, Klaus	79 Jahre	09.09.2023
Wüste, Rainer	72 Jahre	22.10.2023
Stoiber, Wolfgang	86 Jahre	23.10.2023
Koch, Werner	85 Jahre	30.10.2023
Schubert, Helmut Kurt	98 Jahre	02.11.2023
Indorf, Horst	72 Jahre	22.11.2023
Arnold, Stefan	79 Jahre	26.11.2023
Jendrzeczak, Peter	68 Jahre	28.11.2023
Eckert, Maria	82 Jahre	21.12.2023
Gdaniez, Heinz-Joachim	82 Jahre	30.12.2023

Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH

Ehemalige

Schwibus, Rainer	80 Jahre	12.12.2023
------------------	----------	------------

Ein engagierter Chronist Wir trauern um unser ehemaliges Vorstandsmitglied Klaus Kopp



Er starb am 26. April im Alter von 85 Jahren. Klaus Kopp war 34 Jahre lang für unser Unternehmen tätig. Er verantwortete als Mitglied des Vorstandes von 1989 bis 2001 unter anderem die Bereiche Organisation und Recht. Wir gedenken einer Persönlichkeit, die mit großem Engagement und Weitsicht einen maßgeblichen Beitrag zum heutigen Erfolg von ESWE Versorgung geleistet hat. Sein Sachverstand, seine Gestaltungskompetenz und sein Wissen waren in unserem Hause geschätzt und in zahlreichen Gremien der Energiebranche gefragt. Sein menschliches Einfühlungsvermögen bleibt bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unvergessen. Der engagierte Chronist der ESWE-Geschichte hat viele heute noch wertvolle Publikationen hinterlassen.



ESWE bietet ganzheitliche Lösungen für maßgeschneiderte Energiekonzepte.

Vetriebliche Aktivitäten

Marktsituation und Marketingaktivitäten

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren wir zum einen mit der Umsetzung der Neuerungen, wie der Mehrwertsteuersenkung und Preisbremsen, aus dem dritten Entlastungspaket der Bundesregierung beschäftigt. Trotz des sehr stark gestiegenen operativen Aufwands konnten wir alle dafür notwendigen IT-Prozesse fristgerecht anpassen, so dass die beschlossenen Entlastungen rechtzeitig bei unseren Kundinnen und Kunden ankamen. Zum anderen hatten wir unser Versprechen aus dem Jahr 2022 eingelöst und die Strom- und Gaspreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich gesenkt. Damals waren wir gezwungen, einen Teil der Beschaffungskosten weiterzureichen, die infolge der Energiekrise stark angestiegen waren und einen historischen Höchststand erreicht hatten. Nachdem sich die Situation an den Energiemärkten im Jahr 2023 etwas entspannt hatte, ließ ESWE Versorgung als verantwortungsbewusster Energieversorger umgehend auch die Kundinnen und Kunden daran partizipieren. Denn gerade in Krisenzeiten ist uns nicht nur die Versorgungssicherheit und ausgezeichnete Servicequalität wichtig, sondern auch eine faire Preispolitik. Wie die aktuellen Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Auftrag des Nachrichtensenders ntv zeigen, wird dies auf der Kundenseite positiv wahrgenommen. Bei den Grundversorgern erreichte ESWE Versorgung Platz 2 der deutschen Rangliste und gehört somit zu Deutschlands besten Stromanbietern. Die Studie wurde zwischen August 2023 und Januar 2024 durchgeführt. Der Titel lautet „Mehr Transparenz – mehr Kundennähe“. Abgefragt wurden u. a. Aspekte wie Preise, Service, Vertragsbedingungen und Transparenz. Aber auch Ärgernisse auf der einen und die Weiterempfehlungsbereitschaft der Kundinnen und Kunden auf der anderen Seite spielten eine Rolle.

Die im Jahr 2022 von der Bundesregierung branchenübergreifend eingeleiteten Energieeinsparmaßnahmen und Aufrufe zum Energiesparen führten auch im vergangenen Jahr zu einer Energieverbrauchsreduzierung. Dies, kombiniert mit einer sehr warmen Witterung, hatte im Berichtsjahr für rückläufige Absatzmengen in allen unseren Sparten gesorgt.

Aufgrund der aktuellen Energiekrise gewinnt eine nachhaltige Energieversorgung weiter stark an Bedeutung. Die ESWE Versorgungs AG ist sich ihrer Rolle als regionaler Gestalter der Energiewende bewusst und beschäftigt sich deswegen seit vielen Jahren neben der Optimierung des klassischen Commodity-Geschäfts auch mit dem Ausbau neuer nachhaltiger Geschäftsfelder und energienaher Dienstleistungen. Die Nachfrage nach Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen sowie nach Produkten aus den Bereichen Energieeffizienzlösungen und Mieterstrommodellen war auch im vergangenen Jahr erfreulicherweise sehr hoch.

Aktuelle Herausforderungen für unsere Infrastruktur

Aktuell stehen die von der ESWE Versorgungs AG und Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH betriebenen Versorgungsnetze vor vielfältigen Herausforderungen, die im Kontext der aktuellen politischen Rahmenbedingungen betrachtet werden müssen. Insbesondere die Energienetze (Gas, Strom, Wärme) sehen sich mit der fortschreitenden Energiewende, der Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung, der Sektorkopplung und der Digitalisierung konfrontiert. Diese Herausforderungen werden vor dem Hintergrund sich weiterentwickelnder regulatorischer Rahmenbedingungen bewältigt. Ein zunehmend wichtiges Thema ist die Rolle der verschiedenen Energienetze in den einzelnen Stadtquartieren. Es wird immer deutlicher, dass eine ganzheitliche und sektorübergreifende Betrachtung erforderlich ist, um die Transformation der Energienetze im Rahmen der Energiewende nachhaltig zu entwickeln.

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wurde im Oktober 2023 novelliert und legt unter anderem Anforderungen an die zulässige Heizungsanlage fest. Ebenfalls wurde das Wärmeplanungsgesetz (WPG) im Dezember 2023 verabschiedet und verpflichtet die Kommunen zu einer Kommunalen Wärmeplanung, welche die Art der Wärmeversorgung in einzelnen Gebieten dezidiert ausweist. Die beiden verabschiedeten Gesetze haben einen neuen langfristigen Rahmen für die zukünftige Wärmeversorgung gesetzt. Dies hat einen starken Einfluss auf die zukünftige Energieversorgung und damit auch die erforderliche Entwicklung der Versorgungsnetze. Es ist zu erwarten, dass die Fernwärme in der Innenstadt für Gebäude mit hohem Wärmebedarf an Bedeutung gewinnen wird. In den Vororten mit überwiegend Ein- und Zweifamilienhäusern wird die Wärmeversorgung voraussichtlich überwiegend über Wärmepumpen und damit über das Stromnetz gedeckt werden.

In Gebieten, in denen die Gebäude und damit auch der Wärmebedarf stark variieren, sind individuelle Lösungen notwendig, wobei die Wärmepumpe hierbei stark an Bedeutung gewinnen wird. Gleichwohl können auch Teilgebiete mit hohem Wärmebedarf zu kleineren Quartiersversorgungen zusammengefasst werden. Welche Rolle künftig das Gasnetz und ein möglicher Einsatz von Wasserstoff spielen wird, ist noch nicht klar abzuschätzen. Diese Entwicklung macht es erforderlich, dass das Strom- und Fernwärmenetz in vielen Gebieten stark ausgebaut werden muss. Die Bedeutung des Gasnetzes wird abnehmen, weshalb es derzeit schwer einzuschätzen ist, welche Rolle dieses in Zukunft noch spielen wird. Dennoch wird es voraussichtlich weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten, insbesondere im Bereich der industriellen Nutzung und der Erzeugung von Fernwärme zum Abfangen von Spitzenlasten. Daher wird die Vorbereitung zur Umstellung des Gasnetzes auf Wasserstoff weiterhin vorangetrieben.

Um diese Entwicklung unabhängig von der Kommunalen Wärmeplanung zu antizipieren, wurde der Energieentwicklungsplan (EEP) erstellt. Der EEP analysiert gebäudescharf und zunächst unabhängig von den vorhandenen Netzstrukturen sämtliche heutigen und zukünftige Energiebedarfe (insbesondere Strom und Wärme). Zusätzlich wird prognostiziert, mit welcher Technologie der Bedarf jedes Gebäudes gedeckt wird. Hierzu werden Annahmen zu zukünftigen Markt- und Technologieentwicklungen zu Grunde gelegt. Auf Grundlage dieser Analyse wird dann die hierfür notwendige Netzstruktur entwickelt und die Zielnetze der einzelnen Sparten (Strom, Gas, Wärme) hierauf ausgelegt. Zusätzlich lassen sich daraus strategische Entscheidungen quantifizieren und zukünftige Geschäftsfelder besser bewerten. Es ist zu erwarten, dass sich die Energieversorgung immer weiter diversifizieren wird und individuelle, passgenaue Lösungen für die einzelnen Anwendungsfälle gefunden werden müssen.

Kommunale in Wiesbaden

KLIMASCHUTZ

FERNWÄRME

WÄRME

Wärmeplanung



Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist eine der größten Herausforderungen beim Gelingen der Energiewende. Ein wichtiger Baustein ist hierbei die kommunale Wärmeplanung. Kommunen können zum Beispiel über Bebauungspläne oder Konzessionsvergaben starken Einfluss auf die Entwicklung der Wärmeversorgungsstruktur nehmen. Dabei wird die Wärmeplanung als ganzheitlicher Prozess über alle Energieträger und Heiztechnologien verstanden. Sie soll den Kommunen helfen, bei der mittel- und langfristigen Entwicklung der Wärmeversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger strukturiert und strategisch vorzugehen.

Das Wärmeplanungsgesetz schafft hierbei die rechtliche Grundlage für die verbindliche und systematische Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung in ganz Deutschland. Die Wärmeplanung soll als wegweisendes Instrument auf der Grundlage der lokalen Gegebenheiten einen Weg aufzeigen, wie zukünftig Schritt für Schritt die Wärmeversorgung auf die Nutzung von Erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme umgestellt werden kann. Das Wärmeplanungsgesetz enthält Vorgaben für Inhalte und eine sinnvolle Abfolge von einzelnen Arbeitsschritten bis zur Erstellung eines Wärmeplans und daneben auch zeitlich gestaffelte Vorgaben an die Wärmenetzbetreiber zur Dekarbonisierung ihrer Netze.

Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden ist gemäß dem Hessischen Energiegesetz und dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes dazu verpflichtet, bis zum 30. Juni 2026 eine kommunale Wärmeplanung zu entwickeln. Ziel ist es, eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen. Die Wärmeversorgung macht in Deutschland mehr als 50 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs aus und verursacht einen Großteil des CO₂-Ausstoßes.

Eine umfassende Wärmeplanung bildet die Grundlage für die Planung und Steuerung der Wärmewende auf kommunaler Ebene. Ziel ist es, die Herausforderungen einer flächendeckenden klimaneutralen Wärmeversorgung strategisch anzugehen. Im Zuge der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden hat die Stadt gemeinsam mit ESWE Versorgung bereits 2021 und damit vor der Einführung der Kommunalen Wärmeplanung nach dem Hessischen Energiegesetz mit der strategischen Wärmeplanung begonnen. Ein herausragendes Ziel der Wärmeplanung ist es, den vor Ort besten und kosteneffizientesten Weg zu einer klimafreundlichen und fortschrittlichen Wärmeversorgung zu ermitteln.

Die Grundidee der Kommunalen Wärmeplanung besteht darin, die Wärmeversorgung in Wiesbaden so zu gestalten, dass sie nicht nur effizient und wirtschaftlich, sondern vor allem auch umweltfreundlich ist. Die Grundlage zur Kommunalen Wärmeplanung bildet die Strategische Wärmeplanung. Ausgangspunkt dafür ist eine Bestands- und Potenzialanalyse der lokalen Gegebenheiten. Auf dieser Grundlage wird eine Einteilung in Wärmeversorgungsgebietstypen und eine Umsetzungsstrategie entwickelt.

Die Wärmeplanung kann den betroffenen Gruppen wie Betreibern von Versorgungsinfrastrukturen, Endenergielieferanten und Contractoren sowie Gebäudeeigentümerinnen und -eigenthümern und Gebäudenutzerinnen und -nutzern Planungs- und Investitionssicherheit geben. Sie darf allerdings den Wärmemarkt nicht unnötig einschränken, muss Innovationen weiter zulassen und sollte im Idealfall innovative Ansätze zusätzlich fördern.

Aktuell werden etwa 81 Prozent der Wohnhäuser in Wiesbaden mit Gas oder Öl beheizt. Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen diese Gebäude nach und nach möglichst energetisch saniert und auf klimaneutrale Heizungssysteme umgestellt werden.

PLANUNG



Kommunale Wärmeplanung als gesamtstädtische Herausforderung

Die Kommunale Wärmeplanung ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die das Engagement aller lokalen Akteure erfordert. Öffentlichkeit, Betreiber von Energieversorgungs- und Wärmenetzen, Behörden und andere Träger öffentlicher Belange, Großverbraucher, Energiegemeinschaften und weitere Akteure müssen daher in den Prozess einbezogen werden. Nur so wird es gelingen, einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und eine nachhaltige Wärmeversorgung für die Zukunft von Wiesbaden zu gestalten.

Im Rahmen einer Bestandsanalyse wurden in Kooperation mit der Landeshauptstadt Wiesbaden die Energieverbräuche im Wärmesektor in Clustern ermittelt und bewertet. In einer anschließenden Potenzialanalyse wurden Szenarien zu wahrscheinlichen zukünftigen Wärmebedarfen entwickelt. Unter Berücksichtigung dieser Annahmen wurden drei Gebietstypen definiert und nach den Potenzialen der Quartiere und Stadtteile zugewiesen. In diesen Versorgungsgebieten wird bestimmten Erzeugungs- und Verteilungstechniken ein Vorrang eingeräumt. Dies bedeutet allerdings noch nicht, dass diese Technik ausschließlich zum Zuge kommen muss. Weitere Fachplanungen mit höherer räumlicher Auflösung werden im Zuge der Kommunalen Wärmeplanung vorgenommen und dargestellt.

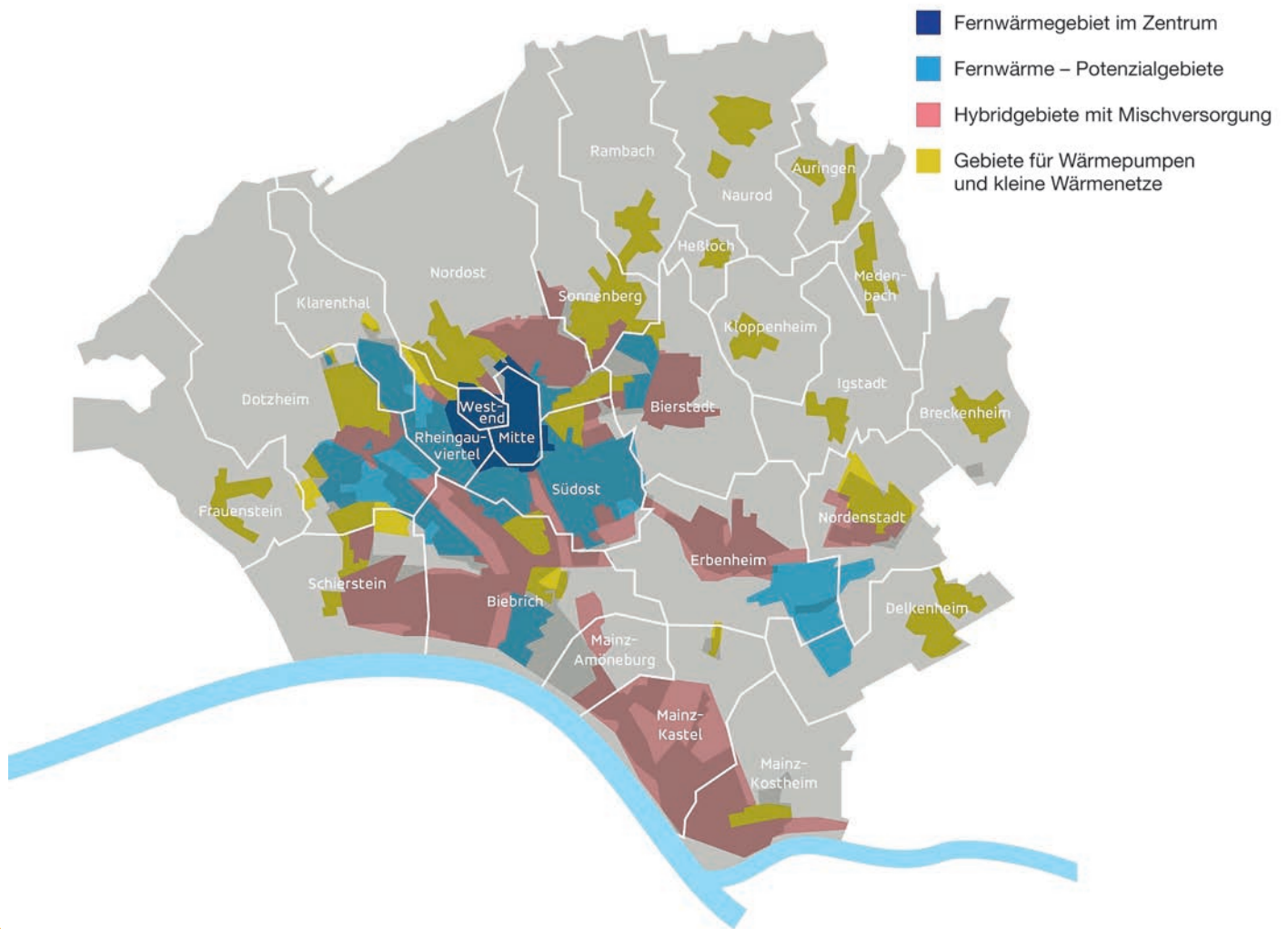
Niemand muss befürchten, dass von heute auf morgen Heizungen stillgelegt werden. Gleichzeitig soll aber frühzeitig Transparenz darüber geschaffen werden, welche Schritte in welchen Zeiträumen erforderlich sind, um das Zielszenario zu erreichen.

Die in der Strategischen Wärmeplanung den einzelnen Gebieten und Quartieren zugewiesenen Gebietstypen sind daher als eine erste Diskussionsgrundlage zu verstehen, die im weiteren Prozess unter Beteiligung aller betroffenen Akteure konkretisiert werden.

Neben einem Ausbau des bestehenden Fernwärmenetzes (Fernwärmegebiete: dunkel- und hellblau, siehe Karte) und einem deutlich verstärkten Einsatz von Wärmepumpen (Schwerpunktgebiete Wärmepumpe: grün) wird es Gebiete geben, in denen verschiedene Lösungen für sich allein oder in hybriden Kombinationen zukünftig eine klimaschonende Wärmebereitstellung übernehmen können (Hybridgebiete: rot).

Der Ausbau der Fernwärme bietet sich insbesondere in der Innenstadt an, wo der hohe Anteil an denkmalgeschützter Bausubstanz und die hohe Bebauungsdichte eher ungünstige Voraussetzungen zum Einsatz von Wärmepumpen schaffen. Das gilt gleichermaßen für Luft-Wasser- und Wasser-Wasser-Wärmepumpen. Für letztere ergeben sich zudem Einschränkungen zur Nutzung oberflächennaher geothermischen Potenziale aufgrund der Heilquellenschutzgebietssatzung, die alle Innenstadtbereiche umfasst. Ein weiterer Ausbau des Fernwärmenetzes kommt auch im Umfeld bestehender Leitungen und in weiteren Gebieten in Frage, die günstig zu erschließen und in denen die energetischen Sanierungspotenziale begrenzt sind.

Für die Hybridgebiete wird angenommen, dass auch hier nicht durchweg alle Bestandsgebäude uneingeschränkt für die Beheizung mit Wärmepumpen geeignet sind. Hier bieten sich verschiedene Lösungen an: beispielsweise kleinere Nahwärmenetze oder dezentrale Hybridheizungen als Kombination aus Wärmepumpen und gasbetriebenen Spitzenlastkesseln. Hier muss langfristig die Umstellung auf klimaneutrale Gase aus erneuerbaren Energien sichergestellt werden. Um Kosten zu begrenzen, muss auch der Rückbau von Gasleitungen mittel- bis langfristig erwogen und die Verstärkung von alternativen Versorgungsinfrastrukturen geprüft werden.



Kommunen und Versorgungsunternehmen stehen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Wärmeplanung vor immensen Herausforderungen. Eine der größten Hürden ist die Finanzierung. Innovative Wärmeprojekte erfordern hohe Anfangsinvestitionen, die ohne finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern durch Förderprogramme kaum umzusetzen sind. Nur mit entsprechender Unterstützung werden Investitionen in nachhaltige Wärmeinfrastrukturen realisiert werden. Ein weiteres Problem ist die rechtliche und regulatorische Komplexität. Um die Wärmeplanung effektiv voranzutreiben, bedarf es klarer gesetzlicher Rahmenbedingungen und einer Vereinfachung von Genehmigungsverfahren.

Die Herausforderung liegt nicht nur darin, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, sondern auch in der Schaffung einer zukunftsfähigen Infrastruktur. Die Kommunale Wärmeplanung beinhaltet daher nicht nur technologische Lösungen, sondern auch sozialverträgliche Aspekte wie die Schaffung des Angebots einer möglichst kostengünstigen Wärmeversorgung. Hierbei sollen auch die Bürgerinnen und Bürger aktiv eingebunden werden.

Die Kommunale Wärmeplanung in Wiesbaden ist ein wegweisender Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Wärmeversorgung für unsere Stadt. Als Teil unserer Bemühungen, den Klimaschutz voranzutreiben und die Lebensqualität für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern, spielt die Wärmeplanung eine entscheidende Rolle.



Erneuerung des Umspannwerkes
Wiesbaden-Bierstadt. Die neue
110-kV-Schaltanlage sichert die
Netzverfügbarkeit und -sicherheit
in Wiesbaden.

Weitere Informationen zu den Unternehmensbereichen

Elektrizitätsversorgung

Absatz

Im Berichtsjahr 2023 ist die Stromabgabe an unsere Kunden abermals signifikant zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Stromabgabe um 16,6 % von 876,8 auf 731,0 Mio. kWh vermindert.

Auf die einzelnen Kundengruppen entfielen hierbei folgende Absatzmengen:

Absatzmengen Strom

	2023		2022		Veränderung
	Mio. kWh	%	Mio. kWh	%	
Tarifkunden	294,6	40,3	302,1	34,5	-2,5
Wärmetarife	11,8	1,6	12,1	1,4	-2,0
Vertragskunden	99,3	13,6	116,8	13,3	-15,0
Kunden Stadtgebiet	405,7	55,5	431,0	49,2	-5,9
Kunden außerhalb WI	319,0	43,6	439,9	50,2	-27,5
ESWE-Kunden	724,7	99,1	870,8	99,3	-16,8
Betriebsverbrauch	6,3	0,9	6,0	0,7	5,2
Summe	731,0	100,0	876,8	100,0	-16,8

Die Minderung der Absatzzahlen war in allen Kundengruppen zu verzeichnen. Insbesondere die Absatzzahlen für Kunden außerhalb unseres angestammten Versorgungsgebietes gingen mit 27,5 % überproportional zurück. Dies ist durch die weitgehende Einstellung unserer Vertriebsaktivitäten außerhalb des Versorgungsgebietes verursacht. Die Preisentwicklung auf den Spotmärkten war dafür verantwortlich, dass keine wettbewerbsfähigen Vertriebsangebote angeboten werden konnten. Der Stromabsatz im Stadtgebiet Wiesbaden lag 5,9 % unter dem Vorjahreswert.

Netzbetrieb (Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH)

Der Betrieb der Stromversorgungsnetze in Wiesbaden und Taunusstein obliegt entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz). Alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen, der Vertrieb der Netzanschlüsse sowie die Netzaufrechnung werden dort eigenverantwortlich und konform mit den regulatorischen Anforderungen abgewickelt.

sw netz hat mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 15. Mai 2019 die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die dritte Regulierungsperiode Strom (2019 bis 2023) erhalten. Damit waren das Niveau für die Erlösobergrenze sowie der individuelle Effizienzwert von sw netz bis Ende 2023 im Wesentlichen festgelegt.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode Strom (2024 bis 2028) durch die Bundesnetzagentur liegt sw netz noch nicht final vor. Die finale Prüfung der Salden zum Regulierungskonto des Jahres 2021 und 2022 durch die Behörde ist noch offen, den Beschluss zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze des Jahres 2024 zum Antrag auf Genehmigung des Kapitalkostenaufschlages Strom erhielt sw netz mit Datum vom 7. November 2023.

Daher wurde, auf Grundlage der aktuell von der Behörde vorliegenden Daten, eine Abschätzung der genehmigungsfähigen Erlösobergrenze für das Jahr 2024 vorgenommen.



Abnahme, Begutachtung der Kabelführung und Prüfung der Stationsleittechnik des neuen 110-kV-Umspannwerkes in Wiesbaden-Bierstadt.

In Folge der Festlegungen der Bundesnetzagentur nach § 6b Abs. 6 i.V.m. § 29 EnWG sind für sw netz Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen. Diese umfassen neben der Tätigkeit „Elektrizitätsverteilung“ auch die Tätigkeiten „Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, „Gasverteilung“ und „Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“. Der Wirtschaftsprüfer wurde mit der gesonderten Prüfung aufgrund dieser Festlegungen der BNetzA beauftragt.

Die Auswirkungen der Energiewende und insbesondere die Kopplung der Sektoren Verkehr, Wärme und Strom werden einen deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zur Folge haben und die Stromnetzbetreiber weiterhin vor ambitionierte Herausforderungen stellen. Die gesetzlichen Vorgaben, welche eine CO₂-Einsparung von 65 % bis 2030 (im Vergleich zu 1990) und eine Klimaneutralität bis 2045 fordern, beschleunigen den Transformationspfad hin zu Erneuerbaren Energien und damit zu steigendem Strombedarf zusätzlich.

Die erforderliche Dekarbonisierung ist nur durch Energieeinsparung und den Ersatz fossiler Energieträger durch Erneuerbare Energien zu erreichen. Dabei wird die Bedeutung von Strom aus Erneuerbaren Energien sehr schnell deutlich zunehmen, da regenerative Erzeugung in aller Regel elektrische Energie liefert und für die Dekarbonisierung einer Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr eine wesentliche Rolle zukommt. Zudem muss ein möglicher Ausfall der zunehmenden Einspeisung aus dezentralen, volatilen Erzeugungsanlagen durch alternative Bezugsmöglichkeiten abgesichert werden.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen hat sw netz zusammen mit der ESWE Versorgungs AG und externen Beratungsunternehmen im Jahr 2023 ein Software-Tool zum Energieentwicklungsplan (EEP) erstellt. Diese Software ermöglicht es, die Auswirkungen der Sektorenkopplung anhand von Rechenmodellen zu simulieren, um daraus geographisch referenzierte Ableitungen für den möglichen Einsatz von Wärmeerzeugungsanlagen, den Hochlauf der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und die zunehmende Einspeisung volatiler Erzeugungsanlagen sowie den daraus resultierenden Leistungsbedarf zu prognostizieren. Nach ersten Ergebnissen ist davon auszugehen, dass ein Großteil der zukünftigen Wärmerversorgung durch Wärmepumpen erfolgen wird. Die dadurch gewonnen Erkenntnisse werden zukünftig in die Stromzielnetzplanung einfließen. In Verbindung mit dem Kommunalen Wärmeplan der Landeshauptstadt Wiesbaden wird so ein zielgerichteter Ausbau der elektrischen Versorgungsnetze möglich.

Damit kommt es zu einer immer größeren Abhängigkeit von einer zuverlässigen und leistungsfähigen Stromversorgung, sodass die Stromnetzbetreiber massiv steigenden Anforderungen begegnen müssen.

In Folge hat die Energiewende nicht nur in den Höchstspannungsnetzen der Übertragungsnetzbetreiber den Ausbau der „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd, überwiegend in Form der Hochspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ) zur Folge, auch wenn primär diese Maßnahmen in den Medien präsent sind. Sie wirkt sich insbesondere auch in den Verteilnetzen aus und hat damit direkte Auswirkungen auf die Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetze sowie die Umspannwerke (UW) und Ortsnetzstationen von sw netz.



Neben einer Stärkung der Substanz wird hier die Schaffung zusätzlicher Netzkapazitäten erforderlich. Da der Leistungsbedarf der Städte Mainz und Wiesbaden zu groß wird für ein zusammenhängendes gemeinsames Netz, ist in Folge eine Trennung vom 110-kV-Netz der Mainzer Netze GmbH vorgesehen.

Im Zuge der sukzessiven Umsetzung des 110-kV-Netzkonzeptes, welches als Grundlage für die Netztrennung dient, ist im September 2023 die Inbetriebnahme des neuen 110-kV-Schaltanlagegebäudes inklusive der 110-kV-Schaltanlage für die Herstellung eines zukünftigen Netzverknüpfungspunktes an das Hochspannungsnetz der Syna erfolgt. Die Zuschaltung des Trafos 1 fand im August 2023 statt.

Die Einbindung des Umspannwerks Bierstadt erfolgt durch ein 110-kV-Kabel, welches durch die Innenstadt bis zum Umspannwerk Schierstein verlegt werden muss. Das noch zu errichtende UW Berliner Straße wird dann in dieses Kabel ebenfalls eingebunden. Durch Verzögerungen, welche der Auftragnehmer zu vertreten hat, konnte der Tiefbau erst zum Jahreswechsel 2023/2024 abgeschlossen werden. Die Kabelzugarbeiten sowie die notwendigen Muffenmontagen sollten bis Mai 2024 abgeschlossen werden. Die für den Kabelzug notwendigen punktuellen Aufbrüche sowie mehrere Kabeltransporte waren für das Frühjahr 2024 geplant und wurden im Winter 2023 planerisch vorbereitet.

Um den prognostizierten steigenden Leistungsbedarf im Innenstadtbereich zukünftig bereitstellen zu können, plant sw netz die Errichtung weiterer Umspannwerke. Eines davon ist im Bereich Berliner Straße vorgesehen und soll im Zuge der Entwicklung und der Errichtung eines Parkhauses in der Berliner Straße zusammen mit der SEG realisiert werden. Die hierfür notwendigen technischen Untersuchungen wurden bereits durchgeführt. Zusammen mit allen Projektbeteiligten wird mit Hochdruck an der Erstellung der Bauantragsunterlagen gearbeitet. Ebenso werden die Netzkonzepte zur Kabeleinbindung aktuell überarbeitet. Bei einem idealen Ablauf ist mit der baurechtlichen Genehmigung für das Umspannwerk bis Ende 2024 zu rechnen, die Inbetriebnahme ist für 2030 geplant. Für ein Umspannwerk in der Deponiestraße wurde 2023 der Grundstückserwerb vorangetrieben, ein weiteres Umspannwerk in der Hölderlinstraße befindet sich in der Vorplanung.

sw netz investiert schon immer regelmäßig erhebliche Summen in die Substanzerhaltung des Netzes. Dabei werden – wie auch im Rahmen von Netzerweiterungen und Neuerschließungen – Synergieeffekte genutzt und bereits seit vielen Jahren bei allen Baumaßnahmen die Netze so strukturiert und dimensioniert, dass sie zukünftigen Anforderungen gerecht werden können. Dennoch werden mittel- bis langfristig in vielen Straßenzügen gesonderte Projekte zur Netzverstärkung erforderlich sein, zudem wird zukünftig eine deutlich wachsende Anzahl an Kabelverteilern und Ortsnetzstationen das Stadtbild erheblich beeinflussen. Um diese Beeinflussung des Stadtbildes so gering wie möglich zu halten, hat sw netz den Kontakt zur Landeshauptstadt Wiesbaden nochmals intensiviert und 2023 zusammen mit den städtischen Ämtern eine Konzeptplanung begonnen, um die notwendigen Genehmigungsunterlagen zu überarbeiten und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen.

Das Jahr 2023 war erneut geprägt von einem erheblichen Anstieg an Kundenmaßnahmen. Dies ist eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung in Wiesbaden sowie – in Zusammenhang mit der Sektorenkopplung – der zunehmenden Anfragen hinsichtlich der Wärmeerzeugung durch Strom und der Netzanschlussbegehren für elektrische Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Auch der steigende elektrische Leistungsbedarf für neue Wohngebiete ist im Wesentlichen auf die zunehmende Sektorenkopplung zurückzuführen. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden und auch weiterhin unter den immer schwieriger einzuschätzenden Markt- und Regulierungsbedingungen das sehr hohe Qualitätsniveau unseres Versorgungsnetzes gewährleisten zu können, waren, wie bereits in den vergangenen Jahren, neben dem zukunftsorientierten Netzausbau die wirtschaftliche und technische Optimierung ein wesentlicher Schwerpunkt der Netzentwicklung.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen lag der Fokus der Netzstrategie auf einer technisch/wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung, welche als Ziel eine langfristige Investitions- und Instandhaltungseffizienz hat. Einer konsequenten Vereinfachung von Netzstrukturen sowie einer Standardisierung der eingesetzten Technik mit dem Ziel der Senkung von Betriebs- und Investitionskosten kommt daher hohe Priorität zu.

Bei den im Jahr 2023 ausgeführten Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen sind folgende Maßnahmen im Besonderen hervorzuheben:

- Der Fokus bautechnischer Maßnahmen bei den Umspannwerken lag im Jahr 2023 vor allem auf der Bauwerkserhaltung. Hierunter fielen die Erneuerung der Dächer in den Umspannwerken Schierstein und Bierstadt einschließlich der Anpassung der Dachentwässerung an den Stand der Technik, die Überarbeitung des Blitzschutzes an den Umspannwerken in Dotzheim, in der Mainzer Straße und in der Helenenstraße sowie die Renovierung des 20-kV-Schaltanlagenraumes im Umspannwerk Kurfürstenstraße. Gleichzeitig wurde der Brandschutz in den Umspannwerken Bierstadt, Dotzheim und Kurfürstenstraße überprüft und erneuert.
- Die bisherigen, teils maroden Zaunanlagen rund um die Schaltanlage Ost und das Umspannwerk Mainzer Straße wurden durch moderne und sicherere Zaunanlagen ausgetauscht.

Im Bereich der Umspannwerke und 20-kV-Schwerpunktstationen/Schaltstationen wurde 2023 die gesicherte Versorgungsinfrastruktur für Steuer-, Schutz- und Regelungstechnik vollständig ausgetauscht.

Um den Netzanschluss für das sich gerade im Bau befindlichen Müllheizkraftwerkes (MHKW) in der Deponiestraße bereitstellen zu können, wurde im Bereich der Hochspannung in der Schaltanlage Wiesbaden Ost ein 110-kV-Reservefeld ertüchtigt. Hierbei wurden neue Schutzgeräte sowie Stromwandler verbaut. Die Einspeisung der im MHKW erzeugten elektrischen Energie kann nun erfolgen.

Begutachtung des ertüchtigten Reservefeldes im Umspannwerk Wiesbaden-Schierstein.



Das Projekt „Neue Netzleitstelle“ befand sich im Jahr 2023 in der wesentlichen Umsetzung. Nachdem im Herbst 2022 der Leitstellenbetrieb in eine Übergangsleitstelle umgezogen wurde, konnten die Räumlichkeiten entkernt und anschließend von Grund auf neu errichtet werden. Umgeben von einer neu strukturierten Raumaufteilung entstanden vier moderne und ergonomisch anpassbare Bedienplätze für das Leitstellenpersonal mit angrenzenden Büro-, Besprechungs-, Umkleide- und Technikräumen. Auf der gesamten Leitstellenebene wurde die Gebäudetechnik ertüchtigt und um ein neues Klimakonzept optimiert. Nach Abschluss der Arbeiten konnte der Leitstellenbetrieb ab Juli aus der neuen Netzleitstelle erfolgen. Bis auf kleinere Restpunkte wurde das Projekt im Jahr 2023 abgeschlossen.

Das Projekt zur Erneuerung des Verbundnetzleitsystems wurde durch die abschließende Migration zwischen altem und neuem Netzleitsystem erfolgreich abgeschlossen. Der Netzparallelbetrieb beider Systeme war für 9 Monate angesetzt und wurde im April 2023 zum Abschluss gebracht. Die Betriebsführung wird nun über das neue Leitsystem realisiert.

Die Projektarbeit im Projekt „Neues Leitsystem“ stand im Zeichen der Produktoptimierung. Die Netztopologie, externe Alarmierungen und das Datenmodell wurden von letzten Fehlern befreit. Aufgrund technischer Grenzen wurde das Bedienkonzept nochmals überarbeitet, um dem Bediener eine bessere Performance sowie Übersicht im Leitsystem zu ermöglichen. Logistische und technische Hürden, resultierend aus dem Umbau und damit verbundenen Umzügen der Netzleitstelle, galt es zu überwinden.

Ein umfangreicher Netzwerkumbau ist für Februar 2025 geplant. Dieser behebt den letzten abnahmeverhindernden Fehler im Redundanzkonzept des Leitsystems. Der Abschluss und die Abnahme des Projekts sind für das erste Quartal 2025 geplant. Im Zuge der gesetzlichen Änderungen wurde im Jahr 2022 der Prozess zum Redispatch 2.0 vollumfänglich umgesetzt.

Die gesetzlichen Anforderungen der Bundesnetzagentur durch das EnWG und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik mit dem BSI-Gesetz haben ihren Ursprung im Jahr 2015. Sie zielen darauf ab, dass Energieversorger einen sicheren Netzbetrieb gewährleisten können, indem Informationen gemäß eines Informationssicherheitsmanagementsystems gesteuert und überwacht werden. Als Verteilnetzbetreiber ist die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH seit 2017 nach den Vorgaben des EnWG IT-Sicherheitskatalogs zertifiziert. Da sich Informationstechnik und damit auch die IT-Sicherheit ständig weiterentwickeln, bedarf es regelmäßiger Anpassungen an die gesetzlichen Anforderungen. So wurde im Jahr 2023 ein System zur Angriffserkennung verpflichtend, welches über einen externen Dienstleister abgewickelt wird. Die Auditierung der Umsetzung wurde mit einem sehr guten Reifegrad von vier bei fünf möglichen Stufen attestiert.

Vorbereitungen zur Erneuerung einer denkmalgeschützten Trafostation.



Darüber hinaus wurde eine Vollzeitstelle für den Informationssicherheitsbeauftragten geschaffen. Dies hat zur Folge, dass die Ressourcen für das Informationssicherheitsmanagementsystem massiv ausgebaut wurden und damit die Wichtigkeit im Unternehmen gestärkt wurde. Über interne Audits wurden Schwächen aufgedeckt und in Maßnahmen zur Behebung überführt. Im abschließenden externen Audit zur Rezertifizierung des IT-Sicherheitskatalogs konnte somit eine Weiterentwicklung nachgewiesen und ein sehr gutes Ergebnis erzielt werden.

Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, ausgehend von derzeit rund einer Million Elektrofahrzeugen bis 2030 mindestens 15 Millionen E-Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen zu bringen. Dies ist eine große Herausforderung für die Stromnetze. Die gleichzeitig benötigte elektrische Leistung der Ladeinfrastruktur ist dabei entscheidend für die Belastung und Auslegung der Netzinfrastruktur. Den hierbei steigenden Zulassungszahlen von elektrisch betriebenen Fahrzeugen möchte die Landeshauptstadt Wiesbaden mit einem bedarfsorientierten Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur begegnen. Im Jahr 2023 wurde in einem Konzessionsverfahren durch die Landeshauptstadt Wiesbaden die Vergabe des Ausbaus der Errichtung der Ladeinfrastruktur durchgeführt und an ESWE Versorgung AG vergeben. Die Netzanschlüsse dieser Ladeinfrastruktur müssen von der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH als Stromnetzbetreiber im Stadtgebiet Wiesbaden (mit Ausnahme der Vororte Amöneburg, Kastel und Kostheim - AKK) errichtet werden. Die LHW und die ESWE Versorgungs AG haben sich im Rahmen der Konzessionsvergabe auf einen Genehmigungsprozess für die Standortplanung, Standortfreigabe und die Errichtung geeinigt, um die vertraglich festgelegten Ausbauziele zu erreichen. Die Abstimmung mit sw netz hinsichtlich der notwendigen Netzanschlüsse erfolgte Ende 2023 und wird bis zum Jahr 2030 andauern. Als erster Meilenstein wurde die Errichtung und Inbetriebnahme von 80 Ladepunkten bis zum 30.06.2024 vereinbart. Weiterhin müssen wir uns auch der Herausforderung stellen, dass im halböffentlichen Bereich, wie z. B. auf Parkplätzen von Einkaufsmärkten, private Anbieter größere Ladeinfrastruktureinrichtungen errichten und somit der elektrische Leistungsbedarf zukünftig wachsen wird.

Die Entwicklung von Baugebieten wird weiterhin durch die Stadt Wiesbaden vorangetrieben. Die Erschließung dieser Baugebiete stellte sw netz auch im Jahr 2023 vor umfangreiche Aufgaben. In Wiesbaden-Biebrich wurde im Jahr 2023 die Erschließung des Baugebietes Gräselberg – Auf den Eichen durchgeführt. Hierbei wurden ca. 3.800 m Mittelspannungskabel, 3.900 m Niederspannungskabel, 1.100 m Smart-Grid-Rohre sowie 1.250 m Rohrverband verlegt. Weiterhin wurden 3 Netzstationen errichtet. Die Arbeiten begannen im Mai 2022 und wurden Ende 2023 weitestgehend abgeschlossen. Die Erschließung des neuen Bürostandortes Seven Gardens am Schiersteiner Berg wurde 2023 ebenfalls weiter vorangetrieben. In die 2022 verlegten Leerrohre wurden im Sommer/Herbst 2023 teilweise Mittelspannungskabel eingezogen, um die Netzstation mit knapp 3 MW Leistung anzuschließen. Die Station wurde im Herbst 2023 in Betrieb genommen.

Neue Gasdruckregelanlage
in Taunusstein.



Gasversorgung

Absatz

Der bereits im Vorjahr durch die überwiegend durch die Energiekrise verursachte signifikante Rückgang des Gasabsatzes auf 1.811,3 Mio. kWh verzeichnete im Berichtsjahr abermals einen Rückgang um 15,9 % auf nunmehr 1.544,7 Mio. kWh. Die von der Bundesregierung geforderten Einsparmaßnahmen sowie der ausgesprochen milde Winter waren hierfür verantwortlich.

Auf die Kundengruppen entfielen hierbei folgende Absatzmengen:

Absatzmengen Gas

	2023		2022		Veränderung
	Mio. kWh	%	Mio. kWh	%	
Tarif- und Sonderkunden	800,8	51,8	845,1	46,7	-5,2
Vertragskunden	250,6	16,2	282,0	15,6	-11,1
Kunden Stadtgebiet	1.051,5	68,1	1.127,1	62,2	-6,7
Kunden außerhalb WI	309,4	20,0	491,3	27,1	-37,0
ESWE-Kunden	1.360,8	88,1	1.618,4	89,4	-15,9
Betriebsverbrauch	183,9	11,9	192,9	10,6	-4,7
Summe	1.544,7	100,0	1.811,3	100,0	-14,7

Auch hier erfolgte der Rückgang über alle Kundengruppen hinweg. Innerhalb unseres Versorgungsgebietes verzeichneten wir bei unseren Tarif- und Sonderkunden eine Reduzierung der Absatzmenge um 6,7 %. Bei den Kundinnen und Kunden außerhalb unseres Versorgungsgebietes fand, auch bedingt durch die nahezu vollständige Einstellung unserer externen Vertriebsaktivitäten, eine Minderung um 37,0 % statt. Hier machten sich auch die zunehmenden Vertriebsaktivitäten der Discounter bemerkbar, die durch die gesunkenen Beschaffungskosten auf den Spotmärkten wieder mit günstigeren Angeboten aufwarten können.

Links: Mobile Gasregleranlage.
Rechts: Gasübergabestation,
Taunusstein.



Netzbetrieb

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 2.008 m Gas-Versorgungsleitungen rehabilitiert bzw. erneuert, was einer Erneuerungsrate von ca. 0,24 % entspricht. Im Wesentlichen kamen hierbei Rohre aus Polyethylen zum Einsatz. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit. Größere Sonderprojekte wurden 2023 im Gasnetz nicht umgesetzt.

Bei Leitungserneuerungen wurden im Gasniederdrucknetz ausschließlich Versorgungsleitungen aus Kunststoffrohren PE 100 RC verlegt. Rohre aus duktilem Gusseisen oder anderen metallischen Materialien kommen im Niederdruckbereich nicht mehr zur Anwendung.

Bestand Gasversorgungsleitungen

	2023 km	2022 km	Veränderung %
Gasmittel- und -niederdrucknetz	626	624	0,3
Gashochdrucknetz	221	221	0,0
Summe	847	845	0,2

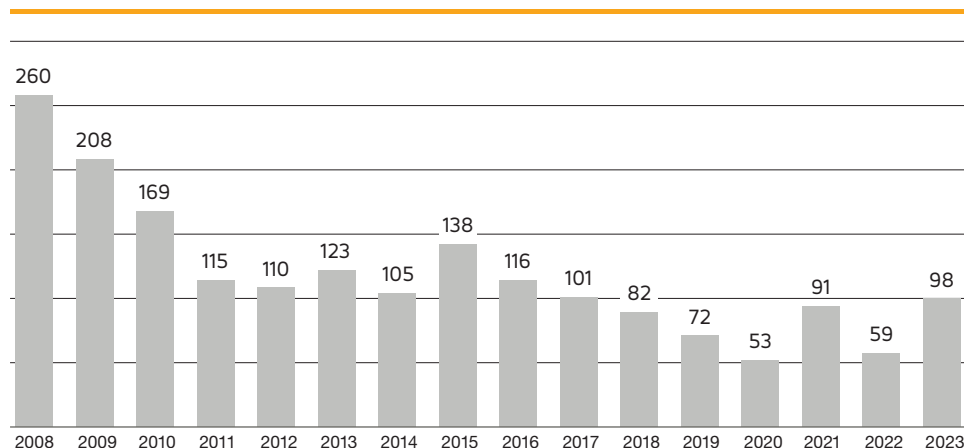
Im Gashochdrucknetz werden Leitungen bis DP5 ebenfalls in PE100 RC ausgeführt, ab DP5 bis DP16 wird ausschließlich kathodisch geschütztes Stahlrohr eingesetzt.

Erwähnenswerte Gas-Störungen im Jahr 2023

Im Jahre 2023 kam es im Bereich der Gasversorgung zu verschiedenen Störungen an Versorgungs- und Anschlussleitungen, die im Rahmen der turnusmäßigen Rohrnetzüberprüfung lokalisiert wurden.

Darüber hinaus werden leider auch immer wieder im Rahmen von Baumaßnahmen Dritter Leitungen im ESWE-Eigentum beschädigt. Hier lässt sich ein Trend ablesen, dass mit der allgemeinen Zunahme der Bautätigkeiten Dritter leider auch immer weniger Fachpersonal an den Baustellen anzutreffen ist. Die Folge ist ein Mangel an notwendiger Sorgfalt im Zusammenhang mit Arbeiten im Bereich von in Betrieb befindlichen Versorgungstrassen mit unerfreulichen Beschädigungen der Leitungen.

Anzahl der Störungen im Gasnetz



Leider kam es im Netzgebiet der ESWE Versorgung gleich zu Beginn des Jahres 2023 zu einer tragischen Verpuffung in einem Einfamilienhaus, die auf ein Leck an einer Gasnetzanschlussleitung zurückzuführen ist. Am Morgen des 13.01.2023 wurde der Entstörungsdienst der ESWE von der Feuerwehr Wiesbaden zu einer Verpuffung in einem Einfamilienhaus in Wiesbaden-Nordenstadt alarmiert. Das Gasnetz in Nordenstadt wurde Anfang der 1990er Jahre von ESWE Versorgung übernommen. Vor Ort stellte sich heraus, dass Gas von den Bewohnern unbemerkt, von außen in den Bungalow eingedrungen war und sich im Inneren des Gebäudes entzündet hatte. Durch die Verpuffung wurden die beiden Bewohner verletzt. An dem Gebäude entstand ein erheblicher Sachschaden. Die Ermittlungen zur Schadensursache ergaben einen undichten Gasnetzanschluss, was mutmaßlich auf Setzungen außerhalb des Gebäudes und Verlegefehler des Anschlusses im Jahr 1973 zurückzuführen ist, noch lange bevor ESWE Versorgung das Netz übernommen hatte. Da es trotz aller gemäß DVGW-Regelwerk ordnungsgemäß durchgeführten Überprüfungen des Gasrohrnetzes und der Gashauseinführungen zu diesem tragischen Unfall kam, hatte ESWE Versorgung beschlossen, die rund 40 Kilometer Niederdrucknetz und 1.500 Hauseinführungen im Sondernturnus zu überprüfen, was im Herbst 2023 vollständig abgeschlossen werden konnte. Festgestellte Mängel, wie beispielsweise schiefe in die Gebäude eintretende Einführungen, die auf Setzungen im Außenbereich hindeuten können, sowie kleinere Leckagen wurden umgehend beseitigt.

Wasserversorgung

Aktuelle Lage der Wiesbadener Trinkwasserversorgung

Neben den Herausforderungen, die schon im letztjährigen Bericht erläutert wurden, wie Auswirkungen des Klimawandel und der Bevölkerungsentwicklung auf den Wasserverbrauch, rückt zunehmend der Umgang mit der Ressource Wasser in den Fokus. Diese Entwicklung ist vornehmlich auf den wasserwirtschaftlichen Fachplan Hessen zurückzuführen. Hierbei geht es hauptsächlich um zwei Hauptaspekte:

- Ressourcenschonender Umgang mit dem Wasser (Stichworte Wasserverluste, spezifischer Wasserverbrauch).
- Lastenausgleich zwischen den Ballungsräumen und den ländlichen Räumen (Stichworte Natur- und Gewässerschutz, Einschränkungen durch Wasserschutzgebiete).

Ausdruck dieser sich verändernden Sichtweise ist das aktuell laufende städtebauliche Wettbewerbsverfahren zum Entwicklungsgebiet Ostfeld. Hier wird das Thema Wasser erstmalig ganzheitlich, integrativ und nachhaltig gedacht. Konkret bedeutet dies, dass Niederschlagswassermanagement, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung zusammengedacht werden.

Auswirkungen durch die Bevölkerungsentwicklung

Bisherige Berechnungen des statistischen Landesamts gingen davon aus, dass insbesondere durch die Ausweisung von neuen Siedlungsgebieten im östlichen Stadtgebiet die Bevölkerungszahl bis 2050 deutlich steigen würde. In manchen Szenarien wurde durchaus eine Überschreitung der 300.000-Einwohner-Marke gesehen.

Aktuellste Hochrechnungen sehen diesen Zuwachs nicht mehr, im Gegenteil: Ab ca. 2040 wird von einer schrumpfenden Bevölkerung ausgegangen. Für die langfristigen Planungen wird vermutlich von einer Bevölkerungszahl in der Größenordnung 285.000 – 290.000 Einwohner auszugehen sein.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Wiesbaden als Bestandteil der Metropolregion RheinMain ebenfalls eine positive, wenn auch im Vergleich zum restlichen



Neues E-Einsatzfahrzeug
für alle relevanten Arbeiten
am Gas- und Wassernetz.



Rhein-Main-Gebiet deutlich reduzierte Bevölkerungsentwicklung aufweisen wird. Hierbei wird der Zuwachs vornehmlich durch die Erschließung neuer Quartiere stattfinden. Die unmittelbare Reaktion hierauf ist der laufende Zielnetzprozess, der diese Veränderung auf der Lastseite aufnimmt und die notwendigen Netzanpassungen und -erweiterungen in einem Iterationsprozess mit der Hessenwasser GmbH & Co. KG herausarbeitet. In einem zweiten Schritt werden anschließend konkrete Maßnahmen aus diesen systematischen Vorgaben abgeleitet.

Auswirkungen durch den Klimawandel

Die aktuellen Klimaprojektionen für Hessen weisen deutliche Klimaveränderungen bis 2100 aus. Zusammenfassend lassen sich die Veränderungen wie folgt beschreiben:

- Zunahme von heißen Tagen (Tageshöchsttemperatur über 30°C).
- Abnahme von Frosttagen (Tagestiefsttemperatur unter 0°C).
- Deutliche Zunahme von Wärmeperioden (mind. sechs aufeinanderfolgende Tage, an denen die Höchsttemperatur höher ist als an den 10 % wärmsten Tagen im Jahr).
- Verschiebung der Niederschläge vom Sommer in den Winter, verbunden mit einer Zunahme von längeren Trockenperioden im Sommer.
- Steigende Tendenz für Starkregentage trotz ausgeprägter Trockenperioden.

Die Folgen dieser Klimaveränderungen für die Wasserversorgung lassen sich hierbei auf zwei zentrale Bereiche eingrenzen:

- Zunahme der Spitzenverbräuche.
- Ressourcenverknappung in den Hauptlastmonaten (Sommer).

Die Zunahme der Spitzenverbräuche betrifft vornehmlich die Versorgungsnetze der ESWE Versorgungs AG, die Ressourcenverknappung wird in erster Linie einen erheblichen Einfluss auf die Hessenwasser GmbH & Co. KG, als den alleinigen Vorlieferanten der ESWE Versorgungs AG, haben.

Um diesen Entwicklungen adäquat zu begegnen, haben Hessenwasser und ESWE Versorgung einen Arbeitskreis gegründet, der eine abgestimmte Zielnetzplanung erarbeiten wird. Hierbei wird es insbesondere um die Anpassung der Netztopologie an die geänderten Bedarfe und die Sicherung von Ressourcen gehen.

Die erforderlichen Reinvestitionen in die vorhandene Infrastruktur aus den fünfziger und 1960er Jahren, der Neubau der zur Versorgungssicherheit erforderlichen zweiten Riedleitung und die besagten neuen Versorgungsstrukturen erfordern für die nächsten Jahre eine Anpassung des Wasserbezugspreises von 15 – 20 ct/m³.

Die überregionalen Auswirkungen aus den oben beschriebenen Veränderungen wurden 2019 im Leitbild für ein Integriertes Wasserressourcen-Management Rhein-Main beschrieben. Initiator dieses Leitbildprozesses war das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.



Turnusmäßige Routinespülung der Wasserversorgungsleitung bei Bierstadt.

Nachfolgend ein Auszug aus dem Leitbild, welches die Herausforderung gut zusammenfasst: „Das Rhein-Main-Gebiet ist eine der wirtschaftlich bedeutendsten europäischen Metropolregionen. Die Verfügbarkeit und der nachhaltige Umgang mit der Ressource Wasser sind essenziell für die Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung und die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Die Wasserversorgung in der Rhein-Main-Region basiert auf einem Zusammenwirken zwischen örtlicher und regionaler Wassergewinnung. Die Versorgungsstrukturen haben sich in den vergangenen 100 Jahren historisch entwickelt. Es hat sich gezeigt, dass eine integrierte Betrachtung als ein Weg für eine effiziente und nachhaltige Bewirtschaftung der begrenzten Wasserressourcen und zur Bewältigung ggf. widersprüchlicher Ansprüche angesehen werden kann. Die Implementierung eines integrierten Wasserressourcen-Management Rhein-Main (IWRM) für das Gebiet Rhein-Main aufbauend auf den bisherigen Strukturen (z. B. Grundwasserbewirtschaftungsplan, Infiltration im Hessischen Ried und Leitfaden für die umweltschonende Grundwassergewinnung im Vogelsberg) ist somit ein grundlegender Beitrag zur Sicherung der nachhaltigen Entwicklung und damit einhergehend zur Versorgungssicherheit der Region. Der Klimawandel, der demografische Wandel und der Schutz der Grundwasserressourcen werden die Bewirtschaftung der Wasserressourcen und die Sicherstellung der Wasserversorgung in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen. Heute getroffene Grundlagenentscheidungen werden die Bewirtschaftung der Wasserressourcen und die Sicherstellung der Wasserversorgung und damit auch die Region auf lange Zeit hin prägen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Notwendigkeit, Gestaltungsoptionen unter Beachtung gesellschaftlicher, wasserwirtschaftlicher, ökologischer und ökonomischer Kriterien zu prüfen, um im Rahmen eines umfassenden „IWRM Rhein-Main“ eine zukunftsorientierte nachhaltige Gewässerbewirtschaftung und leistungsfähige Wasserversorgung im Rhein-Main-Raum zu sichern“.

Aus dem Prozess der Leitbilddiskussion wurde in den letzten Jahren der wasserwirtschaftliche Fachplan Hessen abgeleitet.

Folgende wesentliche Maßnahmen sind im Entwurf des Fachplans enthalten:

- Die Förderung der Grundwasserneubildung durch Retention und Versickerung. Der Schutz des Grundwassers vor Schadstoffeinträgen, um Knappheit durch Verschmutzung zu verhindern der Ausbau von kommunenübergreifenden Verbundsystemen, die zur Sicherstellung der Wasserversorgung in Trockenperioden beitragen die Mobilisierung von Einspar- und Substitutionsmöglichkeiten von Trinkwasser, wie beispielsweise die vermehrte Nutzung von Brauchwasser. In diesem Kontext wird es unumgänglich werden, dass auch Themen wie Water Reuse stärker ins Bewusstsein gerückt und diskutiert werden.
- Ergänzend umfasst der Plan Instrumente zur Unterstützung der Umsetzung, wie ein verbessertes integriertes Datenmanagement und die Durchführung von Stresstests für die Wasserversorgung unter den Bedingungen des Klimawandels. Was leider fehlt sind Finanzierungsinstrumente, um die angedachten Maßnahmen umsetzen zu können.

Für die ESWE Versorgungs AG als einen reinen Netzbetreiber bedeuten die Ansätze des wasserwirtschaftlichen Fachplans in den nächsten Jahren, insbesondere die realen Wasserverluste noch deutlicher in den Fokus zu rücken. Hier setzt die ESWE Versorgung auf die Kombination aus einem satellitengestützten System und den erprobten, akustischen Verfahren.

Betrieb

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 6.584 m Wasser-Versorgungsleitungen rehabilitiert bzw. erneuert, was einer Erneuerungsrate von ca. 0,83 % entspricht.

Im Wesentlichen kamen hierbei Rohre aus Polyethylen zum Einsatz. Ab einer Nennweite von 200 wird auf duktile Gussrohre zurückgegriffen.

Die Altersstruktur des Wassernetzes erfordert in den nächsten Jahren zunehmende Erneuerungsinvestitionen.

Bestand Wasserversorgungsleitungen

	2023	2022	Veränderung %
Wasserversorgungsleitungen (km)	738	736	0,14
Anzahl Hausanschlüsse (Stück)	34.132	34.168	0,44

Im Kontext der Digitalisierung der Versorgungsnetze wurden weitere Betriebsmessstellen realisiert sowie die Integration der Daten in die zentrale Netzleitwarte weiter vorangetrieben.

Erwähnenswerte Wasser-Störungen

Im Jahr 2023 kam es zu einer Reihe von Störungen im Wassernetz mit zum Teil erheblichen Wasseraustritten und damit verbundenen Schäden. Sowohl die Wasserleitungen aus duktilem Gusseisen der 1960er, 1970er und der beginnenden 1980er Jahre sorgten erneut für eine Vielzahl an Störungseinsätzen als auch mehrere Störungen an Versorgungsleitungen aus Grauguss der 1950er und 1960er Jahre.

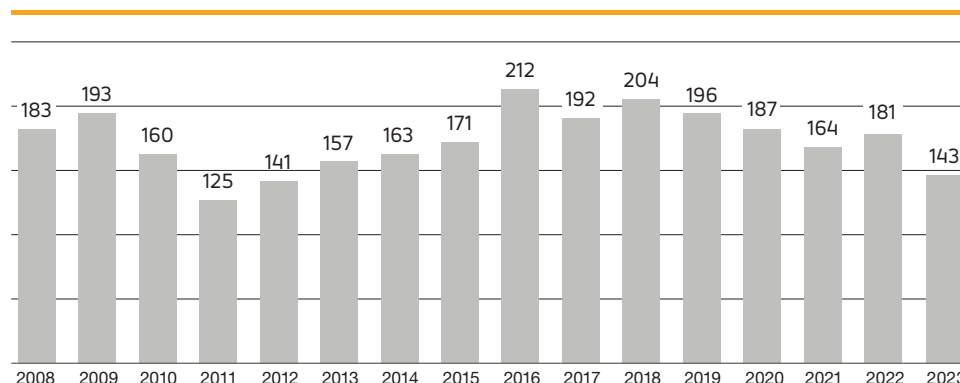
Hinzu kamen wieder einmal Rohrbrüche an Leitungen aus dem 19. Jahrhundert, die mittlerweile an die Grenzen ihrer technischen Nutzungsdauer gelangen und in den nächsten Jahren zustandsbedingt zur Erneuerung anstehen.

Folgende Schadensereignisse sind hier exemplarisch zu nennen:

- Moritzstraße, Ecke 1. Ring
- Friedrich-Ebert-Allee
- Luisenstraße
- Walkmühlstraße

Dank des engagierten Einsatzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort konnten alle Erstmaßnahmen zügig eingeleitet und die Versorgung zeitnah wieder aufgenommen werden.

Anzahl der Störungen im Wassernetz



Fernwärmeversorgung

Aktuelle Lage der Wiesbadener Fernwärmeversorgung

Das Fernwärmenetz versorgt wie auch das Gasnetz den Wärmemarkt. Daher sind die beschriebenen Aussagen zum Wärmemarkt aus dem Kapitel über das Gasnetz auch für das Fernwärmenetz gültig.

Wenn ein Gebäudeeigentümer eine neue Heizung einbaut, muss er die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) einhalten und sicherstellen, dass 65 % seiner Wärmeenergie regenerativ ist. Durch den Anschluss an ein Fernwärmenetz gilt gemäß § 71 j GEG die Vorgabe von 65 % Erneuerbarkeit als erfüllt. Der Betreiber des Fernwärmenetzes muss dabei nachweisen, dass er einen Transformationsplan zur Dekarbonisierung seiner Fernwärmeversorgung bis 2045 hat.

Ein solcher Dekarbonisierungsplan wird derzeit durch die ESWE Versorgungs AG erarbeitet. Dabei wird untersucht, mit welchen erneuerbaren Energiequellen die Fernwärmeversorgung bis 2045 dekarbonisiert werden kann. Gleichzeitig wird erwartet, dass der Fernwärmebedarf durch zahlreiche Netzerweiterungen deutlich zunimmt, was ebenfalls im Transformationsplan berücksichtigt wird.

Für die Zukunftsfähigkeit wurden folgende Handlungsfelder identifiziert: Weitere Dekarbonisierung der Erzeugungsanlagen, Optimierung des Netzbetriebs (einschließlich Rücklauf Temperaturabsenkung), Digitalisierung des Netzes, aktive Kommunikation mit der Öffentlichkeit und Unterstützung der lokalen Heizungswirtschaft zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung. Diese Handlungsfelder werden die Fernwärmeversorgung in den kommenden Jahren auf dem Weg zur Klimaneutralität prägen.

Das Fernwärmenetz in Wiesbaden erfüllt bereits heute die Vorgaben des GEG und stellt eine attraktive Alternative zur dezentralen Wärmeversorgung dar, insbesondere in der Innenstadt. Es wird erwartet, dass die Nachfrage nach Fernwärme durch das novellierte GEG mittelfristig deutlich zunehmen wird. Die Rolle der Fernwärme wird durch die kommunale Wärmeplanung zusätzlich gestärkt.

In den kommenden Jahren muss die Nachfrageentwicklung nach Fernwärme genau beobachtet werden. Es kann möglich sein, dass die Nachfrage sehr schnell und stark steigt, was ESWE vor erhebliche Herausforderungen stellen wird, insbesondere in Bezug auf Investitionsmittel und Personalkapazitäten.

Betrieb

Auch im Berichtsjahr 2023 wurde der in den letzten Jahren begonnene Ausbau der umweltfreundlichen Fernwärme in Wiesbaden konsequent fortgesetzt. Der Schwerpunkt lag hierbei im Ausbau der Fernwärmeversorgung in der Innenstadt. Hier wurde beispielsweise die Bahnhofstraße, Ecke Rheinstraße sowie die Oranienstraße weiter erschlossen. Im Sommer 2023 wurde der Campus der Hochschule Rhein-Main am Kurt-Schumacher-Ring an das Fernwärmenetz angeschlossen.

ESWE Versorgung leistet hiermit einen weiteren Beitrag zur Entlastung des Stadtklimas von Treibhausgasen und Schadstoffemissionen. Der Fernwärmeausbau stellt einen wesentlichen Baustein des Luftreinhalteplans dar. Unter anderem ist es dadurch gelungen, Dieselfahrverbote in Wiesbaden abzuwenden. Die zentrale Versorgung der Innenstadt mit Wärme wird vor allem über unser Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) gedeckt.

Der CO₂- und Primärenergiefaktor des Fernwärmenetzes ermöglicht insbesondere im Gebäudebestand eine weitestgehend CO₂-freie Wärmeversorgung bei Umstellung auf Fernwärme. Durch die Einbindung des im Bau befindlichen Müllheizkraftwerks wird dieser Faktor nochmals reduziert.

Bestand Fernwärme Trassenlänge

	2023 km	2022 km	Veränderung %
Fernwärmenetz ¹	122,68	119,69	2,50
Fern- und Nahwärmeinseln	4,48	3,73	20,11
Netzlänge gesamt	127,16	123,42	3,03
Netzanschlüsse Fernwärme² (Stck.)	1.775	1.736	2,25

¹Netzverbund, inkl. Sekundärnetze ²Netzverbund, inkl. Sekundärinseln

Erwähnenswerte Fernwärme-Störungen

Im Jahr 2023 kam es zu keinen nennenswerten Störungen beim Betrieb des Fernwärmenetzes.

Straßenbeleuchtung

Die ESWE Versorgungs AG betreibt in Taunusstein und in Wiesbaden die Straßenbeleuchtung. Die installierten Leuchten werden ausschließlich elektrisch betrieben und über Rundsteueranlagen in den Umspannwerken entsprechend den Lichtverhältnissen zentral gesteuert.

Der Effekt des Einsatzes energiesparender Leuchten ist klar zu erkennen. Trotz steigender Anzahl von Leuchten sinkt der Anschlusswert deutlich. Dies wird sich in Zukunft weiter abzeichnen.

Straßenbeleuchtung Bestandsdaten

	2023	2022	Veränderung %
Taunusstein			
Elektrische Leuchten	3.295 Stck.	3.277 Stck.	0,56
Anschlusswert	86 kW	96 kW	-10,0
Wiesbaden			
Elektrische Leuchten	23.257 Stck.	23.219 Stck.	0,16
Anschlusswert	1.969 kW	1.993 kW	-1,2

Fernwärme-Heizwerk des Staatstheaters Wiesbaden.



Die bestehende engmaschige Infrastruktur des Straßenbeleuchtungsnetzes wird zunehmend interessanter für weitere Anwendungen. Der Einsatz von neuen Technologien für unterschiedlichste Smart-City-Anwendungen ist in der Testphase und könnte künftig zum Standard der Straßenbeleuchtung werden.

Neben der Energieeffizienz spielen die Themen Lichtverschmutzung und Insektenverträglichkeit eine zunehmend größere Rolle. Ein wichtiger Faktor könnte hier der Einsatz von sensorgesteuerten Beleuchtungsanlagen und Leuchten mit warmweißen Farbtemperaturen sein.

Nachdem seit dem vergangenen Jahr im Wiesbadener Henkellpark zwölf Leuchten mit Bewegungssensoren gesteuert werden, sind nun auch in Taunusstein vier Anlagen mit bedarfsgerechtem Licht installiert. Die zwei Anlagen in Wingsbach, die Anlage in Watzhahn und in Orlen steigern die Intensität von 20 % auf 100 %, wenn sich Menschen nähern. Solche Anlagen sind der nächste Schritt Richtung energiesparender und insektenfreundlicher Straßenbeleuchtung. So lassen sich gegenüber einer dauerleuchtenden LED-Leuchte zusätzlich mindestens 50 % Energie sparen.

Im Henkellpark konnte ein besonderes Projekt umgesetzt werden. An zwölf Standorten wurden „warm“ leuchtende Straßenleuchten aufgestellt, welche kein störendes Streulicht erzeugen und somit nicht zur Lichtverschmutzung beitragen. Besonders ist, dass die fünf Eckpunkte bei Dunkelheit nur mit einer 40-prozentigen Intensität leuchten. Erst wenn sich Menschen nähern, steigt die Intensität auf 100 Prozent. Dies funktioniert in fünf Schaltgruppen, die durch sogenannte PIR-Sensoren (Passive Infrared Sensors) geschaltet werden. So werden nur noch 266 kWh pro Jahr bei bewegtem Licht verbraucht statt 689 kWh durch Dauerbeleuchtung.

Instandhaltung

Im Instandhaltungsbereich wurden wie auch in den vergangenen Jahren die Programme der Überspannungskontrolle, Maststandsicherheit und des periodischen Lampenwechsels weitergeführt. Wesentliches Kriterium für Instandhaltungsarbeiten ist der langfristige Substanz- und Werterhalt der Beleuchtungsanlagen, durch den zukünftige Investitions- und Instandhaltungsstaus vermieden werden können. Durch ständige Kontrollen und zeitnahe Reparaturarbeiten konnten größere Störungen der Straßenbeleuchtungsanlagen vermeiden werden.

Straßenbeleuchtung in Taunusstein mit Bewegungsmelder (rechts). Durch Sensorentechnik wird automatisch von 20 %-inaktiven auf 100 %-aktiven Beleuchtungsmodus geschaltet.



Telekommunikation

Eine stabile, sichere und gut ausgebaute Telekommunikationsinfrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil für aktuelle Sicherheits- und Kritis-Themen sowie zur Umsetzung der Anforderungen im Rahmen von Digitalisierung, Smart City, Mobilfunkausbau (5G), etc.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen und zur Absicherung des Marktanteils bündeln und intensivieren die ESWE Versorgungs AG und die WiTCOM ihre Aktivitäten – dies unter dem Eindruck eines erheblichen Wettbewerbsdrucks. Ausdruck dieser Aktivitäten ist die aufgesetzte Strategie, die einen zielgerichteten Infrastruktur- und Rechenzentrumsausbau zum Gegenstand hat.

Der Bereich der Telekommunikationsnetze (Glasfaser) wird weiterhin stark durch einen Verdrängungswettbewerb der verschiedenen Infrastrukturanbieter geprägt, was in manchen Teilgebieten zu grotesken parallelen Netzstrukturen führt (sogenannte Überbauung). Dies belastet die wirtschaftliche Situation dieser Netze erheblich. Insbesondere auch bei der energetischen Quartierserschließung spielt die Ausstattung mit LWL-Anschlüssen eine immer wichtigere Rolle.

Das von der WiTCOM betriebene LWL-Netz wird weiter kontinuierlich ausgebaut. Themen wie Digitalisierung, Smart City, DigiV und 5G-Ausbau verfestigen sich zunehmend als zentrale Infrastrukturthemen.

Netzdaten

Im Berichtsjahr 2023 wurden folgende besondere Maßnahmen/Projekte umgesetzt:

- Anbindung für rund 50 Mobilfunkstandorte Wiesbaden und der Region
- Glasfaseranbindungen zu zentralen Knotenpunkten für verschiedene Dienstleister in Wiesbaden und der Region
- Weiterer Ausbau des Funk LoRaWAN Netzes und Nutzung zum automatisierten Auslesen der Fernwärmezähler

Bestand Trassenlänge

	2023 km	2022 km	Veränderung %
Telekommunikationsnetz	1.870	1.851	1,0

Unser Tochterunternehmen WiTCOM

Unsere Telekommunikationstochter, die Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH (WiTCOM), hat ihre Position als regionaler Anbieter von professionellen Telekommunikations- und ITK-Infrastrukturdiensten für den B2B- und Carrier-Markt auch in diesem Geschäftsjahr ausbauen können. Durch die Verantwortung für die Planung und Vermarktung der Telekommunikationskabel- und Funknetzinfrastuktur sowie den Ausbau des Leistungs- und Produktportfolios für ITK-Anwendungen bestehen weiterhin gute Voraussetzungen für die Erschließung von Geschäftspotentialen.

Die regionale Telekommunikationsnetzinfrastuktur (Glasfaser- und Funkinfrastruktur) wird kontinuierlich ausgebaut. Auf Basis dieser Infrastruktur werden professionelle Produkte und Services für ITK-Anwendungen vermarktet. Mit dieser zukunftsorientierten Basis sind die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und solides Wachstum gegeben. Durch die Vermarktung von eigenen Services und Leistungen an Netz- und Service-provider (Wholesale) profitiert WiTCOM vom positiven Klima im ITK-Markt und einer weiterhin stabilen Entwicklung.

Qualität, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit für Kundenservices und Netzinfrastuktur sind nach wie vor wesentlichen Ziele. WiTCOM verfügt über TÜV-Zertifizierungen nach DIN ISO 27001 und EN 50600 für Rechenzentrumservices, die regelmäßig überprüft werden.

Geschäftsverlauf 2023

Der ITK-Markt gestaltet sich weiterhin sehr wettbewerbsintensiv und dynamisch. Folgende Themen stehen im Fokus unserer Geschäftstätigkeit:

- Erhöhung der Umsatzmargen, Kostenreduktion für externe Leistungen.
- Ausbau der Infrastruktur (LWL, Rechenzentrum, Funklösungen, Clouddienste).
- Vermarktung von Lösungen/Services auf Basis der eigenen Infrastruktur.
- Investitionen in neueste Technologie- und Sicherheitsstandards.
- Positionierung als Infrastrukturanbieter für die Themen Digitalisierung, IoT und Smart City.
- Prozessoptimierung und Nachhaltigkeit.

Die zunehmende Digitalisierung in vielen Bereichen und die damit verbundenen Anforderungen an Übertragungsnetze bieten interessante Potentiale für Wachstum und neue Anwendungen. Die alternativen Netzbetreiber und Versorger sind wesentliche Garanten für den flächendeckenden Infrastrukturausbau. Mit diesem Hintergrund ist die eigene Geschäftsentwicklung insgesamt als günstig zu beurteilen, da der Bedarf an Übertragungsnetzen mit hohen Bandbreiten und damit verbundenen Infrastrukturlösungen weiterhin steigt.





Bericht über das Geschäftsjahr

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva

	Anhang	T €	31.12.2023 T €	31.12.2022 T €
A. Anlagevermögen	(1)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		658		811
II. Sachanlagen		197.803		189.120
III. Finanzanlagen		171.960		170.186
			370.421	360.117
B. Umlaufvermögen				8.158
I. Vorräte	(2)	15.439		17.853
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände (3)		46.747		30.611
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		44.992		56.622
			107.178	3.089
C. Rechnungsabgrenzungsposten			3.588	419.828
			481.187	

Passiva

	Anhang	T €	31.12.2023 T €	31.12.2022 T €
A. Eigenkapital	(4)			
I. Gezeichnetes Kapital		66.013		66.013
II. Kapitalrücklage		25.426		25.426
III. Gewinnrücklage		35.131		25.131
IV. Bilanzgewinn		0		0
			126.570	116.570
B. Empfangene Ertragszuschüsse			28.009	28.900
C. Rückstellungen	(5)		111.630	90.749
D. Verbindlichkeiten	(6)		214.912	183.564
E. Rechnungsabgrenzungsposten			66	0
			481.187	419.828

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023

	Anhang	T €	2023 T €	2022 T €
1. Umsatzerlöse	(10)	634.062		475.683
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		811		860
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(11)	1.873		3.309
4. Sonstige betriebliche Erträge	(12)	6.383		5.989
5. Materialaufwand	(13)	483.927		356.302
6. Personalaufwand	(14)	52.026		52.128
7. Abschreibungen	(15)	14.570		14.545
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	49.684		26.581
9. Betriebliches Ergebnis			42.922	36.285
10. Beteiligungsergebnis	(17)		30.534	17.558
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	(18)		0	2.037
12. Zinsergebnis	(19)		1.281	-49
13. Ergebnis vor Steuern			74.737	51.757
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)		3.939	3.214
15. Ergebnis nach Steuern			70.798	48.543
16. Sonstige Steuern	(21)		237	308
17. Unternehmensergebnis			70.561	48.235
18. Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	(22)		10.000	0
19. Aufwendungen für Ausgleichszahlungen	(22)		21.109	17.312
20. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(23)		39.452	30.923
21. Bilanzgewinn			0	0

Anhang für das Geschäftsjahr

Allgemeine Angaben

Die ESWE Versorgungs AG (ESWE Versorgung) hat ihren Sitz in Wiesbaden und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 2105.

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in der derzeit gültigen Fassung und des Aktiengesetzes. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften.

Nach § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB wird in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf eine weitere Untergliederung der einzelnen Posten verzichtet. Die zusammengefassten Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen, da hierdurch die Klarheit der Darstellung vergrößert wird. Das Gliederungsschema der Bilanz ist gem. § 265 Abs. 5 und 6 HGB um Besonderheiten in der Versorgungswirtschaft erweitert.

Der Klarheit der Darstellung wegen sind auch die alternativ in Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang auszuweisenden Davon-Vermerke im Anhang angegeben bzw. erläutert.

Der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB zugrunde.

Der seit 2010 zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH, die 50,62 % der Anteile an der Gesellschaft hält, und der ESWE Versorgung bestehende Ergebnisabführungsvertrag wurde mit Datum vom 20. Dezember 2023 neu gefasst. In dem Vertrag ist unverändert vereinbart, dass an den Gesellschafter Thüga Aktiengesellschaft, der 49,38 % der Anteile hält, eine Ausgleichszahlung zu leisten ist

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und - soweit abnutzbar - abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten. Die Gemeinkosten werden auf Basis der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital und Verwaltungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgegebenen Nutzungsdauern zu Grunde, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der handelsrechtlich zulässigen Bandbreiten liegen.

Neben der linearen findet auch die degressive Abschreibungsmethode Anwendung. Ab dem 1. Januar 2010 werden alle abnutzbaren Anlagenzüge nach der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben. Für Sachanlagen, die bereits zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren und degressiv abgeschrieben wurden, wurde die degressive Abschreibung fortgeführt. Die Abschreibungen sind bei den Altbeständen entsprechend den voraussichtlichen Nutzungsdauern und soweit steuerlich zulässig nach der degressiven Methode

mit steuerlich zulässigen Sätzen unter Berücksichtigung des Beibehaltungswahlrechts gemäß Artikel 67 Abs. 4 EGHGB in Höhe von 1.397 T€ vorgenommen worden.

Nutzungsdauern

Nutzungsdauer in Jahren	
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Software	3–5
Grunddienstbarkeiten für Leitungswege	20–40
Sachanlagen	
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3–50
Anlagen der Stromverteilung	20–33
Anlagen der Gasverteilung	20–40
Anlagen der Wasserverteilung	40
Anlagen der Fernmeldedienste	18–25
Anlagen der Nah- und Fernwärme	15–20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–15

Abnutzbare Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 800 € werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.

Die geleisteten Anzahlungen werden zum Nennbetrag angesetzt.

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Verzinsliche Ausleihungen sind zum Nennwert, unverzinsliche zum Barwert angesetzt. Hierbei wurde ein Zinssatz von 5,5 % p. a. zugrunde gelegt.

Die in den Vorräten ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die auch Emissionszertifikate beinhalten, sowie Waren werden zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips nach dem Grundsatz der Einzelbewertung angesetzt. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Die unfertigen Leistungen sowie fertige Erzeugnisse werden in Höhe der Herstellungskosten bilanziert.

Bei den grundsätzlich zum Nennwert bilanzierten Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch Bewertungsabschläge berücksichtigt. Darüber hinausgehende Ausfallrisiken werden bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch eine Pauschalwertberichtigung von 1 % (Vorjahr 3 %) des Nettoforderungsbestands berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen sind sorgfältig ermittelte Schätzbeträge für die erst bei der Durchführung der Jahresabrechnung abrechnungsfähigen Verbrauchswerte erfasst. Erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden sind damit verrechnet. Der Verbrauch von Vertriebspartnern, Großkunden und – soweit vertraglich vereinbart – von Geschäftskunden wird monatlich nach durchgeführter Zählerablesung abgerechnet, während der Verbrauch für die übrigen Geschäftskunden sowie für die Tarifikunden lediglich einmal jährlich (rollierende Jahresverbrauchsablesung) ermittelt und anschließend unter Anrechnung der unterjährig vereinnahmten Abschlagszahlungen abgerechnet wird. Aufgrund der rollierenden Ablesung liegen für diesen Teil der Kunden keine aktuellen Ablesedaten zum Bilanzstichtag vor. Dies führt zu der Notwendigkeit der Durchführung einer Jahresverbrauchsabgrenzung zum Bilanzstichtag auf der Grundlage der aktuellen Tarife und eines angenommenen Verbrauchsverhaltens. Die derart ermittelten Verbrauchsabgrenzungen betragen am Abschlussstichtag 192,5 Mio. € (Vorjahr 176,9 Mio. €) und werden unter den Umsatzerlösen sowie abzüglich erhaltener Anzahlungen unter den korrespondierenden Bilanzposten ausgewiesen.

Aufgrund eines geänderten Ausweises von Kundenguthaben aus der Forderungsabgrenzung und -abrechnung ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 18,7 Mio. €. Die sonstigen Verbindlichkeiten, unter

denen die Kundenguthaben ausgewiesen werden, haben sich entsprechend erhöht. Eine entsprechende Korrektur des Vorjahresausweises hätte zu einer Erhöhung der Bilanzsumme, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen Verbindlichkeiten um jeweils 13,7 Mio. € geführt.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden bei Bestehen einer Aufrechnungslage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten und das Eigenkapital werden zum Nennwert bewertet.

Die unter den empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse, die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmt wurden, werden mit 5 % des Ursprungswertes aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse, die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2009 vereinnahmt wurden, wurden von den ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktivisch abgesetzt. Die seit dem Geschäftsjahr 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse werden wieder als Passivposten gezeigt und über den Zeitraum ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer aufgelöst.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren ungewissen Verbindlichkeiten sowie sonstige Risiken. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bemessen.

Bei der Rückstellungsbewertung werden zukünftige Preis- und Kostensteigerungen mit einbezogen. Ferner werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr grundsätzlich mit einem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt und beruhen auf versicherungsmathemati-

schen Werten, die unter Anwendung der Projected Unit Credit Method (PUCM) auf Basis der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt wurden. Es wird eine pauschale Rentensteigerung von 2,20 % p. a. (Vorjahr 2,00 % p. a.) sowie eine Einkommenssteigerung von 2,50 % p. a. (Vorjahr 2,20 % p. a.) unterstellt. Zum 31. Dezember 2023 ergibt sich unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ein Erfüllungsbetrag von 9.138 T€. Der zu ermittelnde Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 7 Jahre beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 64 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Änderung des Zinssatzes (1,82 % p. a.; Vorjahr 1,78 % p. a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen. Es wird eine pauschale Restlaufzeit der Verpflichtungen von 15 Jahren angenommen.

Die Gesellschaft hat langfristig fällige Verpflichtungen aus Wertguthaben für Langzeitkonten. Diese werden gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den durch den beauftragten Treuhänder verwalteten Kapitalanlagen verrechnet. Die Anschaffungskosten und der beizulegende Wert dieser Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 1,7 Mio. €. Aufgrund der stets korrespondierenden Wertentwicklung von Rückstellungen und Deckungsansprüchen sind keine abführungsgesperrten Erträge entstanden.

Für die Beschäftigten der ESWE Versorgung besteht aufgrund der arbeitsvertraglichen Regelungen zudem eine mittelbare Pensionsverpflichtung im Zusammenhang mit dem Sanierungsbeitrag zur Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden, die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB zu einem Passivierungswahlrecht führt. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde, wie in Vorjahren, von einer Passivierung wegen der Probleme bei der Ermittlung des Rückstellungsbetrages abgesehen. Wesentliche Einflussfakto-

ren für die Verpflichtungshöhe sind der seit dem 1. Januar 2021 geltende Umlagensatz zum Sanierungsgeld von 1,40 % p. a. und die Zusatzumlage von 9,00 % p. a. für die Bemessungsgrundlage der Umlage in Höhe von 36.855 T€, die im Geschäftsjahr 2023 zu einer Sanierungsgeldzahlung in Höhe von 516 T€ geführt hat.

Die Altersteilzeitrückstellungen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Unter Verwendung eines Abzinsungssatzes gemäß RückAbzinsV und einer zugrunde gelegten Einkommenssteigerung von 2,50 % p. a. (Vorjahr: 2,20 % p. a.) ergab sich zum Bilanzstichtag ein Erfüllungsbetrag von 1.748 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Aufzinsung (Zinssatz 0,99 % p. a.; Vorjahr 0,43 % p. a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen erfasst, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel zu entnehmen.

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Vortrag zum 01.01.2023 T€	Zugänge Kapital- zuschüsse (K) T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Veränderungen aus Über- tragungen T€	Stand am 31.12.2023 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Lizenzen	10.072	71	0	6	-9	10.128
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	63.413	12	6	0	0	63.413
2. Verteilungsanlagen	549.277	11.227 65 (K)	3.628	3.058	0	561.009
3. Technische Anlagen und Maschinen	28.896	734 157 (K)	772	623	0	29.622
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.700	1.296	30	730	-159	24.137
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.669	12.134	-4.436	83	0	17.284
	674.955	25.403	0	4.494	-159	695.483
		222 (K)				
	685.027	25.474	0	4.500	-168	705.611
Summe immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen		222 (K)				
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51.215	0	0	0	0	51.215
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	12	0	0	6	0	6
3. Beteiligungen	92.599	674	0	85	0	93.188
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28.876	1.189	0	0	0	30.065
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	1.023	4	0	3	0	1.024
	173.725	1.867	0	94	0	175.498
Summe Anlagevermögen	858.752	27.341	0	4.594	-158	881.109
		222 (K)				

Kumulierte Abschreibungen

Buchwerte

Vortrag zum 01.01.2023 T€	Abschreibungen des Geschäfts- jahres T€	Abgänge Aufzinsung (A) Zuschreibung(Z) T€	Veränderungen aus Über- tragungen T€	Umbuchungen T€	Stand am 31.12.2023 T€	31.12.2023 T€	31.12.2022 T€
9.261	224	6	-9	0	9.470	658	811
51.357	1.436	0	0	0	52.793	10.638	12.056
395.124	10.283	1.603	0	14	403.818	157.191	154.153
19.487	1.335	34	0	-14	20.774	8.848	9.409
19.867	1.292	721	-143	0	20.295	3.842	3.833
0	0	0	0	0	0	17.284	9.669
485.835	14.346	2.358	-143	0	497.680	197.803	189.120
495.096	14.570	2.364	-152	0	507.150	198.461	189.931

1.500	0	0	0	0	1.500	49.715	49.715
0	0	0	0	0	0	6	12
0	0	0	0	0	0	93.188	92.599
2.037	0	0	0	0	2.037	28.028	26.839
2	0	1(Z)	0	0	1	1.023	1.021
3.539	0	0	0	0	3.538	171.960	170.186
498.635	14.570	2.364	-152	0	510.688	370.421	360.117
		1(A)					

Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital- Anteil %	Eigenkapital 31.12.2023 T€	Jahres- ergebnis 2023 T€
1) Anteile an verbundenen Unternehmen			
ESWE Windpark GmbH, Wiesbaden	100,0	15	0
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,0	3.686	436
Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, Wiesbaden ¹	100,0	54.631	0
ESWE BioEnergie GmbH, Wiesbaden	90,0	15.041	3.262
ESWE Taunuswind GmbH, Wiesbaden ²	100,0	79	0
Wiesbadener Informations- und Telekommunikations- gesellschaft mbH, Wiesbaden ¹	100,0	5.710	0
2) Beteiligungen			
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz	50,0	356.323	46.227
Windkraft Kahlenberg GmbH & Co.KG, Wiesbaden	50,0	2.695	115
Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG, Karlsruhe	33,33	3.535	35
THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg	33,33	13.054	2.830
THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH, Hamburg	33,33	67	7
MHKW Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	24,5	34.548	-3.991

¹ Mit dieser Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV)

² Nach freiwilliger Ergebnisübernahme durch die Gesellschafterin (kein EAV)

Die ESWE Versorgung ist bei keiner Gesellschaft persönlich haftende Gesellschafterin

(2) Vorräte

Bei dem Ausweis handelt es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 12.924 T€ (Vorjahr 7.014 T€), unfertige Leistungen in Höhe von 1.955 T€ (Vorjahr 1.144 T€) sowie im Berichtsjahr erstmalig ausgewiesene Waren in Höhe von 560 T€.

Die unter den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ausgewiesenen Emissionszertifikate sind zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen von 8.319 T€ (Vorjahr: 381 T€) bewertet.

Durch die Saldierung der im Bestand befindlichen Emissionszertifikate mit der entsprechenden Rückgabeverpflichtung ergab sich in 2022 ein geringerer Ausweis der Emissionszertifikate.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2023 T€	31.12.2022 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.495	219.970
./. Abschlagszahlungen	0	- 216.158
	30.495	3.812
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.033	6.763
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.410	3.656
Sonstige Vermögensgegenstände	6.809	3.622
	46.747	17.853

Der passivische Saldo aus Forderungsabgrenzungen und erhaltenen Abschlagszahlungen wird zum Bilanzstichtag unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2023 T€	31.12.2022 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.657	8.390
Forderungen aus kurzfristigen Ausleihungen	0	300
Forderungen aus Ergebnisübernahme	478	668
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 63	-115
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	- 34	- 2.374
Verbindlichkeiten aus Verlustausgleich und Steuerumlage	- 5	-106
Summe	7.033	6.763

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen im Wesentlichen Zinsforderungen in Höhe von 2.391 T€ (Vorjahr 3.575 T€). Darüber hinaus sind unverändert Liefer- und Leistungsforderungen enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer in Höhe von 1.016 T€ (Vorjahr 1.259 T€), die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

(4) Eigenkapital

Das Grundkapital wird zum 31. Dezember 2023 unverändert von der WVV Wiesbaden Holding GmbH (50,62 % $\pm$ 33.412.556,00 €) sowie von der Thüga Aktiengesellschaft, München (49,38 % $\pm$ 32.600.000,00 €) gehalten. Das Grundkapital ist wie folgt in 20 Namensaktien mit unterschiedlichen Nennbeträgen aufgeteilt.

	€	€
7 Namensaktien zu	2.050.000	14.350.000
2 Namensaktien zu	1.700.000	3.400.000
1 Namensaktie zu	2.900.000	2.900.000
2 Namensaktien zu	4.100.000	8.200.000
1 Namensaktie zu	9.250.000	9.250.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	6.200.000	6.200.000
1 Namensaktie zu	2.600.000	2.600.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	7.700.000	7.700.000
1 Namensaktie zu	500.000	500.000
1 Namensaktie zu	512.556	512.556
		66.012.556

Die Gewinnrücklagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023 T€
Gesetzliche Rücklage	6.601
Andere Gewinnrücklagen	28.530
	35.131

Innerhalb der anderen Gewinnrücklagen wird der aufgrund des Konsortialvertrages vom 5. Februar 2001 gebildete "Fonds für Innovationen, Klima- und Wasserschutz" in Höhe von 5.917 T€ ausgewiesen. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags erfolgen seit dem Geschäftsjahr 2010 keine planmäßigen Einstellungen in den bzw. Entnahmen aus dem Fonds.

Im Berichtsjahr wurde aus dem Jahresergebnis 2023 ein Betrag von 10.000 T€ den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Gesellschafter haben ihre Beteiligungsverhältnisse gemäß § 20 AktG der Gesellschaft mitgeteilt.

Die Mitteilung der ehemaligen Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH (heute WVV Wiesbaden Holding GmbH) vom 21. Mai 2001 wurde von der Gesellschaft im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 16. Juni 2001 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH, deren Anteile zu 100 % die Landeshauptstadt Wiesbaden hält, hat uns mitgeteilt, dass sie am 21. Mai 2001 mehr als den vierten Teil der Aktien an der ESWE Versorgungs AG, nämlich 50,62 % aller Aktien, im Eigentum hat.“

Die Mitteilung der Thüga Aktiengesellschaft vom 9. Dezember 2009 wurde von der Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger vom 17. Dezember 2009 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

“Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zu München, vertreten durch die Thüga Management GmbH, ebenda, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien an unserem Unternehmen gehören“.

(5) Rückstellungen

	31.12.2023 T€	31.12.2022 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.213	9.230
Steuerrückstellungen	2.603	1.698
Sonstige Rückstellungen	99.814	79.866
	111.630	90.794

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vor allem Personalverpflichtungen, ausstehende Rechnungen für Netzentgelte, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Rückgabeverpflichtungen von Emissionszertifikaten sowie preisliche und absatzwirtschaftliche Risiken.

Im Vorjahr wurde aufgrund einer Saldierung der im Bestand befindlichen Emissionszertifikate mit der entsprechenden Rückgabeverpflichtung keine entsprechende Rückstellung ausgewiesen.

(6) Verbindlichkeiten

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 24.859 T€ durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden abgesichert. An die Landeshauptstadt Wiesbaden waren hierfür im Jahr 2023 Avalgebühren in Höhe von 124 T€ zu leisten.

Im Berichtsjahr wurden zwei langfristige Darlehen in Höhe von insgesamt 20.000 T€ zur Finanzierung von Investitionen in die Netze aufgenommen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2023 T€	31.12.2022 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.681	2.446
davon gegen die Gesellschafterin	26	17
Forderungen aus anrechenbaren Steuern	18.208	11.614
davon gegen die Gesellschafterin	18.208	11.614
Forderungen aus Ergebnisübernahme	259	0
Forderungen aus kurzfristigen Ausleihungen	350	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-10.850	- 8.687
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	-40	0
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung und Steuerumlage sowie Verlustausgleich	-19.918	-20.082
davon gegen die Gesellschafterin	-19.452	-15.923
	9.310	14.709

	Gesamtbetrag		davon mit einer Restlaufzeit					
	31.12.2023 T€	Vorjahr T€	bis zu 1 Jahr T€	Vorjahr T€	über 1 Jahr T€	Vorjahr T€	über 5 Jahre T€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110.748	98.659	10.762	9.162	99.986	89.497	63.216	55.084
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	44.546	42.633	44.546	42.633	0	0	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.310	14.709	9.310	14.709	0	0	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	24.293	22.424	24.293	22.424	0	0	0	0
davon gegenüber Gesellschafter	(21.109)	(17.312)	(21.109)	(17.312)	0	0	0	0
davon aus Lieferungen und Leistungen	(3.184)	(5.112)	(3.184)	(5.112)	0	0	0	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	26.015	5.139	26.015	5.139	0	0	0	0
davon aus Steuern	(3.800)	(2.541)	(3.800)	(2.541)	0	0	0	0
	214.912	183.564	114.926	94.067	99.986	89.497	63.216	55.084

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten wird erstmals der passivische Saldo aus Forderungsabgrenzungen gegenüber Dritten (187,3 Mio. €) und erhaltenen Abschlagszahlungen (200,9 Mio. €) in Höhe von 13,6 Mio. € ausgewiesen. Ebenfalls sind erstmals Kundenguthaben aus der Verbrauchsabrechnung in Höhe von 5,1 Mio. € enthalten.

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Neben den betriebsüblichen Verpflichtungen aus dem Energiebezug beläuft sich das Bestellobligo zum 31. Dezember 2023 auf 10.202 T€. Aus Miet- und Leasingverträgen bestehen mehrjährige Verpflichtungen in Höhe von 8.167 T€, von denen 1.633 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Mit der Syneco Trading GmbH, München, wurde am 16. November 2008 ein Vertrag über die Nutzung eines Gasspeichers getroffen. Grundlage der Vereinbarung ist ein zwischen der Syneco Trading GmbH und Gaz de France Erdgasspeicher Deutschland GmbH, Berlin, geschlossener Vertrag über die Bereitstellung von Speicherleistung aus dem Gaskavernenspeicher Peckensen (Speichervertrag). Die Syneco Trading GmbH stellt der Gesellschaft hierbei einen Speicheranteil von 7,2 % zur Verfügung. Der ESWE Versorgung entstehen aus dem Vertrag Verpflichtungen aus der Zahlung von anteiligen Speichermieten. Die Laufzeit des Vertrages mit der Syneco Trading GmbH ist hierbei an die Laufzeit des Speichervertrages gekoppelt. Aufgrund einer vertraglichen Anpassung im Jahr 2017 endet der Speichervertrag am 1. April 2031. Die Verpflichtungen belaufen sich insgesamt auf 4.580 T€, von denen 509 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Im Rahmen der Finanzierung des im Jahr 2013 von der ESWE BioEnergie GmbH errichteten Biomasseheizkraftwerks hat ESWE Versorgung zur Sicherung der dort aufgenommenen langfristigen Darlehen in Höhe von ins-

gesamt 50 Mio. € Patronatserklärungen und Bürgschaften abgegeben. Es wird davon ausgegangen, dass die ESWE BioEnergie GmbH ihre Verpflichtungen erfüllen wird. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme bzgl. der aufgeführten Haftungsverhältnisse wird bonitätsbedingt als gering angesehen.

Zudem hat sich die ESWE Versorgungs AG verpflichtet, mögliche Jahresfehlbeträge für das Geschäftsjahr 2024 der ESWE Taunuswind GmbH und der ESWE Windpark GmbH jeweils zu übernehmen. Die mögliche Inanspruchnahme liegt voraussichtlich nicht über 0,1 Mio. €.

(8) Finanzinstrumente

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hatte die Gesellschaft Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um Micro-Hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Die Geschäfte sind im Jahr 2023 ausgelaufen.

Entsprechend den Grundsätzen des IDW RS ÖFA 3 fasst die Gesellschaft schwebende Energiebeschaffungs- und Energieabsatzverträge abweichend vom Einzelbewertungsgrundsatz gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB für Zwecke der bilanziellen Bewertung zu branchenüblichen Vertragsportfolien zusammen. Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht.

Die Beschaffungs- und Absatzgeschäfte weisen in sachlicher und zeitlicher Hinsicht gleichartige Risiken auf, sodass eine Sicherungswirkung erzielt werden kann. Diese Geschäfte werden intern im Rahmen eines Vertragsportfolios auf Nettobasis gesteuert.

Ein wesentlicher Bestandteil der internen Steuerung ist das Risikomanagement,

einschließlich einer Deckungsbeitragsrechnung, die für die Vertragsportfolien in den Beschaffungszeiträumen positive Deckungsbeiträge aufweist. Die Deckungsbeitragsrechnung beinhaltet eine zukunfts (Planung) und vergangenheitsorientierte Betrachtung (Backtesting). Aufgrund der positiven Deckungsbeiträge ist die Bildung von Drohverlustrückstellungen nicht notwendig.

Lediglich für die zum Bilanzstichtag bestehenden offenen Positionen mit negativen Marktwerten waren Drohverlustrückstellungen in Höhe von 7,0 Mio. € zu bilden.

(9) Latente Steuern

Die Gesellschaft ist Organgesellschaft einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die latenten Steuern der Organschaft werden bei dem Organträger ausgewiesen. Somit unterbleibt die Angabe nach § 285 Nr. 29 HGB. Insgesamt würde sich ein Aktivüberhang an latenten Steuern ergeben, der aufgrund des bestehenden handelsrechtlichen Wahlrechts nicht aktiviert werden muss.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Umsatzerlöse

Aufteilung nach Bereichen	2023 T€	%	2022 T€	%
Stromversorgung	251.155	39,6	207.826	43,7
Stromhandel	17.715	2,8	0	0,0
Gasversorgung	209.871	33,1	156.251	32,8
Gashandel	31.230	4,9	0	0,0
Wärmeversorgung	40.545	6,4	35.260	7,4
Tankstelle	2.457	0,4	2.769	0,6
Betriebsführung Wasserversorgung	25.771	4,1	24.698	5,2
Wasserverkauf an WLW	17.394	2,7	15.355	3,2
Konzerninterne Dienstleistungen	22.017	3,4	21.160	4,4
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse	2.166	0,3	2.154	0,5
Übrige Umsatzerlöse	13.741	2,3	10.210	2,2
Umsätze lt. GuV	634.062	100,0	475.683	100,0

Die Umsatzerlöse der Stromversorgung sind um die Stromsteuer in Höhe von 14.664 T€ (Vorjahr 17.265 T€) und die Umsatzerlöse der Gasversorgung um die Erdgassteuer in Höhe von 7.537 T€ (Vorjahr 8.883 T€) gekürzt.

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse enthalten in Höhe von - 4.449 T€ (Vorjahr 1.774 T€) Erlöskorrekturen für Vorjahre.

(11) Andere aktivierte Eigenleistungen

Sie umfassen den Personalaufwand und die Gemeinkosten für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

(13) Materialaufwand

	2023 T€	2022 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	357.712	231.291
Aufwendungen für bezogene Leistungen	126.215	125.211
	483.927	356.302

(14) Personalaufwand

	2023 T€	2022 T€
Löhne und Gehälter	40.909	40.671
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.117	11.457
davon für Altersversorgung	2.767	2.791
	52.026	50.128

(12) Sonstige betriebliche Erträge

Periodenfremde Erträge:	2023 T€	2022 T€
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.203	3.456
Erträge aus Anlagenabgängen	142	37
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	1.120	839
Erträge aus Ausbuchung von Forderungen	5	3
Andere periodenfremde Erträge	119	509
	4.589	4.844
Übrige Erträge	1.794	1.145
	6.383	5.989

Im Durchschnitt waren bei der ESWE Versorgungs AG beschäftigt:

	2023	2022
Angestellte	571	581
davon Frauen	164	166
Auszubildende	41	47
	612	628

(15) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt. Es bestehen wie auch im Vorjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Periodenfremde Aufwendungen	2023 T€	2022 T€
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	95	85
Abschreibungen auf Forderungen	2.415	770
Aufwand aus Pauschalwertberichtigungen	6	0
Andere periodenfremde Aufwendungen	317	125
	2.833	980
Konzessionsabgaben	7.069	6.598
davon Gas	969	1.291
davon Wasser	6.100	5.569
Zuführung zu Drohverlustrückstellungen für Energielieferungen	6.300	0
Zuführung zu Rückstellungen für absatzwirtschaftliche Risiken	10.000	0
Übrige Aufwendungen	23.482	19.003
	49.684	26.581

(17) Beteiligungsergebnis

	2023	2022
Erträge aus Gewinnabführung	3.000	2.619
davon aus verbundenen Unternehmen	3.000	2.619
Erträge aus Beteiligungen	27.894	15.045
davon aus verbundenen Unternehmen	2.480	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-360	-106
	30.534	17.558

Die Erträge aus Gewinnabführungen beinhalten die Ergebnisse der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (259 T€) und der WiTCoM GmbH (2.741 T€) für das Jahr 2023. Die Erträge aus Beteiligungen beinhalten im Wesentlichen die Gewinnausschüttung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz (KMW), für

das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 24.000 T€ (Vorjahr: 14.000 T€). Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme betreffen im Berichtsjahr die Übernahme des Verlustes der ESWE Taunuswind GmbH.

(18) Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im Vorjahr wurde das an die THEE ESWE GmbH & Co. KG gewährte Gesellschafterdarlehen, das unter den Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen wird, wegen voraussichtlich dauerhafter Wertminderung in Höhe von 2.037 T€ abgeschrieben.

(19) Zinsergebnis

	2023 T€	2022 T€
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.210	1.650
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.021	125
davon aus verbundenen Unternehmen	29	44
davon aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	98	33
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.950	-1.824
davon an verbundene Unternehmen	-122	-60
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	-152	-260
	1.281	-49

(20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund des zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH und der ESWE Versorgung bestehenden Ergebnisabführungsvertrages weist die ESWE Versorgung als Steueraufwand im Wesentlichen die Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die Thüga Aktiengesellschaft in Höhe von 3.930 T€ (Vorjahr 3.223 T€) aus. Diese Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

(21) Sonstige Steuern

Der Steueraufwand beinhaltet die Aufwendungen für Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Umsatzsteuer für Sachzuwendungen sowie Energiesteuern auf den Eigenverbrauch.

(22) Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen

Im Berichtsjahr wurden 10.000 T€ in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

(23) Aufwendungen für Ausgleichszahlungen

Gemäß dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag erhält die Thüga Aktiengesellschaft eine vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlung von 21.109 T€ (Vorjahr 17.312 T€).

(24) Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Ausgewiesen wird der gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abzuführende Gewinn in Höhe von 39.452 T€ (Vorjahr 30.923 T€).

Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b EnWG

Es besteht ein langfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, welcher im Geschäftsjahr zu Umsatzerlösen in Höhe von 12.353 T€ (Vorjahr: 13.786 T€) führte.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 6b EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich nicht von Liefer- und Leistungsverpflichtungen mit anderen Unternehmen und Personen.

Dem Aufsichtsrat wurden für das Geschäftsjahr 2023 Bezüge von 42 T€ (Vorjahr 44 T€) gezahlt.

Vorstand

- Rechtsanwalt Ralf Schodlok
kaufmännischer Vorstand
(Vorsitzender), Wiesbaden
- Dipl.-Ing. Jörg Höhler
technischer Vorstand,
Singhofen

Im Geschäftsjahr 2023 betrugen die Gesamtbezüge des Vorstands 882 T€ (Vorjahr: 877 T€). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 560 T€ (Vorjahr: 566 T€).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind 4.682 T€ zurückgestellt.

Honorar des Abschlussprüfers

Von den Angaben zu den Honoraren des Abschlussprüfers der Gesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB n. F. wurde abgesehen, da diese Angaben im Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH als einbeziehendes Mutterunternehmen enthalten sind.

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft ist verbundenes Unternehmen i.S.d. § 15 AktG und § 271 Abs. 2 HGB zur WVV Wiesbaden Holding GmbH und deren verbundenen Unternehmen. Der Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG wird in den Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH, Wiesbaden, für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einbezogen. Die Gesellschaft ist gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes befreit. Der Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 285 Nr. 33 HGB eingetreten.

Wiesbaden, 21. Juni 2024

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand



Schodlok



Höhler

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ESWE Versorgungs AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 10 des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der

zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 10 des Lageberichts enthalten ist.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild

von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

■ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irrefüh-

rende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“ und „Gasverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie den als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den IDW Qualitäts-

managementstandard: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Mainz, 21. Juni 2024

KMP AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bauer

Wirtschaftsprüfer

Galic

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2023 hat der Aufsichtsrat sämtliche Aufgaben wahrgenommen, die sich aus Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung ableiten. Durch den Vorstand wurde regelmäßig schriftlich und mündlich berichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht.

Es handelte sich hierbei um folgende wesentliche Themen:

- Investitionsmaßnahmen Technik und Erneuerbare Energien
- Notwendige Investitionen aufgrund der Energie- und Wärmewende und deren langfristige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft
- Laufende Geschäftsentwicklung sowie Vertriebsaktivitäten in Krisenzeiten
- Genehmigung des Wirtschaftsplans 2024 – 2028
- Anpassung des Ergebnisabführungsvertrages mit der WVV Wiesbaden Holding GmbH
- Berichterstattung zum Sachstand der Thüga Abrechnungsplattform (TAP) zur Ablösung der Software SAP I-SU
- Berichterstattung zu Risikomanagement, Compliance und Revision

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2023 in einer außerordentlichen und drei ordentlichen Sitzungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Rahmen der Schwerpunktthemen über alle bedeutsamen Geschäftsvorgänge in Form von Vorlagen informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2023 wurden von der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mainz, geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers lag den Aufsichtsratsmitgliedern vor. Vertreter des Wirtschaftsprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Dem Ergebnis der Prüfung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts der ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2023 geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben, so dass er den Jahresabschluss billigt.

Dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat für die im Geschäftsjahr 2023 geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Wiesbaden, 10. Juli 2024

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats



Gert-Uwe Mende

Herausgeber
ESWE Versorgungs AG
Konradinallee 25
65189 Wiesbaden
Tel. 0611 780-0
Fax 0611 780-2339
info@eswe.com
www.eswe-versorgung.de

Ansprechpartner
Michael Lomb
Leiter Betriebswirtschaft

Grafische Gestaltung und Druckvorstufe
Grandpierre Design GmbH, Idstein

Fotos
Grandpierre Design GmbH, Idstein
Archiv ESWE Versorgungs AG
Archiv WiTCOM

Druck und Verarbeitung
W.B. Druckerei GmbH, Hochheim am Main



